



Düsseldorfer
Forum
Politische
Kommunikation

BOOK OF ABSTRACTS

19.03.-
21.03.

2025

INHALT

1: WER WIRD GEZEIGT? WER GEHT WÄHLEN?	3
Geschlechterunterschiede in der Politikberichterstattung? Die mediale Darstellung von Minister:innen der Ampelregierung in deutschen Printmedien	3
Warum existieren Unterschiede in der Wahlbeteiligung von Menschen ohne und mit Migrationshintergrund bei der Bundestagswahl 2021 in Deutschland.	3
2: DIE MACHT DER WORTE	8
Narrative der US-Präsidentschaftswahl 2024: Eine verhaltensökonomische Analyse des Einflusses wirtschaftspolitischer Narrative auf die wirtschaftlichen Zukunftserwartung	13
Zwischen Strategie und Polarisierung: Politisches Framing von Migration – eine vergleichende Inhaltsanalyse der CDU und AfD	17
3: MEDIENWAHRNEHMUNG & KONSUM	25
Feindlicher Medienwahrnehmung vorbeugen: Eine experimentelle Studie zum Einfluss von News Literacy Interventionen auf den Hostile Media Effekt.....	25
Politischer Konsum im Spannungsfeld ideologischer Überzeugungen: Eine empirische Analyse des Einflusses politischer Ideologien auf politisch motivierten Konsum in Deutschland	25
4: DEMOKRATIE UNTER DRUCK	2
Von Ironie bis Demokratiefeindlichkeit: Ein systematisches Literature-Review zum forschungspraktischen Verständnis und den Auswirkungen von Inzivilität in Online-Diskussionen.....	2
Demagogie oder Demokratie? Korrelationen zwischen (anti-)demokratischen Einstellungen und Verschwörungsmentalität...2	
5: POLITIK IM FEED	16
Wehrpflichtdebatte online: Alles negativ, oder was? Welchen Einfluss hat eine Aggregation von Nutzer*innenkommentaren auf den wahrgenommenen Negativismus in online Diskussionen und kann dies die deliberative Qualität der Diskussion und die Kommentierbereitschaft von Online-Nutzer*innen beeinflussen?.....	16
Negative Campaigning auf Instagram: Eine inhaltsanalytische Untersuchung des Negative Campaigning und dessen visuelle Personalisierung in Kandidaten- und Parteienprofilen zur Bundestagswahl 2025.....	16
6: JOURNALISMUS	28
Socio-Cybernetic Mechanisms in Russian Sharp Power Operations Investigating Memory Alteration via Disinformation	28
Kriegsberichterstattung aus Publikumssicht Einstellungen zu kriegs- vs. friedensjournalistischer Berichterstattung	36
7: POLITIK IM DIALOG	44

Das WIR in politischen Reden: Eine kontrastive Untersuchung der Neujahrsansprachen deutscher Bundeskanzler:innen und koreanischer Staatspräsident:innen44

Miteinander gegeneinander. Interaktion in Plenardebatten Muster interaktiven Handelns als Indikatoren für die kommunikative Darstellung von Bündnissen und Gegnerschaften in Haushaltsdebatten des Deutschen Bundestags von 1999 bis 20244

1: WER WIRD GEZEIGT? WER GEHT WÄHLEN?

Response: Prof. Dr. Cornelius Puschmann

Geschlechterunterschiede in der Politikberichterstattung? Die mediale Darstellung von Minister:innen der Ampelregierung in deutschen Printmedien

Laura Gerster, Ludwig-Maximilians-Universität München

In der Besetzung des Deutschen Bundestages zeigt sich eine anhaltende Unterrepräsentation von Frauen und auch die Verteilung politischer Ämter folgt in Deutschland noch teilweise geschlechterstereotypischen Mustern (Deutscher Bundestag, 2025; Statistisches Bundesamt, 2025). Medienberichterstattung kann zu der Reproduktion solcher Ungleichheiten beitragen, wenn politische Akteur:innen abhängig von ihrem Geschlecht unterschiedlich dargestellt werden. Die Politikberichterstattung in den Medien stellt für potenzielle Wähler:innen die Hauptinformationsquelle über das politische Geschehen und relevante Akteur:innen dar (Rohrbach et al., 2023). Sie ist für Bürger:innen zudem eine Informationsgrundlage für konkrete Wahlentscheidungen (DuBosar, 2022). Vor diesem Hintergrund kommt Medien eine besondere Verantwortung zu, da geschlechtsabhängige Unterschiede in der Berichterstattung die Erfolgchancen von Politikerinnen weiter schmälern könnten. Mit dem *Media Representation Approach* und der *Gendered Mediation Thesis* (Gidengil & Everitt, 1999) wird die Politikberichterstattung deshalb auf mögliche Geschlechterunterschiede untersucht. Der Ansatz zu *Media Representation* fungiert dabei als übergreifender theoretischer Rahmen (Rohrbach et al., 2023), mit dem mediale Darstellungen unterschiedlicher gesellschaftlicher Gruppen untersucht werden. Die enger gefasste *Gendered Mediation Thesis* konzentriert sich auf die Politikberichterstattung. Dieser liegt der These nach ein „masculine narrative“ (Rakow & Kranich, 1991, S. 8) zugrunde, innerhalb dessen Politiker als Norm wahrgenommen werden und Politikerinnen als Abweichung davon. Vorangegangene Studien haben auf dieser theoretischen Basis wiederholt geschlechtsspezifische Unterschiede in der medialen Darstellung von

Politiker:innen festgestellt (Van der Pas & Aaldering, 2020), die teilweise mit einer nachteiligen Bewertung von Frauen durch potenzielle Wähler:innen einhergehen (Rohrbach et al., 2023).

Da sich die Forschung zu diesem Thema bislang meist auf die USA, Großbritannien und Kanada konzentriert (Magin & Stark, 2010; Van der Pas & Aaldering, 2020), ist es notwendig, den Blick auch auf den deutschen Kontext zu richten. Bisherige Studien zu Geschlechterunterschieden in der Politikberichterstattung analysieren zudem nur vereinzelt die medialen Darstellungen von Kabinettsminister:innen (Armstrong & Taylor-Robinson, 2024) und fokussieren sich meist auf die Wahlkampfberichterstattung. Die Berichterstattung zwischen den Wahlkampfphasen von Politiker:innen (Routineperiode) wurde selten untersucht (Van der Pas & Aaldering, 2020). Ferner ist die Berichterstattung über die vergangene Regierungskoalition aus SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP, der sogenannten „Ampel“, in diesem Kontext noch weitestgehend unerforscht. Die zu Beginn paritätische Besetzung der Ministerien in der Ampelregierung stellt darüber hinaus eine Besonderheit im Hinblick auf das Thema Geschlechtergleichheit dar. Aus diesen Gründen setzt diese Medieninhaltsanalyse einen Fokus auf Kabinettsminister:innen und die Berichterstattung aus Routineperioden mit der Frage, ***ob sich in der Printberichterstattung über die Ampelminister:innen 2024 Geschlechterunterschiede zeigen***. Ausgehend von der Annahme geschlechtsspezifischer Darstellungsunterschiede wird unter anderem untersucht, ob in der Berichterstattung über Ministerinnen häufiger personenbezogene Aspekte (wie Geschlecht, Aussehen oder Privatleben) thematisiert werden und in der Berichterstattung über Minister eher politische Sachthemen (wie Wirtschaft oder Gesundheit). Zudem wird geprüft, ob Geschlechterunterschiede in der Thematisierung und Zuschreibung von geschlechterstereotypischen und politikbezogenen Persönlichkeitseigenschaften sowie in der Bewertung von Kompetenzen in politischen Sachthemen bestehen.

Hierzu wurde eine manuelle quantitative Inhaltsanalyse von 316 Zeitungsartikeln der als Leitmedien eingestuften *Süddeutschen Zeitung*, *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* und *Bild* aus dem Jahr 2024 durchgeführt. Diese drei Printmedien decken sowohl unterschiedliche redaktionelle Linien als auch eine Varianz von Qualitäts- und Boulevardzeitung ab. Der Untersuchungszeitraum

erstreckt sich vom 01. Januar 2024 bis zum 05. November 2024, um Artikel zu analysieren, die vor der Entlassung des Finanzministers Christian Lindner durch den Bundeskanzler Olaf Scholz publiziert wurden. Für jede:n Bundesminister:in wurde eine eigene Zufallsstichprobe gezogen. Es wurde nach Minister:innen und Medium quotiert, sofern genügend Artikel für den festgelegten Zeitraum verfügbar waren. Die Forschungsfragen und Hypothesen wurden – je nach Erfüllung der statistischen Voraussetzungen – mittels linearer, multipler Regressionen und nicht-parametrischer Tests ausgewertet. In den Regressionsmodellen wurden die Parteizugehörigkeit der Minister:innen und das Medium kontrolliert.

Die Ergebnisse zeigen, dass die analysierte Printberichterstattung über die Minister:innen der Ampelregierung in den untersuchten Aspekten größtenteils keinen Geschlechterunterschieden unterlag. So wurde über das Geschlecht, das Aussehen und politische Sachthemen genauso häufig im Zusammenhang mit Ministerinnen wie mit Ministern berichtet. Das Zuschreiben geschlechterstereotypischer Persönlichkeitseigenschaften (wie zum Beispiel Rationalität bei Männern oder Unterwürfigkeit bei Frauen) und der politikbezogenen Eigenschaften Kompetenz, Empathie, Integrität und Führungsqualitäten unterscheiden sich ebenfalls nicht nach dem Geschlecht der Minister:innen. Auch die Bewertung der Kompetenzen in den politischen Themenbereichen erfolgte nach keinem geschlechterstereotypischen Muster, innerhalb dessen Politikerinnen häufig als kompetent in Bereichen wie Gesundheit und Bildung und Politiker in Bereichen wie Sicherheit und Verteidigung gesehen werden. Es zeigte sich jedoch entgegen der ursprünglichen Annahme, dass das Privatleben von Ministern etwas stärker thematisiert wurde als das ihrer Kolleginnen. Zudem wurden häufiger die Persönlichkeitseigenschaften von Politikern als von Politikerinnen dargestellt. Diese gefundenen Unterschiede sind jedoch eher gering und deuten lediglich auf eine Tendenz hin. Trotz der beiden aufgeführten Ausnahmen lässt sich im Gesamten schließen, dass das Geschlecht der Minister:innen die untersuchten Aspekte der Berichterstattung kaum beeinflusst hat. Stattdessen ließen sich mit ‚Parteizugehörigkeit‘ und dem berichtenden Medium zwei bedeutendere Einflussfaktoren ausmachen, die häufiger signifikante Effekte aufwiesen. Beispielsweise wurden Minister:innen der FDP eher stereotypisch weibliche

Eigenschaften abgesprochen als Minister:innen der Grünen. Diese Untersuchung konnte abschließend zeigen, dass jegliche personenbezogene Themen gegenüber den politischen Sachthemen wenig Bedeutung in der Berichterstattung über die Ampelminister:innen im Jahr 2024 zu haben schienen.

Diese Ergebnisse, die teils den aus der Literatur abgeleiteten Erwartungen widersprechen, könnten auf die besonderen Rahmenbedingungen der Analyse zurückzuführen sein: die Berichterstattung über Kabinettsminister:innen und außerhalb der Wahlkampfperiode. Schließlich könnten die Medieninhalte über Politiker:innen im Wahlkampf von denen über Politiker:innen im Amt abweichen. Zukünftige Studien sollten solche möglichen Abweichungen aufgrund von unterschiedlichen Rahmenbedingungen ins Auge fassen. Das überwiegende Ausbleiben von Geschlechterunterschieden in dieser Untersuchung könnte jedoch auch in einer Gewöhnung an Frauen in der Politik begründet liegen. Besonders die zu Beginn paritätische Besetzung der Ministerien in der Ampelregierung könnte eine solche Gewöhnung weiter beschleunigt haben. Abschließend legen die Ergebnisse zudem nahe, dass Geschlechterunterschiede in der deutschen Printberichterstattung über Kabinettsminister:innen eine geringere Rolle spielen als parteipolitische Zuschreibungen, was weiteren Forschungsbedarf zu parteispezifischen Mustern, wie *Trait Ownership* oder medialer Personalisierung aufzeigt. Weitere Ergebnisse dieser Untersuchung (wie zu der allgemeinen Tonalität der Berichterstattung und zu dem Thematisieren und Bewerten von Qualifikationen der Minister:innen) werden im Vortrag ausführlich diskutiert.

Literatur

Armstrong, B., & Taylor-Robinson, M. M. (2024). Approaching Equality? Media Treatment of Male and Female Members of Presidential Cabinets in a Cross-Country Comparison. *Latin American Politics and Society*, 66(3), 136–163. <https://doi.org/10.1017/lap.2023.42>

Deutscher Bundestag. (2025). *Datenhandbuch zur Geschichte des Deutschen Bundestages*. https://www.bundestag.de/resource/blob/196242/2e137a140967f0f23f52e7013a3c8b89/Kapitel_06_02_Zusammensetzung_der_Bundeskabinette_-_Namensliste.pdf

DuBosar, E. (2022). Assessing Differences in the Framing of Hillary Clinton and Donald Trump During the 2016 Presidential Election. *Society*, 59(2), 169–180. <https://doi.org/10.1007/s12115-021-00659-8>

Gidengil, E., & Everitt, J. (1999). Metaphors and Misrepresentation: Gendered Mediation in News Coverage of the 1993 Canadian Leaders' Debates. *Harvard International Journal of Press/Politics*, 4(1), 48–65. <https://doi.org/10.1177/1081180X99004001005>

Magin, M., & Stark, B. (2010). Mediale Geschlechterstereotype. *Publizistik*, 55, 383–404. <https://doi.org/10.1007/s11616-010-0097-y>

Rakow, L. F., & Kranich, K. (1991). Woman as Sign in Television News. *Journal of Communication*, 41(1), 8–23. <https://doi.org/10.1111/j.1460-2466.1991.tb02289.x>

Rohrbach, T., Aaldering, L., & Van der Pas, D. J. (2023). Gender Differences and Similarities in News Media Effects on Political Candidate Evaluations: A Meta-Analysis. *Journal of Communication*, 73(2), 101–112. <https://doi.org/10.1093/joc/jqac042>

Statistisches Bundesamt. (2025, März). *Frauen in Parlamenten in Deutschland nach wie vor unterrepräsentiert*. Statistisches Bundesamt. https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2025/03/PD25_N010_13.html

Van der Pas, D. J., & Aaldering, L. (2020). Gender Differences in Political Media Coverage: A Meta-Analysis. *Journal of Communication*, 70(1), 114–143. <https://doi.org/10.1093/joc/jqz046>

Warum existieren Unterschiede in der Wahlbeteiligung von Menschen ohne und mit Migrationshintergrund bei der Bundestagswahl 2021 in Deutschland.

Rocan Sahin, Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf

Die vorliegende Arbeit untersucht die Ursachen für die unterschiedlich hohe Wahlbeteiligung von Menschen ohne Migrationshintergrund¹ und Menschen mit Migrationshintergrund bei der Bundestagswahl 2021 in Deutschland. Rund 60 Millionen Menschen sind bei der Bundestagswahl 2021 zur Wahl aufgerufen worden, wovon knapp acht Millionen Personen einen Migrationshintergrund besaßen (Statistisches Bundesamt, 2021). Nach einer Umfrage des Sachverständigenrates für Integration und Migration (2022, S. 23) in Form des SVR Integrationsbarometers liegen jedoch Unterschiede bei der Beteiligung an der Wahl des 20. Deutschen Bundestages zwischen Menschen ohne Migrationshintergrund und Menschen mit Migrationshintergrund vor. Dies stellt ein Problem dar, denn Menschen mit Migrationshintergrund machten 13 % der wahlberechtigten Personen bei der Bundestagswahl 2021 aus (Statistisches Bundesamt, 2021). Dies ist aus integrationspolitischer (Sauer, 2022, S. 228) und demokratietheoretischer Sicht (Dalton, 2008, S. 92; Decker, 2025; Pöttsch, 1996, S. 32) höchst relevant. Auch aus medien- und kommunikationswissenschaftlicher Sicht ist die ungleiche Wahlbeteiligung relevant, da die digitale Mediennutzung zu einer Ungleichheit in der politischen Partizipation führen kann (Oser & Boulianne, 2020).

Für die Untersuchung des Problems wurden drei prominente Theorien der Wahlforschung herangezogen, und zwar das Ann-Arbor-Modell nach Campbell et al. (1960), das Civic Voluntarism-Modell nach Verba et al. (2002) und die Rational-Choice-Theory nach Downs (1957). Aus diesen Modellen wurden fünf erklärungsrelevante Faktoren abgeleitet, und zwar das Vertrauen in soziale Beziehungen, das politische Interesse und die Parteiidentifikation, das Bildungsniveau, das Sprachniveau und die wahrgenommene Diskriminierung². Die beiden Letzteren bilden migrationsspezifische Faktoren und während die ersten drei Faktoren allgemeine Faktoren der Wahlforschung darstellen. Anschließend wurde der aktuelle Stand der Forschung zu allen fünf

¹ Beim Migrationshintergrund wird sich an der Definition des Statistischen Bundesamtes orientiert: „Eine Person hat einen Migrationshintergrund, wenn sie selbst oder mindestens ein Elternteil die deutsche Staatsangehörigkeit nicht durch Geburt besitzt“ (Statistisches Bundesamt, 2022, Abschnitt „Aktuell“).

² Der Faktor „wahrgenommene Diskriminierung“ konnte nicht untersucht werden, da außerplanmäßig auf einen anderen Datensatz zurückgegriffen werden musste und keine Daten zu Diskriminierung bzw. der wahrgenommenen Diskriminierung dort erhoben wurden.

Faktoren sowohl im Hinblick auf die generelle Wahlbeteiligung als auch spezifisch für Menschen ohne und mit Migrationshintergrund dargestellt. Dabei zeigte sich, dass vor allem für die Faktoren politisches Interesse und Parteiidentifikation, Bildungsniveau und wahrgenommene Diskriminierung ein vielfältiger Forschungsstand vorliegt und vergleichsweise weniger empirische Arbeiten zu den Faktoren Vertrauen in soziale Beziehungen und Sprachniveau existieren. Auf Basis dieser Sichtung des aktuellen Forschungsstandes wurden schließlich die Hypothesen 1 bis 4 aufgestellt.

H1: Je höher das Vertrauen in soziale Beziehungen ausfällt, desto höher fällt die Wahlbeteiligung an der Bundestagswahl 2021 aus.

H2a: Je höher das politische Interesse ausfällt, desto höher fällt die Wahlbeteiligung an der Bundestagswahl 2021 aus.

H2b: Je höher die Parteiidentifikation ausfällt, desto höher fällt die Wahlbeteiligung an der Bundestagswahl 2021 aus.

H3: Je höher das Bildungsniveau ausfällt, desto höher fällt die Wahlbeteiligung an der Bundestagswahl 2021 aus.

H4: Je höher das Sprachniveau von Menschen mit Migrationshintergrund ausfällt, desto höher fällt die Wahlbeteiligung an der Bundestagswahl 2021 aus.

Methodisch basiert die Untersuchung auf einer ergänzenden Sekundäranalyse der GLES-Nachwahlbefragung zur Bundestagswahl 2021 (Roßteutscher et al., 2023). Aus der ursprünglichen Stichprobe von 3.431 Befragten wurde nach einer Datenbereinigung eine Grundgesamtheit von 2.944 wahlberechtigten Personen gebildet. Für die Analyse wurden die befragten Personen in die Gruppen „Menschen ohne Migrationshintergrund“ sowie in vier Zuwanderergruppen („(Spät-)Aussiedler“, „Europäische Union“, „übrige Welt“, „Türkeistämmige“) eingeteilt. Aus methodischen Gründen und wegen einer sehr kleinen Fallzahl von unter jeweils 26 befragten Personen wurden die Gruppen „übrige Welt“ und „Türkeistämmige“ in der Diskussion weitestgehend nicht beachtet. Die Analyse konzentriert sich primär auf die Gruppen „Menschen

ohne Migrationshintergrund“, „(Spät-)Aussiedler“ und „Europäische Union“. Die Untersuchung verfolgt einen deskriptiv-statistischen Ansatz mit dem Ziel, empirische Muster sichtbar zu machen und weiterführende Forschung zu ermöglichen.

Die deskriptive Auswertung der Daten zeigt, dass die Wahlbeteiligung im untersuchten Datensatz (94–96 %) ein deutlich höheres Niveau aufweist als die tatsächliche Wahlbeteiligung an der Bundestagswahl 2021 (76,6 %) (Die Bundeswahlleiterin, 2021). Dies weist auf mögliche Verzerrungen durch zum Beispiel soziale Erwünschtheit und Selektionsprozesse hin. Trotz dessen lassen sich jedoch differenzierte Muster erkennen. Das Vertrauen in soziale Beziehungen und das politische Interesse korrelieren linear steigend mit einer höheren Wahlbeteiligung in allen drei untersuchten Gruppen und bestätigen damit die Hypothesen 1 und 2a auf deskriptiver Ebene. Die Parteiidentifikation weist ein gemischtes Bild auf, denn dort zeigt sich, dass Menschen ohne Migrationshintergrund und Menschen aus der Gruppe „Europäische Union“ eine höhere Wahlbeteiligung aufweisen, wenn sie eine Parteiidentifikation besitzen. Dies konnte jedoch nicht für die Gruppe „(Spät-)Aussiedler“ beobachtet werden, sodass Hypothese 2b nur teilweise angenommen werden kann. Beim Bildungsniveau bestätigt sich das durch Hypothese 3 erwartete Muster für die Gruppen „Menschen ohne Migrationshintergrund“ und „Europäische Union“, nicht jedoch für die Gruppe „(Spät-)Aussiedler“, da dort Personen mit einem mittleren Bildungsniveau die höchste Wahlbeteiligung an der Bundestagswahl 2021 aufweisen. Beim migrationsspezifischen Faktor Sprachniveau lässt sich beobachten, dass in beiden Zuwanderergruppen („Europäische Union“ und „(Spät-)Aussiedler“) das hauptsächliche Sprechen von Deutsch im eigenen Haushalt mit einer deutlich höheren Wahlbeteiligung verbunden ist, sodass Hypothese 4 deskriptiv gestützt werden kann.

Aufgrund von Limitationen, welche in der Arbeit diskutiert werden, sind die Erkenntnisse als indikativ zu betrachten. Sie liefern lediglich Hinweise auf relevante Einflussfaktoren. Die vorliegenden Befunde deuten darauf hin, dass migrationsspezifische Variablen, besonders die wahrgenommene Diskriminierung und differenzierte Sprachkompetenzmessungen, systematisch in Wahlbefragungen integriert werden sollten. Zusätzlich sollten multivariate Analysen durchgeführt

werden, um Wirkungsstärken zu quantifizieren. Auf einer politischen Ebene deuten die Ergebnisse darauf hin, dass Maßnahmen zur Stärkung sozialen Vertrauens, zur Förderung politischen Interesses sowie zur Verbesserung von Bildungs- und Sprachangeboten potenziell die politische Teilhabe von Menschen mit Migrationshintergrund erhöhen könnten. Langfristig ist ein gesamtgesellschaftliches und auch politisches Engagement nötig, um strukturelle Ursachen von Partizipationsunterschieden zu adressieren und die Repräsentativität demokratischer Prozesse zu sichern.

Literatur

Campbell, A., Converse, P. E., Miller, W. E., & Stokes, D. E. (1960). *The American voter*. New York: Wiley

Dalton, R. J. (2008). Citizenship Norms and the Expansion of Political Participation. *Political Studies*, 56(1), 76–98. <https://doi.org/10.1111/j.1467-9248.2007.00718.x>

Decker, F. (2025). *Wahlen in der Demokratie*. Bundeszentrale für Politische Bildung. Abgerufen am 15. November 2025, von <https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/izpb/558694/wahlen-in-der-demokratie/>

Die Bundeswahlleiterin. (2021). *Bundestagswahl 2021: Endgültiges Ergebnis*. Abgerufen am 16. November 2025, von https://bundeswahlleiterin.de/info/presse/mitteilungen/bundestagswahl-2021/52_21_endgueltiges-ergebnis.html

Downs, A. (1957). *An Economic Theory of Democracy*. harper & Row.

Oser, J., & Boulianne, S. (2020). Reinforcement Effects between Digital Media Use and Political Participation: A Meta-Analysis of Repeated-Wave Panel Data. *Public Opinion Quarterly*, 84(S1), 355–365. <https://doi.org/10.1093/poq/nfaa017>

Roßteutscher, S., Faas, T., & Schoen, H. (2023). *GLES Cross-Section 2021, Post Election GLES Querschnitt 2021, Nachwahl (Version 2.1.0) [Dataset]*. GESIS. <https://doi.org/10.4232/1.14169>

Sachverständigenrat für Integration und Migration (SVR). (2022). Integrationsklima 2022: Leicht verbessert mit einzelnen Eintrübungen (Integrationsbarometer / Forschungsbericht No. SVR-Bericht 2022-1; SVRIntegrationsbarometer, S. 36). SVR gGmbH (Sachverständigenrat für Integration und Migration).

Sauer, M. (2022). Politische Partizipation von Zugewanderten. In Dabeisein und Dazugehören (S. 227–252).

Springer Fachmedien Wiesbaden.

Statistisches Bundesamt. (2021). Bundestagswahl 2021: Jede dritte Person mit Migrationshintergrund war wahlberechtigt. https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2021/10/PD21_463_125.html

Statistisches Bundesamt. (2022). Migration und Integration. Statistisches Bundesamt. Abgerufen am 19. November 2025, von https://www.destatis.de/DE/Themen/ Gesellschaft-Umwelt/Bevoelkerung/Migration-Integration/_inhalt.html

Pöttsch, H. (1996). Die deutsche Demokratie. VS Verlag für Sozialwissenschaften. <https://doi.org/10.1007/978-3322-93709-4>

Verba, S., Schlozman, K. L., & Brady, H. E. (2002). Voice and equality: Civic voluntarism in American politics (Nachdr.). Harvard Univ. Press.

2: DIE MACHT DER WORTE

Response: Dr. Kristina Weissenbach

Narrative der US-Präsidentschaftswahl 2024: Eine verhaltensökonomische Analyse des Einflusses wirtschaftspolitischer Narrative auf die wirtschaftlichen Zukunftserwartung

Sebastian Auer, Johannes-Gutenberg-Universität Mainz

1. Einleitung / Thema

Die Wahl des US-amerikanischen Präsidenten zählt zu den politisch und ökonomisch bedeutendsten Ereignissen weltweit. Aufgrund der geopolitischen Rolle der Vereinigten Staaten und ihrer Stellung als größte Volkswirtschaft entfalten Präsidentschaftswahlen weitreichende internationale Wirkungen. Im Wahlkampf 2024 zeigte sich dabei besonders deutlich, dass wirtschaftspolitische Kommunikation nicht primär über technokratische Argumente, sondern über Narrative vermittelt wurde. Ökonomische Entwicklungen wurden durch vereinfachende, emotional aufgeladene Erzählungen interpretiert, die politische Deutungsrahmen setzten, Verantwortung zuschrieben und kollektive Zukunftsbilder erzeugten.

Aus der Perspektive der politischen Kommunikation sind solche Narrative zentrale Instrumente. Sie strukturieren die Wahrnehmung und emotionalisieren politische Inhalte. Insbesondere im digitalen Raum wie sozialen Medien lassen sich spezifische Wählergruppen mobilisieren. Aufbauend auf diesen Beobachtungen untersucht die Masterarbeit, wie ökonomische Narrative im US-Präsidentschaftswahlkampf 2024 kommuniziert wurden und in welchem Zusammenhang sie mit den individuellen wirtschaftlichen Zukunftserwartungen der Wählerinnen und Wähler stehen.

Die zentrale Forschungsfrage lautet: In welchem Ausmaß spiegeln sich die ökonomischen Narrative der Präsidentschaftskandidaten Donald Trump und Kamala Harris in den subjektiven Zukunftserwartungen der amerikanischen Bevölkerung wider und wie lassen sich diese Effekte durch Mechanismen politischer Kommunikation und kognitive Verzerrungen erklären?

Theoretisch verbindet der Beitrag Robert Shillers Konzept der Narrative Economics mit Ansätzen der politischen Kommunikationsforschung und der Verhaltensökonomik. Während Shiller Narrative als sozial verbreitete Erzählmuster beschreibt, die ökonomisches Verhalten beeinflussen, zeigen kommunikationswissenschaftliche Studien, dass Narrative insbesondere über Framing, Emotionalisierung und In-Group/Out-Group-Konstruktionen wirken. Ergänzend verdeutlichen psychologische Modelle (Kahneman & Tversky), dass Informationen nicht neutral verarbeitet werden. Insbesondere der Negativity Bias legt nahe, dass negativ gerahmte politische Narrative stärker wahrgenommen und internalisiert werden als positive oder stabilisierende Botschaften. Daraus ergibt sich die Annahme, dass emotional aufgeladene (insbesondere negativ aufgeladene) Narrative in der politischen Kommunikation einen besonders starken Einfluss auf individuelle Zukunftserwartungen ausüben.

2. Methodische Vorgehensweise

Methodisch folgt der Beitrag einem Mixed-Methods-Design, das qualitative Narrativanalyse mit quantitativen Umfragedaten kombiniert. In einem ersten Schritt wurden ökonomische Narrative aus Beiträgen der Präsidentschaftskandidaten Donald Trump und Kamala Harris auf der Plattform X (ehemals Twitter) identifiziert. Als ein zentrales Kommunikationsmittel ermöglicht X eine direkte, ungefilterte Ansprache der Öffentlichkeit und ist daher besonders geeignet, strategische Narrative im Wahlkampf zu analysieren.

Die Narrative werden entlang klar definierter kommunikationswissenschaftlicher und narrativer Merkmale klassifiziert: Sinnstiftung (sense-making), Simplifizierung, interpretatives Framing sowie emotionale Orientierung. Diese Kriterien erlauben es, Narrative nicht nur thematisch, sondern auch hinsichtlich ihrer kommunikativen Funktion und emotionalen Wirkung systematisch zu erfassen.

In einem zweiten Schritt werden die identifizierten Narrative mit individuellen Umfragedaten aus einem Datensatz verknüpft, bei dem in einem Kooperationsprojekt der Universität Mainz mit der Universität Berkeley über 1.200 US-Amerikaner befragt wurden. Dieser Datensatz enthält Informationen zu politischen Präferenzen, sozioökonomischen Merkmalen sowie zu

wirtschaftlichen Zukunftserwartungen der Befragten. Die empirische Analyse umfasst deskriptive Auswertungen, Regressionsmodelle und Marginaleffekte, um Unterschiede in den Zukunftserwartungen zwischen Wählergruppen sichtbar zu machen.

Ergebnisse

Die Ergebnisse zeigen deutliche Unterschiede in Struktur, Tonalität und kommunikativer Funktion der ökonomischen Narrative beider Kandidaten. Die Narrative von Donald Trump sind überwiegend krisenorientiert, polarisierend und stark emotionalisiert. Sie rahmen wirtschaftliche Entwicklungen als Bedrohungsszenarien, die durch politische Eliten, internationale Abhängigkeiten oder politische Gegner verursacht worden seien. Narrative wie Threat & Savior, Anti-Economic Elites oder Unaffordable America kombinieren ökonomische Argumente mit klaren Schuldzuweisungen und einem starken Us-vs.-Them-Framing.

Die Narrative von Kamala Harris sind demgegenüber stärker positiv geframed, zukunftsorientiert und inklusiv angelegt. Narrative wie Opportunity Economy, Economic Stability oder Care Economy interpretieren wirtschaftliche Entwicklung als gestaltbaren Prozess, der auf Investitionen, soziale Absicherung und institutionelle Verlässlichkeit abzielt. Emotionalisierung erfolgt hier weniger über Angst oder Empörung, sondern über Zuversicht, Fairness und soziale Verantwortung.

Diese kommunikativen Unterschiede spiegeln sich signifikant in den individuellen wirtschaftlichen Zukunftserwartungen wider. Trump-Anhänger äußern häufiger stark polarisierte und negativ gefärbte Erwartungen, während Harris-Anhänger im Durchschnitt stabilere und optimistischere Zukunftsbilder zeigen. Die Ergebnisse deuten darauf hin, dass insbesondere emotional negativ gerahmte Narrative in der politischen Kommunikation eine stärkere Wirkung auf subjektive Zukunftsbilder entfalten.

4. Diskussion

Die Befunde verdeutlichen die zentrale Rolle ökonomischer Narrative als Schnittstelle zwischen politischer Kommunikation und individueller Erwartungsbildung. Sie zeigen, dass Narrative nicht nur Informationsinhalte transportieren, sondern als kommunikative Deutungsangebote fungieren,

die Wahrnehmung, Emotionen und Zukunftsvorstellungen strukturieren. Insbesondere konfliktive und negativ gerahmte Narrative scheinen aufgrund kognitiver Verzerrungen wie dem Negativity Bias überproportional wirksam zu sein.

Die Masterarbeit leistet damit einen empirischen Beitrag zur politischen Kommunikationsforschung, indem er zeigt, wie ökonomische Narrative in digitalen Öffentlichkeiten Erwartungen formen und Polarisierung verstärken können. Anknüpfungspunkte für zukünftige Forschung ergeben sich insbesondere in der Untersuchung narrativer Dynamiken auf weiteren Plattformen, der langfristigen Persistenz narrativ geprägter Erwartungen sowie experimenteller Designs zur Identifikation kausaler Effekte.

Literatur und Anhang

Die Arbeit stützt sich auf Literatur aus den Bereichen Narrative Economics, politische Kommunikation und Verhaltensökonomik. Im Zentrum stehen dabei fünf zentrale Werke, auf denen die theoretische und konzeptionelle Ausrichtung der Arbeit maßgeblich aufbaut.

Edinger, A., Bollen, J., Makse, H. A., & Serafino, M. (2025). Cognitive distortions are associated with increasing political polarization. *Communications Psychology*, 3(1), 105. <https://doi.org/10.1038/s44271-025-00289-4>

Kahneman, D. (2012). *Thinking, Fast and Slow*. Penguin.

Roos, M., & Reccius, M. (2024). Narratives in economics. *Journal of Economic Surveys*, 38(2), 303–341. <https://doi.org/10.1111/joes.12576>

Shiller, R. J. (2017). Narrative Economics. *American Economic Review*, 107(4), 967–1004. <https://doi.org/10.1257/aer.107.4.967>

Tversky, A., & Kahneman, D. (1974). Judgment under Uncertainty: Heuristics and Biases. *Science*, 185(4157), 1124–1131. <https://doi.org/10.1126/science.185.4157.1124>

Zwischen Strategie und Polarisierung: Politisches Framing von Migration – eine vergleichende Inhaltsanalyse der CDU und AfD

Maja Wahl, Universität Bremen

1. Einleitung / Thema

Migration ist eines der zentralen politischen und gesellschaftlichen Themen unserer Zeit (Zeit, 2024). Besonders im Europawahlkampf 2024 zeigt sich die zentrale Bedeutung des Themas: Migration gilt als salientes Thema und zählt laut dem ARD-Deutschlandtrend zu den wahlentscheidenden Themen (Deutsche Welle, 2024). Seit 2019 hat Migration an Bedeutung gewonnen, das zeigt sich auch darin, dass für 17 Prozent der Befragten zur Europawahl 2024 Zuwanderung das wichtigste politische Thema darstellt (ebd.).

In diesem Spannungsfeld setzt sich die vorliegende Arbeit mit der Frage auseinander: „Inwieweit unterscheiden sich die Parteien ‚CDU‘ und ‚AfD‘ in der Europawahl 2024 bei der Nutzung migrationsspezifischer Frames auf X?“. Dies lässt sich in zwei Unterfragen gliedern: Welche migrationsspezifischen Frames werden jeweils von CDU und AfD verwendet und lassen sich in der Darstellung von Migration Gemeinsamkeiten oder Unterschiede erkennen?

Zur Beantwortung dieser Forschungsfrage greift die Arbeit auf das Framing-Konzept von Robert Entman zurück (Entman, 1993). Framing beschreibt dort die gezielte Auswahl und Betonung bestimmter Aspekte einer Thematik in der Kommunikation, um eine spezifische Problemdefinition, Ursachenzuschreibung, moralische Bewertung oder Handlungsempfehlung zu fördern (ebd.). Die Relevanz dieser Arbeit ergibt sich aus der zunehmenden Bedeutung migrationspolitischer Debatten im öffentlichen Diskurs (Bauböck & Tripkovic, 2017). Verschiedene Akteur:innen weisen darauf hin, dass die CDU in der politischen Kommunikation zur Migration Narrative aufgreife, die auch von der AfD verwendet werden (Taz, 2024). Diese Annahme soll im Folgenden empirisch geprüft werden.

2. Methodische Vorgehensweise

Zur Beantwortung der Forschungsfrage wird eine qualitative Inhaltsanalyse durchgeführt. Die Methode der Inhaltsanalyse ermöglicht eine systematische Untersuchung der Kommunikation politischer Akteur:innen (Jandura, 2022). Ergänzend werden Häufigkeiten der Frames analysiert und grafisch dargestellt. Als Untersuchungsmaterial dienen Beiträge, sogenannte Posts, der CDU und AfD auf der Plattform X. Der Untersuchungszeitraum umfasst die letzten sechs Wochen vor der Europawahl 2024 (22.04 bis 09.06.2024), die als Wahlkampfhochphase gelten (Bundestag, 2025).

Wie bereits erwähnt, orientiert sich diese Arbeit stark an dem Framing Ansatz von Robert Entman (1993). Dieser hat sich in der bisherigen Forschung besonders in Bezug auf die Kommunikation über Migrant:innen bewiesen (Goedeke Tort, Guenther & Ruhrmann, 2016). Dabei werden die Frames im Vorfeld präzisiert, dies basiert auf Grundlage theoretischer Ansätze und der bestehenden Forschungsliteratur (Meyen et al., 2011). Die Kategorienbildung erfolgt deduktiv, also theoriegestützt und besteht aus den von Entman beschriebenen Frame- Elementen, darunter die Problemdefinition, Ursachenzuschreibung, Lösungszuschreibung und Handlungsaufforderung sowie Bewertung (Matthes, 2014).

Zur Ergänzung der qualitativen Methodik wird eine Häufigkeitsanalyse durchgeführt (Mayring, 2015). Diese dient nicht der Ableitung allgemeiner Schlussfolgerungen, sondern unterstützt die Einordnung und Vergleichbarkeit der Ergebnisse. So kann erkannt werden, wie bedeutsam migrationsspezifische Frames für die beiden Parteien sind und es kann die prozentuale Verteilung gezeigt werden. Die Häufigkeitsanalyse ermöglicht es, die Häufigkeit der Frames im untersuchten Material zu quantifizieren. Der Fokus liegt in dieser Arbeit jedoch deutlich auf der qualitativen Inhaltsanalyse.

Die Analyseeinheit umfasst einzelne Posts der CDU und AfD, die migrationsspezifische Inhalte enthalten. Bilder werden dabei bewusst nicht berücksichtigt, da der Fokus auf der Analyse des Textes liegt. Die Auswahl der Accounts für diese Untersuchung wurde

bewusst getroffen (Brosius, Haas & Unkel, 2008). Dabei wird das politische Spitzenpersonal der CDU und AfD in Form des Parteivorsitzenden Friedrich Merz (CDU, 2025) und Alice Weidel (AfD, 2025) sowie die jeweils drei Spitzenkandidierenden ausgewählt, da sie für das Verständnis von Framing sehr relevant sind (Borucki et al., 2022). Ebenso stellen die Accounts der Parteien selbst einen wichtigen Kanal für das politische Framing dar. Die gesammelten Posts werden darauf untersucht, ob sie migrationsspezifische Frames enthalten und falls dies der Fall ist, kodiert.

3. Ergebnisse

Die Ergebnisse zeigen, dass beide Parteien Migration überwiegend negativ framen, sich jedoch in ihrer Argumentation unterscheiden. Beide Parteien nutzen die Frames „Sicherheit, Kriminalität, kulturelle Bedrohung und wirtschaftliche Belastung“, um Migration als Herausforderung oder Bedrohung darzustellen.

Während sich die CDU als handlungsfähiger Akteur positioniert, der durch verstärkte Grenzkontrollen und Kooperation auf europäischer Ebene Lösungen anstrebt, formuliert die AfD eine grundlegende Systemkritik und stellt sich als einzige Partei dar, die konsequente Maßnahmen zur Migrationskontrolle durchsetzen würde. Besonders auffällig ist, dass die AfD deutlich explizitere Formulierungen nutzt, während die CDU ihre Frames eher implizit vermittelt.

Ein zentrales Ergebnis dieser Arbeit ist, dass keine der beiden Parteien den Solidaritätsframe nutzt. Das deutet daraufhin, dass solidaritätsorientierte Frames der Migration weder für die CDU noch für die AfD eine Rolle spielen, was zeigt, dass Migration in erster Linie als Herausforderung oder Bedrohung und nicht als Solidaritätsgrund betrachtet wird. Darüber hinaus zeigt sich, dass die AfD migrationspolitische Themen stärker mit Wahlmobilisierung verknüpft, indem sie Migration als zentrales Problem darstellt, das nur durch einen politischen Machtwechsel gelöst werden könne. Die CDU hingegen legt den Fokus auf konkrete politische Maßnahmen, ohne explizit zur Wahl ihrer Partei aufzurufen.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass sowohl CDU als auch die AfD migrationspezifische Frames nutzen, um Migration als Herausforderung darzustellen. Der große Unterschied liegt jedoch darin, dass die AfD ihre Positionen schärfer, mit klaren Feindbildern und direkter Ursachenzuschreibung formuliert, während die CDU ihre migrationskritischen Frames mit rechtstaatlichen und ordnungspolitischen Argumenten verbindet.

4. Diskussion

Die Ergebnisse dieser Arbeit verdeutlichen die migrationskritische Haltung der CDU sowie die migrationsfeindliche Position der AfD. Während die CDU Migration vor allem im Kontext des Erhalts einer Leitkultur betont, stellt die AfD Zuwanderung primär als Bedrohung für die öffentliche Sicherheit dar. Beide Parteien positionieren sich damit, wenn auch in unterschiedlicher Ausprägung und Weise, gegen eine offene Migrationspolitik.

Diese Bachelorarbeit trägt zu einem besseren Verständnis des politischen Framings sowie der aktuellen migrationspolitischen Debatte in Deutschland bei. Zukünftige Forschung sollte sich verstärkt mit dem Zusammenspiel medialer sowie politischer Framing-Prozesse befassen. Des Weiteren stellt eine quantitative Analyse eine spannende Perspektive dar, um verschiedene Wahlkämpfe zu vergleichen und langfristig zu untersuchen. Außerdem erscheint eine Erweiterung des Untersuchungsmaterials auf das Framing des gesamten Parteienspektrums passend.

Literatur und Anhang

Angeli, O., Mendes, S. M. & Schäler, S. (2024). Die Migrationspolitik der Rechtspopulisten: Eine vergleichende Analyse der Wahlprogramme. MIDEM-Policy Paper, 2, 1-30.

Alternative für Deutschland (2023). AfD Europawahlprogramm 2024. Abgerufen am 13.01.2025 unter https://www.afd.de/wp-content/uploads/2023/11/2023-11-16_-_AfD-Europawahlprogramm-2024_-_web.pdf.

Borucki, I., Kleinen-von Königslow, K., Marschall, S., & Zerback, T. (Hrsg.) (2022). Handbuch Politische Kommunikation. Wiesbaden: Springer VS.

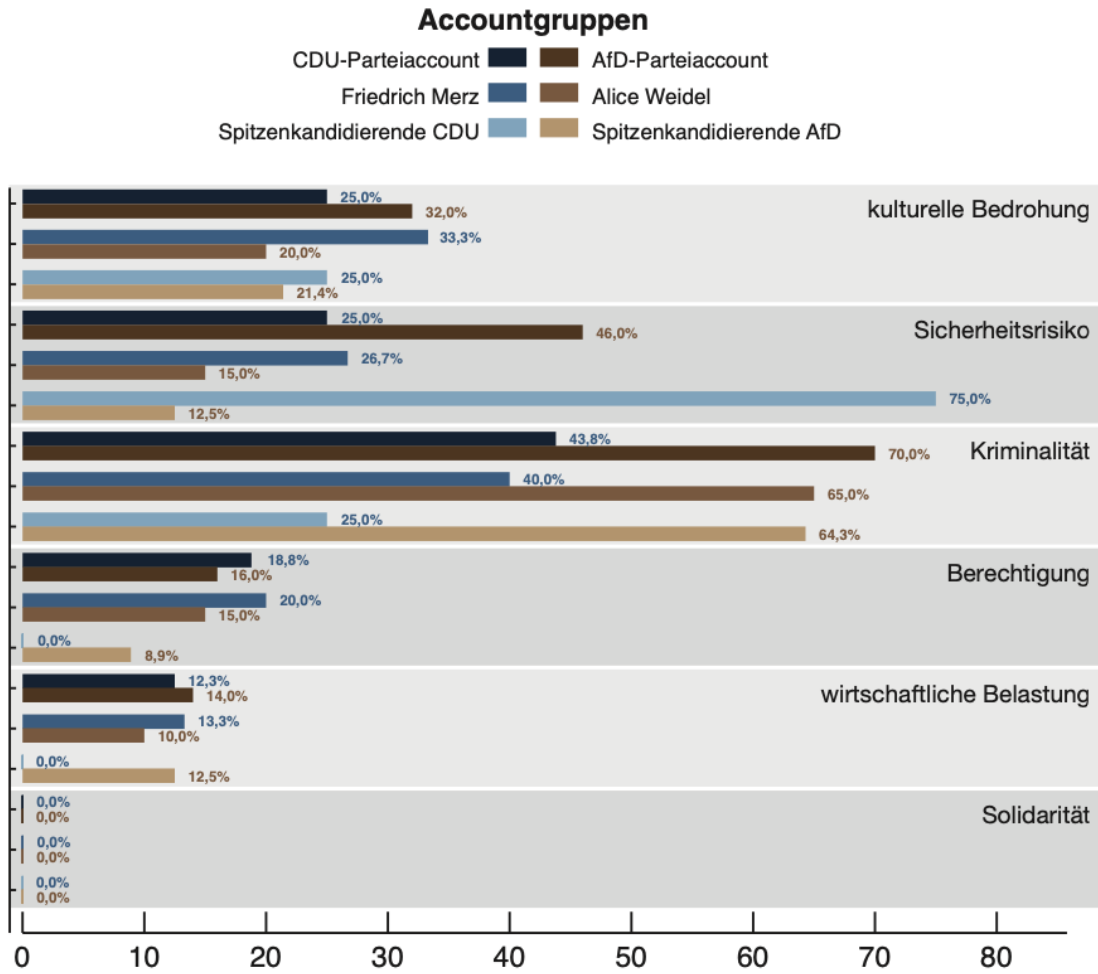
- Budde, N., Jandura, O. & Dohle, M. (2018). Das Framing der Flüchtlingskrise in Parlament und Parlamentsmagazinen. *Zeitschrift für Parteiwissenschaften*, 1, 31-39.
- CDU, CSU (2024). Mit Sicherheit Europa – Für ein Europa, das schützt und nützt. Wahlprogramm von CDU und CSU zur Europawahl 2024. Abgerufen am 13.01.2025 unter https://assets.ctfassets.net/nwwnl7ifahow/476rnHcYPkmyuONPvSTKO2/972e88ceb862ac4d4905d98441555e0c/europawahlprogramm-cdu-csu-2024_0.pdf.
- Boomgaarden, E. & Greussing, H. (2017). Shifting the Refugee Narrative? An Automated Frame Analysis of Europe's 2015 Refugee Crisis. *Journal of Ethnic and Migration Studies*, 43 (11), 1749-74.
- Entman, R. (1993). Framing: Toward Clarification of a Fractured Paradigm. *Journal of Communication*, 43 (4), 51-58.
- Goedeke Tort, M., Guenther, L., & Ruhrmann, G. (2016). Von kriminell bis willkommen. Wie die Herkunft über das mediale Framing von Einwanderern entscheidet. *M&K Medien & Kommunikationswissenschaft*, 64(4), 497- 517.
- Heibling, M. (2014). Framing Immigration in Western Europe. *Journal of Ethnic and Migration Studies*, 40 (1), 21-41.
- Jandura, O. (2022). Quantitative/Qualitative Methoden, Mixed methods. In: Borucki, I., Kleinen-von Königslöw, K., Marschall, S., Zerback, T. (Hrsg.) *Handbuch Politische Kommunikation* (S. 651-758). Wiesbaden: Springer VS.
- Matthes, J. (2014). *Framing. Konzepte. Ansätze der Medien- und Kommunikationswissenschaft*. Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft.
- Mayring, P. (2015). *Qualitative Inhaltsanalysen: Grundlagen und Techniken*. Weinheim: Beltz Verlag.

Anhang: Kategoriensystem (eigene Darstellung)

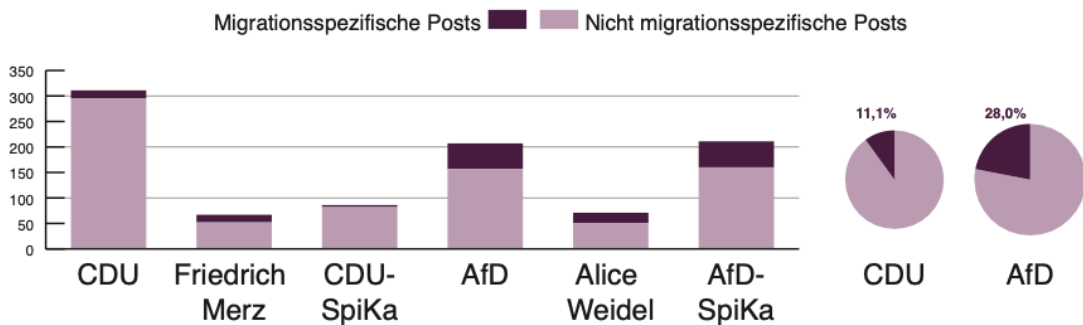
	Problemdefinition	Ursachenzuschreibung	Lösungszuschreibung/ Handlungsaufforderung	Bewertung	Ankerbeispiele	Kodierregel
Sicherheitsrisiko	Migration wird als Sicherheitsproblem für die nationale Sicherheit verstanden. Dies beinhaltet eine Verbindung von Migration mit Terrorismus.	Die Ursache wird primär Migrant:innen zugeschrieben, die als „fremd“ und „böswillig“ dargestellt werden. Die Verantwortung liegt dabei bei der Regierung, die Migration nicht ausreichend kontrollieren würden und Migrant:innen selbst, die als Sicherheitsrisiko dargestellt werden.	Politische Maßnahmen werden als notwendig beschrieben, um Migration einzuschränken und zu kontrollieren.	Stark negativ, Migration wird durchgängig negativ bewertet.	<p>CDU, 8-5-1 „Europa muss für Sicherheit sorgen [...] „Auf unseren Straßen und Plätzen, an unseren Grenzen [...] Deshalb braucht es eine bessere Zusammenarbeit der Polizeien, [...] und einen stärkeren Schutz der EU-Außengrenzen, um die irreguläre Migration einzudämmen.“</p> <p>AfD, 13-5-1 „Bahn-Mitarbeiter schließen sich wegen Migranten ein: Sichere Züge? Nur mit uns [...] „Es sind meistens junge Männer aus der Erstaufnahmeeinrichtung, die sich in unseren Bahnen komplett danebenbenennen.“</p>	<p>Ein Post wird kodiert, wenn:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Migration als Sicherheitsproblem oder Bedrohung dargestellt wird. 2. sicherheitspolitische Narrative im Vordergrund stehen. <p>Ein Post wird nicht kodiert, wenn:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Migration ohne Bezug auf Sicherheit diskutiert wird. 2. der Fokus auf wirtschaftlichen oder humanitären Aspekten liegt.
Kriminalität	Migrant:innen werden als Kriminelle dargestellt, die als Ursache erhöhter Kriminalität im Aufnahmeland gesehen werden. Es wird hervorgehoben, dass die Mehrheit der Migrant:innen in illegale Machenschaften verwickelt sei.	Die Verantwortung wird den Migrant:innen selbst zugeschrieben, indem ihnen kriminelle Absichten unterstellt werden. Politische Akteur:innen, die Migration ermöglichen oder nicht effektiv bekämpfen können als Ursache des Problems gesehen werden.	Politische und rechtliche Maßnahmen sollen ergriffen werden, um Migration einzuschränken (z.B. verschärfte Grenzkontrollen). Als Lösung wird die Abschiebung von kriminellen Migrant:innen gefordert, um Kriminalität zu bekämpfen. Appell an politische Akteur:innen, gegen Migration als Ursache von Kriminalität vorzugehen.	Stark negativ, Migrant:innen werden kriminalisiert.	<p>CDU, 6-6-9 „Wir reden dauernd über Abschiebungen, müssten aber zugleich dafür sorgen, dass der illegale Zuzug in die Bundesrepublik Deutschland reduziert wird. In diesem Jahr hatten wir wieder 85.000 illegale Grenzübertritte“</p> <p>AfD, 29-4-1 „Innenministerin #Faeser (#SPD) lässt die Islamisten gewähren, stemmt sich gegen konsequente Abschiebungen und treibt mit dem „Chancen-Aufenthaltsrecht“ die Legalisierung der illegalen Einwanderung voran“</p>	<p>Ein Post wird kodiert, wenn:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Migration mit Kriminalität verbunden wird (wie z.B. die Nutzung der Begriffe „illegale Migration“ oder „irreguläre Migration“). 2. Migrant:innen als Gruppe kriminalisiert werden. <p>Ein Post wird nicht kodiert, wenn:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. zwischen einzelnen Straftäter:innen und der Gesamtgruppe von Migrant:innen differenziert wird.
wirtschaftliche Belastung	Migration wird als Belastung für wirtschaftliche Ressourcen und den Arbeitsmarkt dargestellt. Dabei wird eine Überlastung der Sozialsysteme beschrieben. Migrant:innen werden als „Wirtschaftsmigrant:innen“ bezeichnet, die Arbeitsplätze der einheimischen Bevölkerung wegnehmen und öffentliche Ressourcen ausnutzen.	Migrant:innen werden als Ursache gesehen, ihnen wird unterstellt, das System auszunutzen. Sie werden als Konkurrenz:innen auf dem Arbeitsmarkt dargestellt.	Politische Maßnahmen zur Einschränkung der Migration von sogenannten „Wirtschaftsmigrant:innen“ und stärkere Kontrolle über öffentliche Ausgaben für Migrant:innen, wie bspw. die Verringerung des Zugangs von Migrant:innen zu öffentlichen Ressourcen. Appell an politische Akteur:innen, Maßnahmen zum Schutz des Sozialstaates und der einheimischen Bevölkerung zu ergreifen.	stark negativ	<p>Merz, 7-6-1 „Mittlerweile sind 5,5 Millionen Menschen im sogenannten ‚Bürgergeld‘, rund 4 Millionen davon sind erwerbsfähig und es gibt 700.000 offene Stellen in Deutschland. Das werden Sie mit Einwanderung nicht lösen“</p> <p>AfD, 16-5-1 „Da die CDU auch in Berlin die Massmigration vorantreibt und unter anderem einen Abschiebestopp mitgetragen hat, verringern sich logischerweise die finanziellen Spielräume für eine optimale Ausstattung von Polizei und Feuerwehr“</p>	<p>Ein Post wird kodiert, wenn:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Migration als wirtschaftliche Belastung oder Bedrohung für den Arbeitsmarkt dargestellt wird. 2. der Fokus auf negativen wirtschaftlichen Folgen von Migration liegt. 3. Migration als Bedrohung für den Sozialstaat thematisiert wird. <p>Ein Post wird nicht kodiert, wenn:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Migration als wirtschaftliche Chance betrachtet wird.
Berechtigung	Nicht alle Migrant:innen gelten als berechtigt, in ein Land einzuwandern. Es wird eine Unterscheidung zwischen „echten“ Geflüchteten, die Schutz benötigen und „Wirtschaftsmigrant:innen“	Unterstellung unlauterer Motive an einen Teil der Migrant:innen, während „echte“ Geflüchtete als Opfer externer Umstände gelten.	Strikte Differenzierung zwischen verschiedenen Kategorien von Migrant:innen: „echte“ Geflüchtete sollen Schutz erhalten, während „Wirtschaftsmigrant:innen“ und „illegale Einwanderung“ abgelehnt werden, teilweise wird eine	Echte Migrant:innen werden positiv bewertet, unechte Migrant:innen werden negativ bewertet	<p>CDU, 6-6-5 „Wir müssen die zu uns holen, die uns nutzen, nicht die, die uns ausnutzen. Europa muss handeln und die Außengrenzen schützen“</p> <p>AfD, 30-4-1 „Wer nicht hier sein darf, muss nach Hause gehen“</p>	<p>Ein Post wird kodiert, wenn:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. eine Unterscheidung zwischen Migrant:innen erfolgt (z. B. Unterscheidung zwischen „echten“ und „unechten“ Migrant:innen).

	Problemdefinition	Ursachenzuschreibung	Lösungszuschreibung/ Handlungsaufforderung	Bewertung	Ankerbeispiele	Kodierregel
Berechtigung	also „unechte“ Migrant:innen vorgenommen, die angeblich nur aus wirtschaftlichem Interesse einwandern.	Verantwortung wird dabei sowohl den Migrant:innen selbst als auch der Politik zugeschrieben.	geregelt Einwanderung für Fachkräfte betont. Politische Maßnahmen werden gefordert, um die Kategorien klar abzugrenzen und umzusetzen: Schaffung geregelter Einwanderungswege für Fachkräfte, strikte Ablehnung von „unechten“ Migrant:innen, und ein starkes Kontrollsystem, das die Unterscheidung sicherstellt.			<p>Ein Post wird nicht kodiert, wenn:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Migration unabhängig vom Migrationsgrund und Aufenthaltsstatus als wirtschaftliche Bedrohung thematisiert wird.
kulturelle Bedrohung	Migration als kulturelle Bedrohung. Migrant:innen seien eine symbolische Gefahr für die europäische oder nationale Kultur, weil ihre kulturellen Werte als unvereinbar mit denen der Aufnahmegesellschaft angesehen werden. Migration würde zur „Überfremdung“ und zum Verlust der nationalen Identität führen. Dabei wird vor allem der Islam als pauschales Feindbild dargestellt, wobei Migrant:innen oft islamistischen Fundamentalismus und Gewaltbereitschaft zugeschrieben wird.	Die Ursache des Problems wird Migrant:innen zugeschrieben, denen eine geringe Anpassungsbereitschaft oder der Versuch unterstellt wird, ihre eigene Kultur im Aufnahmeland durchzusetzen.	Migration soll strikt kontrolliert oder eingeschränkt werden, um die kulturelle Identität der Aufnahmegesellschaft zu schützen. Maßnahmen wie restriktive Einwanderungspolitik oder die Förderung der „eigenen“ Kultur werden als notwendig dargestellt, um die vermeintliche „Islamisierung“ oder „kulturelle Überfremdung“ zu verhindern.	stark negativ	<p>CDU, 7-4-1 „Deshalb müssen alle, die hier in #Deutschland leben wollen, unsere Regeln und die Kultur unseres Miteinanders ohne Wenn und Aber anerkennen“</p> <p>AfD, 29-4-1 „Wir bieten uns nicht an Islamisten an, sondern erhalten unser Land – und mit ihm unsere Freiheit und Kultur. Das ist nichts anderes als die selbstverständliche Verwirklichung dessen, was auf dem Reichstag geschrieben steht: ‚Dem deutschen Volke“</p>	<p>Ein Post wird kodiert, wenn:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Migration primär unter kulturellen Bedrohungsszenarien diskutiert wird. 2. kulturelle Konflikte im Vordergrund stehen, ohne Berücksichtigung struktureller Faktoren. 3. restriktive Maßnahmen gegen eine angebliche „Islamisierung“ bzw. „Überfremdung“ gefordert werden. <p>Ein Post wird nicht kodiert, wenn:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. kulturelle Vielfalt neutral oder positiv bewertet wird. 2. eine „Willkommenskultur“ gefordert wird.
Solidarität	Die Situation von Geflüchteten wird als humanitäre Krise gesehen.	Außere Faktoren wie Krieg und Gewalt sind für die Migration verantwortlich.	Maßnahmen, die auf Unterstützung der Migrant:innen abzielen; Forderung nach Solidarität und Unterstützung für Geflüchtete.	Stark positiv, moralische Verpflichtung gegenüber Migrant:innen	Während der Kodierung trat dieser Frame nicht auf, deshalb liegen keine Ankerbeispiele vor.	<p>Ein Post wird kodiert, wenn:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. sich mit den Migrant:innen und ihren Problemen solidarisiert wird. <p>Ein Post wird nicht kodiert, wenn:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Migrant:innen primär als Risiko oder Belastung dargestellt werden.

(Abb. 1) Relative Häufigkeit migrationsspezifischer Frames je Accountgruppe



(Abb. 2) Absolute Häufigkeit und Anteil an migrations-spezifischen Posts der Accountgruppen



Datengrundlage: Öffentliche Posts auf X im Untersuchungszeitraum 29.04.2024-09.06.2024 von den Accounts der AfD (@AfD), Alice Weidel (@Alice_Weidel) und den Spitzenkandidierenden der AfD (@Rene_Aust, @AndersonAfDMdEP und @AlexJungbluth) sowie der CDU (@CDU), Friedrich Merz (@_FriedrichMerz) und den Spitzenkandidierenden der CDU (@caspary, @peterliese und @MarionWalsmann).

3: MEDIENWAHRNEHMUNG & KONSUM

Response: Dr. Nadja Wilker

Feindlicher Medienwahrnehmung vorbeugen: Eine experimentelle Studie zum Einfluss von News Literacy Interventionen auf den Hostile Media Effekt.

Dana Haustein, Universität Bonn

1. Einleitung / Thema

Voreingenommene Rezipient*innen tendieren dazu, Medieninhalte zuungunsten der eigenen Einstellung wahrzunehmen (Holtz & Kimmerle, 2019, S. 22). Dieses als robust geltende (Perloff, 2015, S. 703) Wahrnehmungsphänomen wird als „Hostile-Media-Effekt“ (HME) bezeichnet (Vallone et al., 1985). Eine feindliche Wahrnehmung der Medientendenz führt nicht selten zu alternativen Wegen der Informationsbeschaffung (Ziegele & Niederelz, 2020, S. 9), auf welchen möglicherweise demokratiefeindliche Positionen lauern. Daher untersuche ich, inwiefern dem HME durch News-Literacy-stärkende Interventionen vorgebeugt werden kann. News Literacy kann dabei als „knowledge of the personal and social processes by which news is produced, distributed, and consumed, and skills that allow users some control over these processes“ (Tully et al., 2022, S. 1593) definiert werden.

Diese Studie untersucht, inwiefern News-Literacy-Interventionen den HME im Kontext eines Medienberichts über den Nahostkonflikt beeinflussen. Dabei wird angenommen, dass eine stärker ausgeprägte persönliche Einstellung mit einer feindlicheren Wahrnehmung eines ambivalenten Medienbeitrags einhergeht und damit einen HME auslöst (H1), der sich auf die Einschätzung der gesamten Medienberichterstattung (H2) sowie des wahrgenommenen Meinungsklimas überträgt (H3) (Gunther et al., 2001). Da News Literacy einen bewussteren und kritischeren Umgang mit Nachrichten fördert (Ashley, 2020; Tully et al., 2022), wird erwartet, dass entsprechende Interventionen feindliche Medienwahrnehmungen reduzieren (H4) (Vraga et al., 2009; Vraga et al., 2012; Vraga et al., 2015). Die wenigen bisherigen Studien zum Zusammenhang von HME und News Literacy untersuchten unspezifische Interventionen und ließen offen, welche spezifischen

Inhalte feindliche Medienwahrnehmungen reduzieren (Vraga et al., 2009; Vraga et al., 2012). Daher testet diese Studie differenziert, ob sich die Effekte je nach Förderung von News-Consumption- versus News-Creation-Kompetenzen (s. Anhang) unterscheiden. Zudem wird analog zu vorherigen HME-Studien geprüft, ob Involvement, also „the intensity of cognitive activity devoted to an issue“ (Matthes, 2011, S. 363), den Zusammenhang zwischen persönlicher Einstellung und Beitragswahrnehmung verstärkt (H5) und ob es den moderierenden Effekt der News-Literacy- Interventionen auf die feindliche Beitragswahrnehmung abschwächt (H6).

2. Methodische Vorgehensweise

Das Online-Experiment wurde im Juli 2025 mit $N = 1203$ Teilnehmenden über das Panel *consumerfieldwork* durchgeführt. Das Sample umfasste 31 % Personen mit niedriger, 34 % mit mittlerer und 35 % mit hoher Bildung, ein Durchschnittsalter von 51,49 Jahren ($SD = 16$) sowie eine nahezu ausgeglichene Geschlechterverteilung (50 % weiblich, 49 % männlich). Zentrales Stimulusmaterial war ein vorgetesteter, fiktiver Nachrichtenbeitrag zum Nahostkonflikt, der sowohl die israelische Regierung als auch die Hamas kritisch thematisierte (s. Anhang). Das Design kombinierte die konfliktspezifische Einstellung (pro-palästinensisch, neutral, pro-israelisch) mit einer randomisierten News-Literacy-Intervention (News-Creation: $N = 395$; News-Consumption: $N = 415$; Kontrollgruppe: $N = 393$). Zwischen den Interventionsgruppen zeigten sich keine signifikanten Unterschiede in Bildung ($\chi^2(4, N = 1203) = 1.00, p = .91$), Geschlecht ($\chi^2(4, N = 1203) = 3.86, p = .43$), Alter ($\chi^2(6, N = 1203) = 4.53, p = .61$), Religionszugehörigkeit ($\chi^2(12, N = 1203) = 12.99, p = .37$) oder Einstellung zum Nahostkonflikt ($F(1, 536) = 0.7, p = .40$). Die Einstellung zum Nahostkonflikt wurde anhand einer bipolaren Skala gemessen („Mit welcher dieser Konfliktparteien sympathisieren Sie eher?“; 1 = Palästina, 7 = Israel) ($M = 4.24, SD = 1.78$). Die wahrgenommene Artikeltendenz wurde mit vier Items, angelehnt an die Messung von Dohle & Hartmann (2008, S. 32) auf einer neunstufigen Skala (1 = palästinensische Seite, 9 = israelische Seite) erfasst ($\alpha = 0.86, M = 4.13, SD = 0.80$). Die wahrgenommene Tendenz der deutschen Medienberichterstattung wurde mit zwei fünfstufigen Likert-Items zur negativen Berichterstattung über Israel ($M = 2.71, SD = 1.03$) und die Palästinenser ($M = 3.18, SD = 1.03$) erhoben. Das

wahrgenommene Meinungsklima wurde über prozentuale Schätzungen zur angenommenen Ablehnung der israelischen ($M = 50.39$, $SD = 20.16$) sowie palästinensischen Seite ($M = 56.71$, $SD = 20.21$) gemessen. Das Involvement der Teilnehmenden wurde mit sechs fünfstufigen Likert-Items nach Matthes (2011, S. 380f.) erfasst ($\alpha = 0.88$, $M = 2.85$, $SD = 0.97$). Mögliche Gegenreaktionen zu den Interventionen wurden mittels einer siebenstufigen Reaktanzskala nach van Reijmersdal et al. (2016) erhoben ($\alpha = 0.93$, $M = 2.63$, $SD = 1.34$), wobei in allen Gruppen niedrige Reaktanzwerte auf eine gute Akzeptanz der Interventionen hinweisen (Kontrollgruppe: $M = 2.49$, $SD = 1.30$; News-Creation: $M = 2.77$, $SD = 1.44$; News-Consumption: $M = 2.64$, $SD = 1.27$).

3. Ergebnisse

Die Daten wurden mit PROCESS (Modell 83) in R analysiert und zeigen einen HME (H1-3). Die persönliche Einstellung zum Nahostkonflikt beeinflusst signifikant die wahrgenommene Beitragstendenz ($\beta = -0.35$, $SE = 0.09$, $p < 0.00$), wobei beide Konfliktparteien denselben Beitrag als gegen die eigene Position gerichtet wahrnehmen ($F = 5.00$, $p < 0.01$). Diese wahrgenommene Beitragstendenz überträgt sich auf die Einschätzung der allgemeinen Medienberichterstattung ($\beta = 0.20$, $SE = 0.04$, $p < 0.00$), welche wiederum die Wahrnehmung des Meinungsklimas in Deutschland prägt ($\beta = 0.22$, $SE = 0.04$, $p < 0.00$). Zusätzlich wirkt die persönliche Einstellung direkt auf die Gesamtmedienwahrnehmung ($\beta = -0.33$, $SE = 0.05$, $p < 0.00$). Insgesamt zeigt sich ein signifikanter Interaktionseffekt ($\Delta R^2 = 0.03$, $p < 0.00$), der darauf hinweist, dass News-Literacy-Interventionen den HME beeinflussen. Dabei reduziert die News-Creation-Intervention den HME ($\beta = -0.22$, $SE = 0.09$, $p < 0.01$) im Vergleich zur Kontrollgruppe. Die News-Consumption-Intervention schwächt den Effekt so stark ab, dass in dieser Gruppe kein HME mehr auftritt ($\beta = 0.11$, $SE = 0.09$, $p > 0.2$) (s. Anhang).

Das Involvement moderiert den HME signifikant: Mit steigendem Involvement nimmt der HME zu ($R^2 = 0.04$, $\Delta R^2 = 0.02$, $p < 0.01$). Eine moderierte Moderation zeigte jedoch, dass das Involvement den Einfluss der News-Literacy-Interventionen auf den HME nicht systematisch verändert ($R^2 = 0.08$, $\Delta R^2 = 0.02$, $p > 0.08$): Während der HME in der Kontrollgruppe mit steigendem Involvement

zunimmt, bleibt er in der News-Creation-Gruppe konstant und ist in der News-Consumption-Gruppe weiterhin insignifikant. In allen Modellen wurden die Kontrollvariablen Bildung, Alter, Geschlecht und Religionszugehörigkeit berücksichtigt.

4. Diskussion

Die Studie bestätigt den HME: Teilnehmende bewerten denselben Beitrag je nach eigener Einstellung als gegen ihre Position gerichtet (H1), was die Wahrnehmung der Gesamtmedien (H2) und die des Meinungsklimas (H3) beeinflusst. News-Literacy-Interventionen wirken unterschiedlich: News-Creation-Kompetenzen schwächen den Effekt leicht, News-Consumption-Kompetenzen verhindern ihn vollständig (H4). Höheres Involvement verstärkt den Effekt (H5), hat aber keinen Einfluss auf die Wirksamkeit der Interventionen (H6). Die Ergebnisse zeigen, dass kritische Nachrichtenkompetenz Wahrnehmungsverzerrungen verringern und somit möglicherweise Polarisierung abschwächen und Vertrauen in Medien stärken kann.

Eingeschränkt wird die Aussagekraft unter anderem durch die Nicht-Repräsentativität der Stichprobe, den Ausschluss von 655 Teilnehmenden, den fiktiven Medienbeitrag sowie mögliche Effekte individueller Medienrepertoires (Dohle & Hartmann, 2008; Hasebrink & Domeyer, 2012). Zukünftige Forschung sollte weitere Themen, zusätzliche News-Literacy-Komponenten sowie internalisierte Nachrichtenkompetenz ohne Intervention prüfen, um die gesellschaftliche Relevanz besser zu evaluieren (Tully et al., 2022; Ziegele & Niederelz, 2020).

5. Literatur und Anhang

Ashley, S. (2019). *News Literacy and Democracy*. Routledge. <https://doi.org/10.4324/9780429460227>

Dohle, M. & Hartmann, T. (2008). Alles eine Frage hoher Reichweite? Eine experimentelle Untersuchung zur Ursache der Entstehung von Hostile-Media-Effekten. *M&K*, 21–41. <https://doi.org/10.5771/1615-634x-2008--21>

Gunther, A. C., Christen, C. T., Liebhart, J. L., & Chia, S. C.-Y. (2001). Congenial Public, Contrary Press, and Biased Estimates of the Climate of Opinion. *The Public Opinion Quarterly*, 65(3), 295–320. <http://www.jstor.org/stable/3078822>

- Hayes, A. F. (2022). *Introduction to mediation, moderation, and conditional process analysis: A regression-based approach*. New York: The Guilford Press.
- Matthes, J. (2011). The Affective Underpinnings of Hostile Media Perceptions. *Communication Research*, 40(3), 360–387. <https://doi.org/10.1177/0093650211420255>
- Perloff, R. M. (2015). A Three-Decade Retrospective on the Hostile Media Effect. *Mass Communication and Society*, 18(6), 701–729. <https://doi.org/10.1080/15205436.2015.1051234>
- Tully, M., Maksl, A., Ashley, S., Vraga, E. K. & Craft, S. (2022). Defining and conceptualizing news literacy. *Journalism*, 23(8), 1589–1606. <https://doi.org/10.1177/14648849211005888>
- Vallone, R. P., Ross, L. & Lepper, M. R. (1985). The hostile media phenomenon: biased perception and perceptions of media bias in coverage of the Beirut massacre. *Journal of personality and social psychology*, 49(3), 577–585. <https://doi.org/10.1037/0022-3514.49.3.577>
- Vraga, E. K., Tully, M., Akin, H. & Rojas, H. (2012). Modifying perceptions of hostility and credibility of news coverage of an environmental controversy through media literacy. *Journalism*, 13(7), 942–959. <https://doi.org/10.1177/1464884912455906>
- Vraga, E. K. & Tully, M. (2015). Media Literacy Messages and Hostile Media Perceptions: Processing of Nonpartisan Versus Partisan Political Information. *Mass Communication and Society*, 18(4), 422–448. <https://doi.org/10.1080/15205436.2014.1001910>
- Vraga, E. K. & Tully, M. (2021). News literacy, social media behaviors, and skepticism toward information on social media. *Information, Communication & Society*, 24(2), 150–166. <https://doi.org/10.1080/1369118X.2019.1637445>
- Zerback, T. (2016). Der Einfluss des Tenors von TV-Nachrichten auf die wahrgenommene öffentliche Meinung. *Publizistik*, 61(3), 267–286. <https://doi.org/10.1007/s11616-016-0266-8>
- Ziegele, M. & Niederelz, C. (2020). Hüter der Demokratie oder Lügenpresse? In I. Borucki, K. Kleinen-von Königslöw, S. Marschall & T. Zerback (Hrsg.), *Handbuch Politische Kommunikation* (S. 1–17). Springer Fachmedien Wiesbaden. https://doi.org/10.1007/978-3-658-26242-6_41-1

Anhang

Abbildung 1 Zeitungsartikel Nahostkonflikt*



Knapp 18 Monate nach dem Hamas-Angriff auf Israel und der Eskalation des Nahost-Konflikts sind die Fronten verhärtet, mit wenig Aussicht auf eine friedliche Lösung. Das liegt vor allem an den Konfliktparteien selbst.

Die Hamas ist eine islamistische Terrororganisation. Ihr Ziel: die Vernichtung Israels. Der Terrorangriff vom 7. Oktober war kein Widerstand gegen die israelische Besatzung, sondern gezielter Mord an über 1.200 Zivilisten. Die Hamas nutzt dabei das berechnete Anlegen der Palästinenser nach Sicherheit und Selbstbestimmung für ihre eigene Ideologie. Mit Raketen aus Wohngebieten und Tunneln unter Krankenhäusern gefährdet sie das Leben der Palästinenser, denen sie vorgibt, zu dienen. Ihr Ziel ist nicht Frieden, sondern der eigene Machterhalt. Ein Dialog mit der Hamas scheint kaum möglich, denn die Terrororganisation untergräbt diplomatische Lösungen und stürzt die Region weiter ins Chaos.

Israel hat in einem brutalen Krieg jedes Maß verloren. Der Militäreinsatz in Gaza – mit Luftangriffen und Bodenoffensiven – verursacht zehntausende Todesopfer. Der Großteil davon sind unschuldige Zivilisten, darunter viele Kinder. Blockaden humanitärer Hilfen werden als politisches Druckmittel benutzt und führen zu katastrophalen Versorgungsnotständen in der Bevölkerung im Gazastreifen. Israel hat das Recht, sich gegen Terror und Gewalt zu verteidigen, es gilt aber genauso: Grenzenloses Leid darf nicht der Preis für Israels Sicherheit sein. Die Kritik an der rücksichtslosen Kriegsführung von Ministerpräsident Netanjahus wächst: Angehörige von Geiseln und Überlebende fordern Waffenstillstände und politische Lösungen statt weiter eskalierender Gewalt.

Es ist gerade angesichts der derzeitigen Situation und des Vorgehens aller Beteiligten notwendiger denn je, einen ausgewogenen Blick auf den Konflikt zu werfen. Wer Frieden will, muss beides anerkennen: dass Israel ein Existenzrecht hat und es verteidigen darf und dass die Palästinenser ein Recht auf ein Leben ohne Besatzung, Armut und Perspektivlosigkeit haben. Wer Verantwortung übernimmt, muss beides fordern: Sicherheit für Israel und Gerechtigkeit für Palästina. Eine Zwei-Staaten-Lösung lehnen allerdings beide Parteien ab und blockieren damit den Weg zu einer friedlichen Lösung.

*In einer zweiten Version des Beitrags waren zur Kontrolle von Reihenfolgeeffekten

Absatz 2 und 3 gedreht. Die Zuweisung erfolgte randomisiert.

Abbildung 2 News-Creation-Intervention

Der Weg einer Nachricht

! „Was wir über unsere Gesellschaft, ja über die Welt, in der wir leben, wissen, wissen wir durch die Massenmedien“, so der Soziologe Niklas Luhmann.

Der Weg einer Nachricht beginnt mit der Auswahl eines Themas. Journalisten tragen dabei eine große Verantwortung. Allein deshalb arbeiten sie nicht willkürlich. Neben der Meinungs- und Pressefreiheit gelten ethische und professionelle Standards für die journalistische Arbeit, verankert beispielsweise in Pressegesetzen und im Pressekodex des Deutschen Presserats. Letzterer beinhaltet unter anderem die Verpflichtung zur Wahrhaftigkeit und Sorgfalt sowie das Prinzip der Trennung von Nachricht und Meinung. Studien zeigen zudem immer wieder, dass die allermeisten Journalisten eine einseitige Beeinflussung der Bevölkerung nicht anstreben – und eine Manipulation schon gar nicht.

Zusätzlich lernen Journalisten schon in ihrer Ausbildung, professionelle Standards der Medienproduktion einzuhalten. Befragungen unter hauptberuflichen Journalisten zeigen, dass neun von zehn der Befragten ihr Publikum so neutral und präzise wie möglich informieren wollen.

Die Sorgfaltspflicht verlangt auch, dass Journalisten die Glaubwürdigkeit einer Quelle überprüfen und bei kritischen Themen mehrere Quellen heranziehen. Zudem soll gerade über konfliktreiche Themen möglichst ausgewogen berichtet werden, was unter anderem bedeutet, dass unterschiedliche Positionen gleichermaßen dargestellt werden. Weiter fordern ethische Richtlinien eine sensationsfreie und sachliche Berichterstattung.

Sobald ein Artikel fertiggestellt ist, durchläuft er oft mehrere Kontrollinstanzen: Faktenchecker überprüfen zentrale Angaben, Lektoren korrigieren die Sprache und Chefredakteure erteilen die endgültige Freigabe. Erst danach erscheint die Nachricht in der Zeitung, im Fernsehen, im Radio oder online.

Abbildung 3 News-Consumption-Intervention

Zwischen Wahrheit und Wahrnehmung

! „Was wir über unsere Gesellschaft, ja über die Welt, in der wir leben, wissen, wissen wir durch die Massenmedien“, so der Soziologe Niklas Luhmann.

Täglich erreichen uns Nachrichten. Doch nehmen wir alle Informationen unvoreingenommen wahr? Ein kritischer Blick auf die eigene Wahrnehmung zeigt: Unser Nachrichtenkonsum ist oft verzerrt, als wir denken.

Jeder Mensch verarbeitet Informationen durch eine individuelle Brille. Studien zeigen zum Beispiel, dass wir dazu neigen, medial vermittelte Informationen für relevanter zu halten, die unsere eigenen Überzeugungen spiegeln. Andere Meinungen und sogar Fakten ignorieren wir dagegen eher oder werten sie ab. Studien zeigen sogar, dass Menschen dieselbe Nachricht völlig unterschiedlich bewerten – je nachdem, welche Einstellung sie zu dem Thema mitbringen: In der Regel sehen die Menschen ihre eigenen Meinungen durch die Medien eher benachteiligt oder schlecht dargestellt. Sogar bei ausgewogenen Medienberichten haben sie häufig das Gefühl, dass dort über andere Meinungen positiver berichtet wird als über ihre eigene.

Wenn Menschen Nachrichten vor allem durch ihre eigene Brille betrachten, kommen sie oft zu völlig unterschiedlichen Urteilen über die Qualität der Berichterstattung und sogar der Realität. Solche Wahrnehmungsverzerrungen können das Vertrauen in Journalismus und Demokratie untergraben und im Extremfall sogar Verschwörungstheorien fördern und gesellschaftliche Spaltungen vertiefen.

Ein bewusster und reflektierter Nachrichtenkonsum ist entscheidend für eine informierte Gesellschaft. Daher sollte sich jeder der eigenen, möglicherweise verzerrten Wahrnehmung von Nachrichten bewusst sein. Nur dann kann man sich eine fundierte Meinung bilden und auf dieser Basis sinnvolle Entscheidungen treffen.

Abbildung 4 Kontrollgruppe Infotext

Mediennutzung im digitalen Zeitalter

! „Was wir über unsere Gesellschaft, ja über die Welt, in der wir leben, wissen, wissen wir durch die Massenmedien“, so der Soziologe Niklas Luhmann.

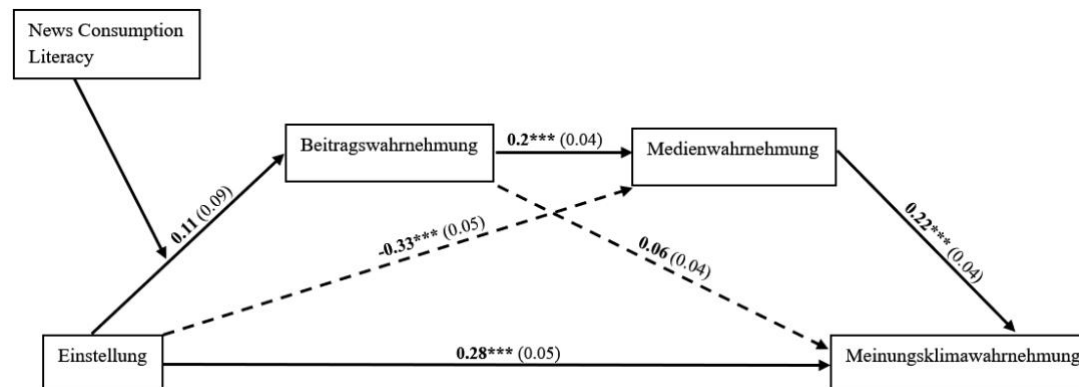
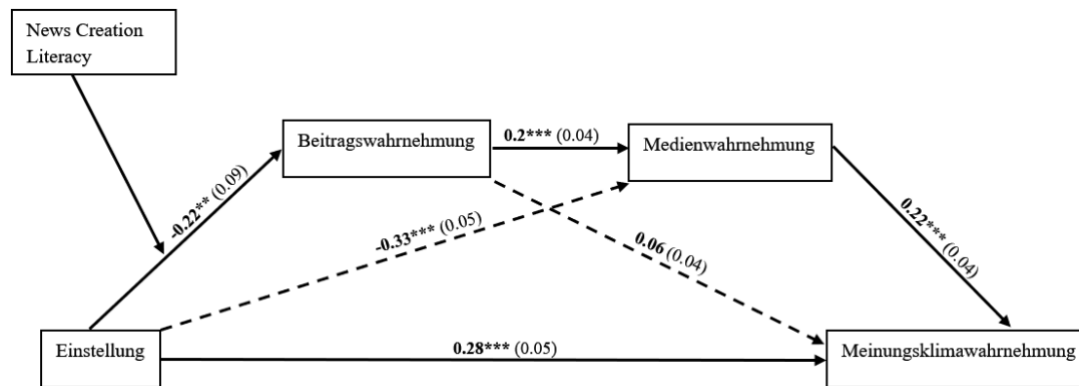
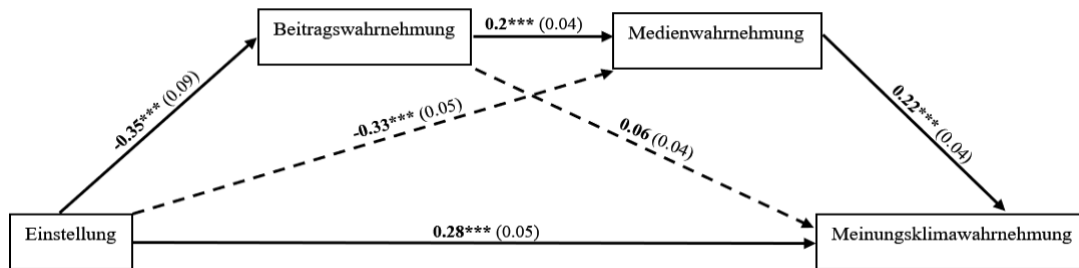
Die Mediennutzung in Deutschland hat sich in den vergangenen Jahren stark gewandelt. Klassische Angebote wie Fernsehen, Radio und Tageszeitungen verlieren gegenüber digitalen Angeboten zunehmend an Bedeutung. Dabei zeigt sich eine deutliche Altersdifferenz: Während ältere Menschen noch häufig auf lineare Medienangebote im Radio und Fernsehen zurückgreifen, sind die Jüngeren schon mehrheitlich zu digitalen Kanälen wie Online-Nachrichtentportalen, sozialen Netzwerken und Streamingdiensten abgewandert. Gerade das Smartphone hat sich als zentrales Endgerät für den Medienkonsum etabliert, vor allem, weil es einen schnellen Zugriff auf Nachrichten, Videos, Podcasts oder Musik ermöglicht – jederzeit und ortsunabhängig.

Allerdings existieren nicht nur Altersunterschiede. Studien zeigen, dass Bildung, Lebensstil und individuelle Interessen maßgeblich darüber entscheiden, welchen Medienangeboten wir uns zuwenden. Wichtiger noch: Einen Teil unserer Mediennutzung wird heute algorithmisch personalisiert, d.h. automatisiert auf unsere persönlichen Interessen zugeschnitten.

Trotz dieser einschneidenden Entwicklungen verschwinden die klassischen Medien übrigens nicht völlig: Ein Beispiel dafür ist das Radio, das nach wie vor ein beliebtes Begleitmedium im Alltag vieler Menschen ist – vor allem im Auto oder bei der Arbeit. Auch Printzeitungen haben nach wie vor eine treue Leserschaft – insbesondere im lokalen Bereich. Und auch das Kino ist – trotz Streaming-Diensten – weiterhin ein beliebter Ort, um Filme zu schauen.

Abbildung 5 PROCESS Modell 83

Einfluss der persönlichen Einstellung zum Nahostkonflikt auf die Wahrnehmung des Meinungsklimas über die Beitragswahrnehmung und Medienwahrnehmung je nach Intervention. $R^2 = 0.10$, $MSE = 0.97$, $F = 8.39$, $df = 7$, $p = 0.000$. Angegeben sind die jeweiligen standardisierten Regressionskoeffizienten β mit den entsprechenden Standardfehlern in Klammern. * $p < 0,05$; ** $p < 0,01$; *** $p < 0,001$



Politischer Konsum im Spannungsfeld ideologischer Überzeugungen: Eine empirische Analyse des Einflusses politischer Ideologien auf politisch motivierten Konsum in Deutschland

Lasse Scheipers, Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf

1. Einleitung / Thema

Als nicht-elektorale Form politischer Partizipation (van Deth, 2014) erfährt politischer Konsum zunehmende Popularität in westlichen Gesellschaften (de Moor & Balsiger, 2019; Stolle et al., 2005; Stolle & Micheletti, 2013; Theocharis & van Deth, 2019). Der Begriff kann definiert werden als „consumers‘ use of the market as an arena for politics in order to change institutional or market practices found to be ethically, environmentally or politically objectionable“ (Stolle & Micheletti, 2013, S. 39).

Ausgehend von der Beobachtung, dass sich politische Konsument*innen in ihren Merkmalen von nicht-politischen Konsument*innen unterscheiden, ging die sozialwissenschaftliche Forschung in den vergangenen beiden Jahrzehnten ausgiebig der Frage nach den individuellen Prädiktoren des Phänomens nach (z. B. Koos, 2012; Newman & Bartels, 2011; Zhang, 2015) und etablierte in diesem Kontext auch politische Einstellungen auf der herkömmlichen Links-Rechts-Skala als Einflussfaktor. Nahezu unbestritten ist die empirische Evidenz für eine ideologische Asymmetrie (Jost et al., 2017) und einen positiven Effekt „linker“ politischer Orientierungen auf die Beteiligung am politischen Konsum (Copeland & Boulianne, 2022): Menschen, die „linken“ politischen Ideen nahestehen, partizipieren entsprechend häufiger an der Politisierung ihres Konsumverhaltens als Menschen mit „rechten“ ideologischen Einstellungen (z. B. Boulianne, 2022; Copeland, 2014; Kelm, 2024; Kelm & Dohle, 2018; Newman & Bartels, 2011; Stolle & Micheletti, 2013; Theocharis & van Deth, 2018; Theocharis et al., 2021; Zorell & Denk, 2021).

Doch bleibt die Forschung eine Differenzierung des Einflusses politischer Ideologien auf den politischen Konsum über das unidimensionale Modell politischer Ideologien hinaus bislang schuldig. Dabei wurde ausgiebige Kritik an der Links-Rechts-Skala geübt (Conover & Feldman,

1981; Feldman, 2003; Feldman, 2013; Jandura & Weinmann, 2023) und kursieren Vorschläge für multidimensionale Modelle, die eine ökonomische und soziokulturelle Dimension differenzieren (Conover & Feldman, 1981; Feldman & Johnston, 2014; Jandura & Weimann, 2023). Die vorliegende Untersuchung geht folglich der Forschungsfrage nach: „Wie beeinflusst das individuelle ideologische Profil einer Person die Beteiligung am politischen Konsum?“.

2. Methodische Vorgehensweise

Im April 2025 wurde eine bevölkerungsrepräsentative Online-Befragung (CAWI) in Deutschland durchgeführt. Im Anschluss an einen Pretest (n=72) wurde eine Zufallsstichprobe von insgesamt 5.867 Personen innerhalb des infas-Panels gezogen. Nach Ausschluss fehlender, unvollständiger und ungültiger Interviews bestand die finale Stichprobe aus n=1.280 Fällen. Es fand eine Gewichtung der Daten statt.

Als abhängige Variable wurden vier Formen des politischen Konsums gemessen: Boykotte, Buykotte, diskursiver politischer Konsum und Lebensstiländerungen (Boström et al., 2019; Stolle & Micheletti, 2013). Befragte gaben die Häufigkeit ihrer Beteiligung an den entsprechen Aktivitäten an.

Die unabhängige Variable, politische Ideologien, wurde einerseits mit der herkömmlichen Links-Rechts-Skala (Breyer, 2015) operationalisiert. Darüber hinaus kam die POLID-Skala nach Ulrich (2021) zum Einsatz, welche das individuelle ideologische Profil einer Person erfasst. Für Sozialismus und ökonomischen Libertarismus auf der ökonomischen Achse sowie Liberalismus und Konservatismus auf der soziokulturellen Achse werden Ideologie-Scores gebildet.

Zur Überprüfung der Hypothesen kommen multivariate lineare Regressionen zur Anwendung. Bekannte Prädiktoren des politischen Konsums (Copeland & Boulianne, 2022) finden als Kontrollvariablen Berücksichtigung.

3. Ergebnisse

Ein Befund besteht zunächst in der Bestätigung des bisherigen Forschungsstandes zum Zusammenhang zwischen politischen Ideologien und politischem Konsum: Linke politische Einstellungen, erhoben über die Links-Rechts-Skala, erhöhen die Beteiligung am politischen Konsum, und zwar formübergreifend.

Differenziert man die ökonomische und soziokulturelle Dimension politischer Ideologien, so zeichnet sich ein komplexes Bild ab (siehe Anhang, Tabelle 1 und 2). Sozialistische Einstellungen beeinflussen die Beteiligung an Lebensstiländerungen positiv. Der Libertarismus wirkt negativ auf Boykotte und Lebensstiländerungen. Liberale Einstellungen beeinflussen Boy- und Buykotte positiv. Der Konservatismus wirkt negativ auf Lebensstiländerungen.

4. Diskussion

Die Studie erlaubt detaillierte Einblicke in die ideologischen Dynamiken des politischen Konsums. Politische Ideologien sind ein entscheidender Einflussfaktor der Beteiligung am politischen Konsum und politische Konsument*innen weisen ein komplexes ideologisches Profil auf. Während liberale Einstellungen die Beteiligung an politisch motiviertem Konsum fördern, wirken libertäre Haltungen partizipationshemmend. Sozialismus und Konservatismus zeigen hingegen überwiegend keinen signifikanten Effekt auf den politischen Konsum. Boykotte, Buykotte, diskursive Praktiken und Lebensstiländerungen als Formen des politischen Konsums unterscheiden sich hinsichtlich des Einflusses politischer Ideologien.

Da die Studie auf Querschnittsdaten beruht, sind Kausalschlüsse unzulässig. Die Messung der abhängigen wie unabhängigen Variablen ist keinesfalls alternativlos und immun gegenüber möglicher Kritik an den verwendeten Instrumenten.

Zukünftige Studien sollten die vier Formen des politischen Konsums separat erheben. Zudem bedürfen die motivationalen Grundlagen der erhobenen Handlungen weiterer Forschung. Außerdem sollten zukünftige Studien über den hier gewählten deutschen Kontext hinausgehen und die Ergebnisse auf länderübergreifende Gültigkeit überprüfen.

Literatur (Auswahl)

- Boström, M., Micheletti, M., & Oosterveer, P. (2019). Studying political consumerism. In M. Boström, M. Micheletti, & P. Oosterveer (Hrsg.), *The Oxford handbook of political consumerism* (S. 1–24). Oxford University Press. <https://doi.org/10.1093/oxfordhb/9780190629038.013.44>
- Breyer, B. (2015). Left-right self-placement (ALLBUS). *ZIS – The Collection of Items and Scales for the Social Sciences*. <https://doi.org/10.6102/ZIS83>
- Copeland, L., & Boulianne, S. (2022). Political consumerism: A meta-analysis. *International Political Science Review*, 43(1), 3–18. <https://doi.org/10.1177/0192512120905048>
- de Moor, J., & Balsiger, P. (2019). Political consumerism in northwestern europe: Leading by example? In M. Boström, M. Micheletti, & P. Oosterveer (Hrsg.), *The Oxford handbook of political consumerism* (S. 434–456). Oxford University Press. <https://doi.org/10.1093/oxfordhb/9780190629038.013.20>
- Feldman, S. (2013). Political ideology. In L. Huddy, D. O. Sears, & J. S. Levy (Hrsg.), *The Oxford handbook of political psychology* (2. Aufl., S. 591–626). Oxford University Press. <https://doi.org/10.1093/oxfordhb/9780199760107.001.0001>
- Jandura, O., & Weinmann, C. (2023). Greater confusion in the voter market in Germany: Differences between subjective and value-based categorization on the left-right axis. *Beiträge Zur Jahrestagung Der Fachgruppe Rezeptions- Und Wirkungsforschung 2022*, 75–92. <https://doi.org/10.21241/SSOAR.96575>
- Kelm, O. (2024). News consumption, expressive social media activities, political discussions, and political consumerism: Examining reciprocal relations with panel data. *Information, Communication & Society*, 27(7), 1351–1377. <https://doi.org/10.1080/1369118X.2023.2255657>
- Stolle, D., Hooghe, M., & Micheletti, M. (2005). Politics in the supermarket: Political consumerism as a form of political participation. *International Political Science Review*, 26(3), 245–269. <https://doi.org/10.1177/0192512105053784>

Stolle, D., & Micheletti, M. (2013). *Political consumerism: Global responsibility in action*. Cambridge University Press. <https://doi.org/10.1017/CBO97805118444553>

Theocharis, Y., & van Deth, J. W. (2018). The continuous expansion of citizen participation: A new taxonomy. *European Political Science Review*, 10(1), 139–163. <https://doi.org/10.1017/S1755773916000230>

Ulrich, M. (2021). Politische Ideologien (POLID). *Zusammenstellung sozialwissenschaftlicher Items und Skalen (ZIS)*. <https://doi.org/10.6102/ZIS313>

van Deth, J. W. (2014). A conceptual map of political participation. *Acta Politica*, 49(3), 349–367. <https://doi.org/10.1057/ap.2014.6>

Anhang

Tabelle 1. Lineare Regression: Einflussfaktoren der Partizipation am politischen Konsum unter Einbezug der POLID-Skala (ökonomische Dimension), nach Formen.

	Modell I Boycott			Modell II Buykott			Modell III Diskursiver politischer Konsum			Modell IV Lebensstiländerungen		
	B	SE	β	B	SE	β	B	SE	β	B	SE	β
<i>Konstante</i>	0,596	0,812		-0,936	0,654		0,900*	0,428		1,593*	0,643	
<u>Kontrollvariablen</u>												
Weiblich	0,297	0,153	0,140	0,291*	0,147	0,143	0,207*	0,085	0,150	0,213	0,129	0,101
Alter	0,018	0,028	0,287	0,067**	0,024	1,137	-0,002	0,015	-0,041	-0,003	0,021	-0,054
Alter (quadr.)	-0,000	0,000	-0,337	-0,001**	0,000	-1,160	-0,000	0,000	-0,052	0,000	0,000	0,139
Bildung: mittel (Ref.: niedrig/gering)	-0,278	0,223	-0,261	-0,060	0,190	-0,059	-0,120	0,126	-0,174	0,028	0,143	0,027
Bildung: hoch (Ref.: niedrig/gering)	-0,083	0,272	-0,078	0,364	0,292	0,358	-0,116	0,148	-0,168	0,504**	0,180	0,482
Einkommen	0,071**	0,027	0,209	0,034	0,027	0,104	0,025	0,015	0,113	-0,005	0,021	-0,016
Politisches Interesse	-0,002	0,084	-0,002	0,039	0,078	0,034	0,086	0,052	0,111	-0,149*	0,066	-0,126
Politisches Vertrauen	-0,044	0,075	-0,042	-0,030	0,052	-0,030	-0,047	0,039	-0,069	0,067	0,051	0,065
Konsumbezogener Nachrichtenkonsum	0,070	0,086	0,073	0,016	0,065	0,017	0,026	0,052	0,042	0,044	0,062	0,046
Aktive Social-Media-Nutzung	0,331*	0,145	0,162	0,226	0,150	0,115	0,118	0,093	0,089	0,165	0,099	0,082
<u>Unabhängige Variablen</u>												
Sozialismus	0,068	0,118	0,057	-0,138	0,127	-0,122	0,089	0,064	0,116	0,318***	0,090	0,273
Libertarismus	-0,458***	0,119	-0,356	-0,416	0,125	-0,337	-0,087	0,062	-0,104	-0,213*	0,097	-0,168
N		1247			1247			1248			1245	
R ²		0,214			0,196			0,123			0,294	
korr. R ²		0,206			0,188			0,114			0,287	

Anmerkungen. Gewichtete Werte; fehlende Fälle exkludiert; * $p < 0,05$; ** $p < 0,01$; *** $p < 0,001$.
Quelle: Eigene Schätzungen.

Tabelle 2. Lineare Regression: Einflussfaktoren der Partizipation am politischen Konsum unter Einbezug der POLID-Skala (soziokulturelle Dimension), nach Formen.

	Modell V Boycott			Modell VI Buykott			Modell VII Diskursiver politischer Konsum			Modell VIII Lebensstiländerungen		
	B	SE	β	B	SE	β	B	SE	β	B	SE	β
<i>Konstante</i>	0,542	0,846		-0,973	0,660		0,912*	0,455		1,545*	0,668	
<u>Kontrollvariablen</u>												
Weiblich	0,447**	0,163	0,211	0,370*	0,149	0,182	0,255**	0,090	0,185	0,368**	0,132	0,176
Alter	0,007	0,029	0,114	0,061**	0,023	1,043	-0,004	0,015	-0,105	-0,014	0,022	-0,225
Alter (quadr.)	-0,000	0,000	-0,162	-0,001**	0,000	-1,063	-0,000	0,000	-0,017	0,000	0,000	0,301
Bildung: mittel (Ref.: niedrig/gering)	-0,306	0,224	-0,288	-0,073	0,184	-0,072	-0,131	0,128	-0,189	-0,009	0,147	-0,008
Bildung: hoch (Ref.: niedrig/gering)	-0,095	0,264	-0,089	0,358	0,279	0,352	-0,106	0,150	-0,153	0,495**	0,175	0,473
Einkommen	0,052	0,027	0,153	0,023	0,027	0,072	0,017	0,015	0,078	-0,025	0,020	-0,074
Politisches Interesse	-0,013	0,087	-0,011	0,033	0,081	0,029	0,090	0,053	0,116	-0,155*	0,076	-0,132
Politisches Vertrauen	0,032	0,078	0,031	0,009	0,052	0,009	-0,019	0,040	-0,028	0,147**	0,054	0,143
Konsumbezogener Nachrichtenkonsum	0,078	0,085	0,081	0,021	0,065	0,022	0,025	0,052	0,039	0,048	0,062	0,050
Aktive Social-Media-Nutzung	0,441**	0,161	0,216	0,283	0,156	0,144	0,160	0,101	0,120	0,279*	0,109	0,138
<u>Unabhängige Variablen</u>												
Liberalismus	0,355**	0,130	0,231	0,368**	0,131	0,249	-0,002	0,073	-0,002	0,084	0,107	0,055
Konservatismus	-0,038	0,140	-0,025	0,147	0,132	0,103	-0,023	0,067	-0,024	-0,258*	0,103	-0,175
N		1248			1248			1249			1246	
R ²		0,160			0,178			0,089			0,208	
korr. R ²		0,152			0,170			0,080			0,200	

Anmerkungen. Gewichtete Werte; fehlende Fälle exkludiert; * $p < 0,05$; ** $p < 0,01$; *** $p < 0,001$.
Quelle: Eigene Schätzungen.

4: DEMOKRATIE UNTER DRUCK

Response: Dr. Dennis Steffan

Von Ironie bis Demokratiefeindlichkeit: Ein systematisches Literature-Review zum forschungspraktischen Verständnis und den Auswirkungen von Inzivilität in Online-Diskussionen

Anna-Maria Linstaedt, Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf

Die „incivility crisis“, wie Lu und Liang (2024, S. 538) sie beschreiben, beherrscht seit geraumer Zeit den wissenschaftlichen Diskurs über die politische Online-Sphäre. Studien wie die der Landesanstalt für Medien (2024) deuten darauf hin, dass 34 Prozent der Befragten Hassrede (sehr) häufig im Netz wahrnehmen. Diese Zahlen decken sich weitgehend mit inhaltsanalytischen Erkenntnissen der letzten Jahre (u.a. Bernhard & Ickstadt, 2024; Teneketzi, 2022). Zudem demonstrieren zahlreiche Studien problematische Effekte der Rezeption von Inzivilität im Netz, darunter die Polarisierung von Meinungen und weniger Toleranz (Anderson et al., 2014; Lück & Nardi, 2019), die Reproduktion von negativen Stereotypen (Köhler et al., 2019), Gefühle von Ärger und Wut (Roden & Saleem, 2022), die Abnahme prosozialen Verhaltens (Ziegele et al., 2018), die Verstärkung inziviler Verhaltensmuster (Hsueh et al., 2015) sowie soziale Rückzugseffekte aus Online-Öffentlichkeiten (Springer et al., 2015). Inzivilität wirkt also auf mehreren Ebenen, die von kognitiven über affektive bis hin zu behavioralen Effekten reichen.

Obwohl bezüglich der problematischen Effekte von Inzivilität auf den demokratischen Diskurs (aktuell) weitgehend wissenschaftlicher Konsens herrscht, stößt man bei näherer Betrachtung des Forschungsfeldes auf das Problem einer definitorischen Heterogenität. Operationalisierungen von Inzivilität reichen von Unhöflichkeitskonzepten wie z.B. Beleidigungen oder Vulgarität (Coe et al., 2014; Rossini, 2022) bis hin zu demokratiefeindlichen Formen von Intoleranz wie Hassrede oder Diskriminierung (Papacharissi, 2004; Ziegele et al., 2018). Eine solche Unschärfe ist nicht trivial, sondern stellt eine Herausforderung für die Vergleichbarkeit wirkungsbezogener Erkenntnisse der Inzivilitätsforschung dar. Vor diesem Hintergrund ist nach Jahren der empirischen Erforschung von

Inzivilität im Online-Kontext eine Systematisierung des Feldes nötig, um etwaige Verzerrungen im Forschungsstand zu identifizieren. Dies zu leisten ist Ziel der vorliegenden Studie.

Theoretisch knüpft die Studie an bisherige Systematisierungen von Inzivilität an (Muddiman, 2017; Papacharissi, 2004; Rossini, 2022; Stryker et al., 2024) und bettet diese in den theoretischen Rahmen von Bormann et al. (2022) ein, welcher Inzivilität als Verletzung fünf kommunikativer Normen konzeptualisiert. Eine Verletzung der Informationsnorm beschreibt Beiträge, deren Informationsgehalt unzureichend für die Diskussion oder irreführend ist (z.B. Falschinformationen). Die Verletzung der Modalitätsnorm bezieht sich auf unverständliches oder mehrdeutiges Verhalten (z.B. Sarkasmus). Eine Verletzung der Prozessnorm liegt vor, wenn geregelte Kommunikationsprozesse gestört werden (z.B. gegenseitiges Unterbrechen). Die Relationsnorm wird u.a. durch mangelnden gegenseitigen Respekt verletzt (z.B. Beleidigungen), während eine Kontextnormverletzung liberal-demokratische Grundsätze in Frage stellt (z.B. Rassismus). Vor dem Hintergrund dieses theoretischen Modells wird der aktuelle Forschungsstand inzivilitätsbezogener Wirkungsforschung systematisch aufbereitet. Die zentrale Forschungsfrage lautet:

Inwiefern unterscheiden sich Auswirkungen von Inzivilität in Online-Diskussionen auf die Rezipierenden in Abhängigkeit von der operationalisierten Normverletzung?

Diese Fragestellung adressiert gezielt eine Lücke im wissenschaftlichen Diskurs (Coe et al., 2014). So gingen verwandte Reviews bisher eher narrativ statt systematisch vor (Ng et al., 2020) oder befassten sich allein mit der systematischen Analyse der Auswirkungen von Inzivilität ohne Berücksichtigung zugrundeliegender Begriffskonstruktionen (Van't Riet & Van Stekelenburg, 2022). Die vorliegende Studie schlüsselt dagegen das Inzivilitätsverständnis innerhalb der Forschungspraxis grundlegend auf und kann dadurch analysieren, welche Konzeptionen innerhalb der empirischen Inzivilitätsliteratur vorherrschen und inwieweit differenzierte Wirkungen

auf Rezipierende auftreten. Auf diese Weise soll der bisherige Forschungsstand reflektiert und erweitert werden.

Empirisch stützt sich die Untersuchung auf eine quantitative Inhaltsanalyse empirischer Studien, die Auswirkungen von Inzivilität im Online-Kontext zum Gegenstand haben. Diese wurden anhand festgelegter Keywords recherchiert, die sich auf die fünf Normverletzungen nach Bormann et al. (2022) (u.a. „misinform*“, „sarcas*“, „interrupt*“, „impolite*“, „intolerant“) sowie deren Auswirkungen (u.a. „effect“, „influence“) beziehen. Die Datenbankrecherche (Web of Science & Communication and Mass Media Complete) ergab 675 potenziell relevante Studien, die durch mehrere Screenings entlang zuvor definierter Kriterien auf 87 Paper reduziert wurden. Diese wurden anschließend in Bezug auf ihre Begriffs- und Wirkungskonstellation von Inzivilität codiert. Die Intracoderreliabilität der Kategorien lag mit einem Wert von Cohens Cappa zwischen 0,73 und 1 in einem guten bis sehr guten Bereich.

Die Ergebnisse demonstrieren einen deutlichen Fokus der empirischen Inzivilitätsforschung auf Operationalisierungen, welche Inzivilität als Relations- oder Kontextnormverletzung begreifen (Abbildung 1). Dagegen werden Verletzungen der Informations-, Modalitäts- sowie der Prozessnorm selten berücksichtigt. Von den ermittelten signifikanten Auswirkungen von Inzivilität waren mehr als drei Viertel aller Effekte kognitiv und /oder behavioral, wobei affektive Wirkungen am seltensten ermittelt wurden (Abbildung 2). In Bezug auf den Einfluss der Normverletzungen auf den Anteil an Wirkungstypen demonstrierten paarweise χ^2 -Tests einen signifikanten Zusammenhang der Kontextnorm mit dem Auftreten kognitiver Effekte (Tabelle 1). Die darauffolgende multinomial logistische Regression zeigte zudem, dass die Verletzung der Kontextnorm die Wahrscheinlichkeit für das Auftreten behavioraler Effekte im Vergleich zu kognitiven Effekten erhöht. Inzivilität in Form einer Kontextnormverletzung (z.B. Hate Speech) scheint demnach einen besonderen und Wirkungsebenen übergreifenden Einfluss auf Rezipierende auszuüben, der sich von anderen Normverletzungen unterscheidet. Darüber hinaus wurde die Mehrheit an Auswirkungen als dysfunktional, also diskursschädigend, klassifiziert.

Die Inzivilitätsforschung scheint demnach einem überwiegend homogenen Inzivilitätsverständnis zugunsten der Verletzung der Relations- und Kontextnorm zu folgen. Zugleich finden jedoch in mehr als einem Drittel der Studien (39%; n=34) Inzivilitätskonzepte Anwendung, die mehrere Normverletzungen kombinieren und damit eine eindeutige Zuordnung von Effekten erschweren. Der vermutete Zusammenhang zwischen operationalisierten Normverletzungen und Wirkungen konnte nicht bestätigt werden. Statt konsistenter Muster treten selektive Befunde auf, die nahelegen, dass bestimmte Normverletzungen in spezifischen Kontexten relevant sind, während andere Normverletzungen vergleichsweise geringe Effekte aufweisen.

Gleichzeitig legen Studien nahe, dass die starke Fokussierung auf Relations- und Kontextnormen mit der Wahrnehmung durch Rezipierende zusammenhängen könnte, da z. B. Gewaltandrohungen und Respektlosigkeit deutlich inziviler bewertet werden als z.B. Prozessnormverletzungen wie Unterbrechungen (Kenski et al., 2020; Stryker et al., 2024). Aus dieser Perspektive erscheint der empirische Fokus auf diese Formen plausibel, etwa zur Konstruktion eindeutiger Stimuli in Experimentalstudien, verweist aber zugleich auf die Notwendigkeit eines differenzierten und transparenten Umgangs mit der Begriffskonstruktion und Operationalisierung von Inzivilität in der Rezeptions- und Wirkungsforschung. Im Vergleich zu bisherigen Reviews (z. B. Ng et al., 2020) bietet diese Studie damit erstmals eine quantitative, systematische Erhebung forschungspraktischer Inzivilitätsdefinitionen und schafft eine empirische Grundlage für die Diskussion über die Anwendung verschiedener Inzivilitätskonzepte.

Literatur (Auswahl)

Bernhard, L., & Ickstadt, L. (2024). *Lauter Hass - leiser Rückzug: Wie Hass im Netz den demokratischen Diskurs bedroht: Ergebnisse einer repräsentativen Befragung*. Kompetenznetzwerk Hass im Netz.

Bormann, M., Tranow, U., Vowe, G., & Ziegele, M. (2022). Incivility as a Violation of Communication Norms—A Typology Based on Normative Expectations toward Political Communication. *Communication Theory*, 32(3), 332–362. <https://doi.org/10.1093/ct/qtab018>

- Coe, K., Kenski, K., & Rains, S. A. (2014). Online and Uncivil? Patterns and Determinants of Incivility in Newspaper Website Comments. *Journal of Communication*, 64(4), 658–679. <https://doi.org/10.1111/jcom.12104>
- Kenski, K., Coe, K., & Rains, S. A. (2020). Perceptions of Uncivil Discourse Online: An Examination of Types and Predictors. *Communication Research*, 47(6), 795–814. <https://doi.org/10.1177/0093650217699933>
- Lu, S., & Liang, H. (2024). Silencing Online Incivility: Examining the Effects of Impoliteness and Intolerance in Online Political Discussions. *Journal of Broadcasting & Electronic Media*, 68(4), 538–559. <https://doi.org/10.1080/08838151.2024.2360596>
- Muddiman, A. (2017). Personal and Public Levels of Political Incivility. *International Journal of Communication (19328036)*, 11, 3182–3202.
- Ng, Y.-L., Song, Y., Kwon, K. H., & Huang, Y. (2020). Toward an integrative model for online incivility research: A review and synthesis of empirical studies on the antecedents and consequences of uncivil discussions online. *Telematics and Informatics*, 47, 101323. <https://doi.org/10.1016/j.tele.2019.101323>
- Papacharissi, Z. (2004). Democracy online: Civility, politeness, and the democratic potential of online political discussion groups. *New Media & Society*, 6(2), 259–283. <https://doi.org/10.1177/1461444804041444>
- Rossini, P. (2022). Beyond Incivility: Understanding Patterns of Uncivil and Intolerant Discourse in Online Political Talk. *Communication Research*, 49(3), 399–425. <https://doi.org/10.1177/0093650220921314>
- Stryker, R., Conway, B. A., Bauldry, S., & Kaul, V. (2024). Emotional Markers of Disrespect: A Fourth Dimension of Perceived Political Incivility? *Communication Research*, 51(5), 496–524. <https://doi.org/10.1177/00936502231221926>

Abbildungen und Tabellen

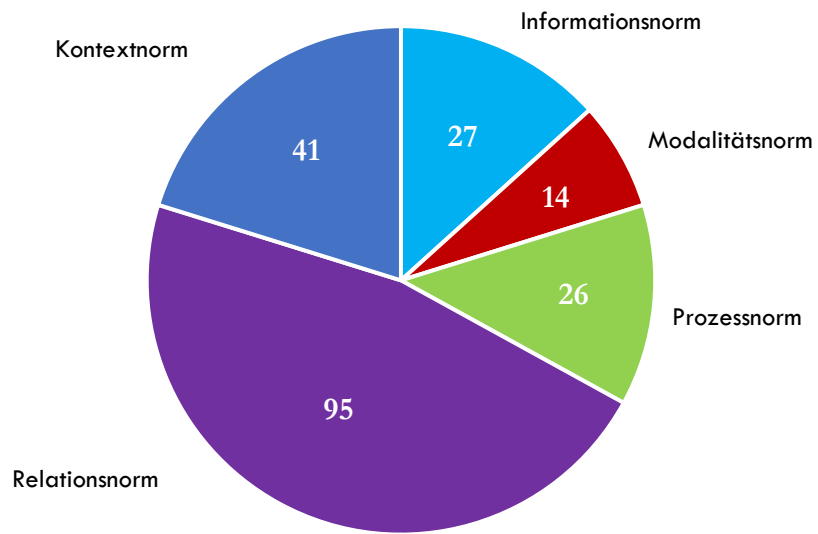


Abbildung 1: Anteil der forschungspraktischen Definitionen von Inzivilität aufgeteilt nach Normverletzungen in absoluten Zahlen ($n = 87$)

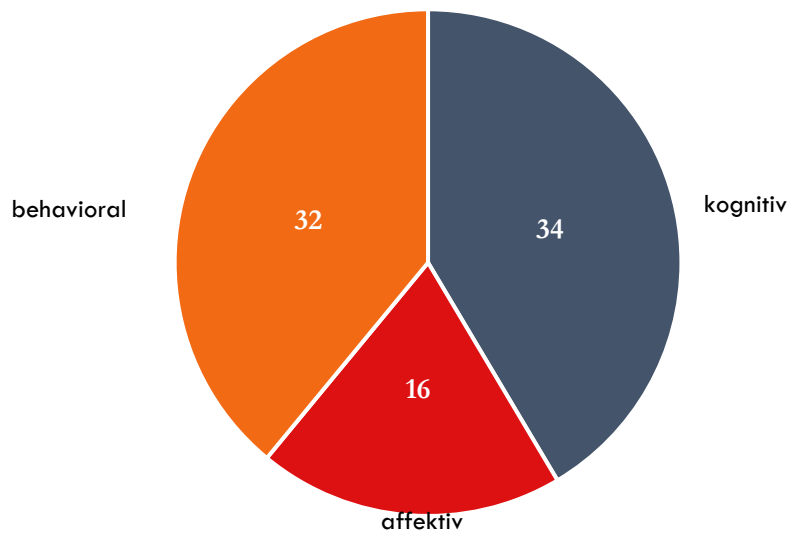


Abbildung 2: Anteil signifikanter Wirkungen aufgeteilt in kognitive, affektive und behaviorale Wirkungen ($n = 82$)

		kognitive Wirkung	affektive Wirkung	behaviorale Wirkung	Gesamt
Verletzung	der Anzahl	7 ^a	1 ^b	6 ^c	14
Informationsnorm	von Normverletzung (%)	50%	7%	43%	
	von Wirkungstyp (%)	21%	6%	19%	
	Gesamt (%)	9%	1%	7%	17%
Verletzung	der Anzahl	4 ^d	0 ^e	5 ^f	9
Modalitätsnorm	von Normverletzung (%)	44%	0%	56%	
	von Wirkungstyp (%)	12%	0%	16%	
	Gesamt (%)	5%	0%	6%	11%
Verletzung	der Anzahl	5 ^g	5 ^h	7 ⁱ	17
Prozessnorm	von Normverletzung (%)	29%	29%	41%	
	von Wirkungstyp (%)	15%	31%	22%	
	Gesamt (%)	6%	6%	9%	21%
Verletzung	der Anzahl	24 ⁱ	13 ^k	23 ^l	60
Relationsnorm	von Normverletzung (%)	40%	22%	38%	
	von Wirkungstyp (%)	71%	81%	72%	
	Gesamt (%)	29%	16%	28%	73%
Verletzung	der Anzahl	5 ^{m*}	5 ⁿ	12 ^o	22
Kontextnorm	von Normverletzung (%)	23%	23%	55%	
	von Wirkungstyp (%)	15%	31%	38%	
	Gesamt (%)	6%	6%	15%	27%
Gesamt	Anzahl	34	16	32	82
	% der Gesamtzahl	42%	19%	39%	100%

$\chi^2 (15) = 17,062, p = 0,315$ (gesamte Tabelle). ^a $\chi^2 (1) = 0,507, p = 0,476$. ^b $\chi^2 (11) = 1,645, p = 0,200$. ^c $\chi^2 (1) = 0,104, p = 0,747$. ^d $\chi^2 (1) = 0,037, p = 0,847$. ^e $\chi^2 (1) = 2,451, p = 0,117$. ^f $\chi^2 (1) = 1,161, p = 0,281$. ^g $\chi^2 (1) = 1,283, p = 0,257$. ^h $\chi^2 (1) = 1,338, p = 0,247$. ⁱ $\chi^2 (1) = 0,042, p = 0,838$. ^j $\chi^2 (1) = 0,197, p = 0,657$. ^k $\chi^2 (1) = 0,661, p = 0,416$. ^l $\chi^2 (1) = 0,045, p = 0,832$. ^m $\chi^2 (1) = 4,349, p = 0,037^*$. ⁿ $\chi^2 (1) = 0,198, p = 0,656$. ^o $\chi^2 (1) = 3,044, p = 0,081$.
Anmerkung: * $p < 0,05$.

Tabelle 1: Anteil der operationalisierten Normverletzung an den Wirkungstypen in absoluten Zahlen sowie in Prozent / Ergebnisse der paarweisen Chi2-Tests (n = 82)

Demagogie oder Demokratie? Korrelationen zwischen (anti-)demokratischen Einstellungen und Verschwörungsmentalität

Viktoria Stojan, Friedrich-Schiller-Universität Jena

Verschwörungstheorien sind kein neues gesellschaftliches Phänomen, haben jedoch in den vergangenen Jahren durch politische Krisen, globale Unsicherheiten und die digitale Vernetzung

erheblich an Sichtbarkeit und gesellschaftlicher Relevanz gewonnen. Neben ihrem Einfluss auf individuelle Wahrnehmungen und Verhaltensweisen gelten sie zunehmend als potenzielle Bedrohung für demokratische Systeme, da sie politisches Misstrauen fördern, institutionelle Legitimität untergraben und gesellschaftliche Polarisierung verstärken können (Douglas et al., 2019). Vor diesem Hintergrund rückt die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit den individuellen Voraussetzungen für Verschwörungsglauben in den Fokus. Ein zentrales Konzept ist hierbei die Verschwörungsmentalität, die als relativ stabile dispositionelle Neigung verstanden wird, Ereignisse und gesellschaftliche Entwicklungen durch geheime, böswillige Machenschaften mächtiger Akteure zu erklären (Bruder et al., 2013).

Das vorliegende Forschungsprojekt untersucht den Zusammenhang zwischen Verschwörungsmentalität und (anti-)demokratischen Einstellungen. Ziel ist es, einen Beitrag zur Klärung widersprüchlicher Befunde der bisherigen Forschung zu leisten. Während zahlreiche Studien einen positiven Zusammenhang zwischen autoritären oder antidemokratischen Einstellungen und Verschwörungsmentalität feststellen (z. B. Bruder et al., 2013; Dyrendal et al., 2021; Papaioannou et al., 2023), kommen andere Arbeiten zu dem Ergebnis, dass auch demokratische oder systemkritische Orientierungen mit erhöhter Verschwörungsmentalität einhergehen können, etwa im Kontext direkter oder populistischer Demokratiekonzeptionen (Pantazi et al., 2022). Diese inkonsistente Befundlage verweist auf die Notwendigkeit einer differenzierten, theoretisch fundierten Betrachtung demokratischer Einstellungen.

Theoretisch stützt sich die Studie auf ein mehrdimensionales Verständnis von Demokratieunterstützung. Aufbauend auf Eastons (1965) Unterscheidung zwischen diffuser und spezifischer Systemunterstützung wird das Modell von Norris (2011) herangezogen, das demokratische Einstellungen als Zusammenspiel normativer Grundwerte, institutioneller Bewertungen und politischer Praxis begreift. Demokratische Einstellungen werden dabei nicht eindimensional als Zustimmung oder Ablehnung der Demokratie konzeptualisiert, sondern als heterogenes Bündel von Überzeugungen, das auch ambivalente oder widersprüchliche Haltungen einschließen kann (Hu et al., 2025). Antidemokratische Einstellungen werden in der

vorliegenden Arbeit unter anderem als Befürwortung politischer Gewalt oder als soziale Dominanzorientierung verstanden, also als Orientierung an hierarchischen Gesellschaftsvorstellungen, die dem demokratischen Gleichheitsprinzip widersprechen (Sidanius & Pratto, 2012).

Ausgehend von dieser theoretischen Rahmung wurden zwei zentrale Hypothesen formuliert. Erstens wird angenommen, dass antidemokratische Einstellungen positiv mit Verschwörungsmentalität korrelieren. Diese Annahme basiert auf Befunden, wonach verschwörungstheoretisches Denken mit autoritären Weltbildern, sozialer Dominanzorientierung und der Ablehnung demokratischer Normen zusammenhängt (Bruder et al., 2013; Papaioannou et al., 2023). Zweitens wird geprüft, ob demokratische Einstellungen ebenfalls positiv mit Verschwörungsmentalität zusammenhängen könnten. Diese Hypothese knüpft an die Überlegung an, dass Verschwörungsmentalität evolutionär als Sensibilität gegenüber Machtmissbrauch funktional gewesen sein könnte und somit auch bei Personen mit grundsätzlich demokratischen Überzeugungen auftreten könnte (van Prooijen & van Vugt, 2018).

Methodisch basiert die Studie auf einer quantitativen Sekundäranalyse eines Datensatzes, der im Rahmen einer Kooperation zwischen dem Kompetenzzentrum für Rechtsextremismusforschung, Demokratiebildung und gesellschaftliche Integration (KomRex) der Universität Jena und der Universität Trier erhoben wurde. Die Datenerhebung erfolgte im August 2024 im Vorfeld der Landtagswahlen in Brandenburg, Sachsen und Thüringen. Die Stichprobe wurde quotenbasiert nach Alter, Geschlecht, Bildungsstand und Wahlintention gezogen. Nach dem Ausschluss minderjähriger Befragter umfasst die analysierte Stichprobe 1.850 Personen. Die Verschwörungsmentalität wurde mithilfe der etablierten Kurzskala von Bruder et al. (2013) erfasst. Als Indikatoren demokratischer Einstellungen wurden unter anderem Demokratiezufriedenheit, Befürwortung repräsentativer Demokratie, normative politische Partizipation sowie die Zustimmung zu zentralen demokratischen Grundprinzipien herangezogen. Antidemokratische Einstellungen wurden über die Befürwortung politischer Gewalt und soziale Dominanzorientierung operationalisiert. Geschlecht und Alter dienten als Kontrollvariablen.

Die Datenanalyse erfolgte in mehreren Schritten. Nach der Bildung reliabler Mittelwertindizes wurden bivariate Pearson-Korrelationen berechnet, um erste Zusammenhänge zwischen den Variablen zu identifizieren. Ergänzend wurde ein multiples lineares Regressionsmodell geschätzt, um zu prüfen, inwiefern sich die Zusammenhänge auch im Zusammenspiel mehrerer Prädiktoren bestätigen lassen.

Die Ergebnisse zeigen ein konsistentes Bild. Antidemokratische Einstellungen korrelieren signifikant positiv mit Verschwörungsmentalität. Sowohl eine höhere soziale Dominanzorientierung als auch die stärkere Befürwortung politischer Gewalt gehen mit einer erhöhten Neigung zu verschwörungstheoretischem Denken einher. Die Effektstärken fallen zwar überwiegend klein aus, sind jedoch stabil und statistisch signifikant. Damit bestätigt die Studie frühere Befunde, die Verschwörungsmentalität als Bestandteil oder Begleiterscheinung autoritärer und antidemokratischer Weltbilder interpretieren (Bruder et al., 2013; Dyrendal et al., 2021).

Im Gegensatz dazu wird die zweite Hypothese nicht bestätigt. Demokratische Einstellungen weisen keinen positiven, sondern überwiegend einen negativen Zusammenhang mit Verschwörungsmentalität auf. Besonders deutlich zeigt sich dieser Zusammenhang für die allgemeine Zufriedenheit mit der Demokratie sowie für die Zustimmung zu demokratischen Institutionen und Verfahren. Personen, die die Funktionsweise der repräsentativen Demokratie positiv bewerten und demokratische Grundprinzipien unterstützen, zeigen eine geringere Verschwörungsmentalität. Normative politische Partizipation steht hingegen in keinem signifikanten Zusammenhang mit Verschwörungsmentalität. Das multiple Regressionsmodell bestätigt diese Befunde auch unter Kontrolle aller weiteren Variablen. Zusätzlich zeigt sich, dass höheres Alter und weibliches Geschlecht schwach, aber signifikant mit einer höheren Verschwörungsmentalität verbunden sind. Die Ergebnisse der bivariaten Korrelationen sind in Tabelle A1 (Anhang A) aufgeführt; die Ergebnisse des linearen Regressionsmodells in Tabelle A2 (Anhang A).

In der Diskussion lassen sich aus den Ergebnissen mehrere Schlussfolgerungen ziehen. Erstens unterstreichen sie die Bedeutung antidemokratischer Einstellungen als Risikofaktor für

Verschwörungsmentalität. Verschwörungstheoretisches Denken scheint weniger Ausdruck kritischer demokratischer Wachsamkeit zu sein als vielmehr mit autoritären, hierarchischen und systemablehnenden Orientierungen zusammenzuhängen. Zweitens widersprechen die Befunde der Annahme, dass demokratische Überzeugungen per se mit einer erhöhten Sensibilität für Verschwörungen einhergehen. Vielmehr scheinen stabile demokratische Einstellungen einen schützenden Effekt gegenüber verschwörungstheoretischem Denken zu entfalten. Dies spricht dafür, demokratische Bildung und Vertrauen in demokratische Institutionen als zentrale Ansatzpunkte für Präventions- und Interventionsstrategien zu betrachten.

Darüber hinaus verdeutlichen die Ergebnisse die Relevanz eines mehrdimensionalen Demokratieverständnisses. Unterschiedliche Dimensionen demokratischer Einstellungen – etwa Systemzufriedenheit, institutionelles Vertrauen und politische Partizipation – stehen in unterschiedlicher Weise mit Verschwörungsmentalität in Zusammenhang. Zukünftige Forschung sollte diese Differenzierungen weiter vertiefen, etwa durch längsschnittliche Designs, experimentelle Ansätze zur Klärung der Kausalitätsrichtung oder die Einbeziehung alternativer Demokratiekonzeptionen wie direkter oder populistischer Demokratie. Insgesamt leistet die Studie einen Beitrag zum besseren Verständnis der politischen und psychologischen Bedingungen von Verschwörungsmentalität und unterstreicht deren enge Verflechtung mit antidemokratischen Einstellungen.

Literatur

- Bruder, M., Haffke, P., Neave, N., Nouripanah, N., & Imhoff, R. (2013). Measuring individual differences in generic beliefs in conspiracy theories. *Frontiers in Psychology, 4*, 225. <https://doi.org/10.3389/fpsyg.2013.00225>
- Douglas, K. M., Sutton, R. M., & Cichocka, A. (2019). The psychology of conspiracy theories. *Current Directions in Psychological Science, 26*(6), 538–542. <https://doi.org/10.1177/0963721417718261>
- Dyrendal, A., Kennair, L. E. O., & Bendixen, M. (2021). Predictors of belief in conspiracy theory: The role of individual differences in social dominance orientation, paranoia, and narcissism.

<https://doi.org/10.1016/j.paid.2021.110645>

Easton, D. (1965). *A systems analysis of political life*. Wiley.

Hu, Y., Reeskens, T., & Hooghe, M. (2025). Ambivalent democrats? Conceptualizing multidimensional democratic support. *Political Psychology*, 46(1), 1–22.

Norris, P. (2011). *Democratic deficit: Critical citizens revisited*. Cambridge University Press.

Pantazi, M., Kissine, M., & Klein, O. (2022). Conspiracy mentality, perceived powerlessness, and support for direct democracy. *Political Psychology*, 43(3), 557–575.

<https://doi.org/10.1111/pops.12777>

Papaioannou, K., Georgiadou, V., Krouwel, A., & van Prooijen, J.-W. (2023). Conspiracy mentality and regime preferences: Evidence from Greece. *European Journal of Political Research*, 62(2), 481–503.

<https://doi.org/10.1111/1475-6765.12511>

Sidanius, J., & Pratto, F. (2012). Social dominance theory. In P. A. M. Van Lange, A. W. Kruglanski & E. T. Higgins (Hrsg.), *Handbook of theories of social psychology* (S. 418–438). Sage.

van Prooijen, J.-W., & van Vugt, M. (2018). Conspiracy theories: Evolved functions and psychological mechanisms. *Perspectives on Psychological Science*, 13(6), 770–788.

<https://doi.org/10.1177/1745691618774270>

Anhang

Tabelle A1 Mittelwerte, Standardabweichung und Korrelationen mit Konfidenzintervallen

Variable	<i>M</i>	<i>SD</i>	1	2	3	4	5	6
1. conmen	3.99	1.34						
2. dem_zufr	3.32	1.47	-.35**					
			[-.39, -.31]					
3. rep	3.78	1.48	-.25**	.50**				
			[-.30, -.21]	[.46, .53]				
4. polpar	3.03	0.84	.03	.12**	.08**			
			[-.02, .07]	[.08, .17]	[.04, .13]			
5. rad	2.15	1.34	.16**	.05*	-.00	.35**		
			[.11, .20]	[.00, .09]	[-.05, .04]	[.31, .39]		
6. sdo	2.89	0.84	.14**	-.03	-.06*	.09**	.18**	
			[.09, .18]	[-.08, .01]	[-.10, -.01]	[.05, .14]	[.13, .22]	
7. dematt	4.12	1.17	-.36**	.51**	.41**	-.00	-.13**	-.12**
			[-.40, -.32]	[.48, .54]	[.37, .45]	[-.05, .04]	[-.17, -.08]	[-.17, -.08]

Anm.: *M* und *SD* zeigen den Mittelwert und die Standardabweichung an. Die Zahlen in den eckigen [] Klammern stehen für das 95%-Konfidenzintervall für die jeweilige Korrelation, * steht für $p < .05$, ** steht für $p < .01$, für $p < .001$. conmen = Verschwörungsmentalität, dem_zufr = Demokratiezufriedenheit, rep = Befürwortung repräsentativer Demokratie, polpar = Politische Partizipation, rad = Radikalisierung, sdo = Soziale Dominanzorientierung, dematt = Demokratische Einstellungen.

Tabelle A2 Ergebnisse der multiplen linearen Regression mit dem Kriterium

Verschwörungsmentalität

Prädiktor	<i>b</i> [UK; OK]	<i>SE</i>	<i>b</i> [UK; OK]	<i>t</i> (1841)	<i>p</i>
Intercept	4.56 [4.16, 4.95]	0.20	-.05 [-0.11, 0.01]	22.63	< .001
dem_zufr	-0.17 [-0.22, -0.13]	0.02	-.19 [-0.24, -0.14]	-7.07	< .001
rep	-0.05 [-0.09, -0.01]	0.02	-.05 [-0.10, -0.01]	-2.20	.028
polpar	0.03 [-0.04, 0.10]	0.04	.02 [-0.03, 0.06]	0.81	.420
rad	0.15 [0.11, 0.20]	0.02	.15 [0.11, 0.20]	6.58	< .001
sdo	0.12 [0.05, 0.18]	0.03	.07 [0.03, 0.11]	3.43	< .001
dematt	-0.26 [-0.32, -0.21]	0.03	-.23 [-0.28, -0.18]	-8.88	< .001

Kontrollvariable	<i>b</i> [UK; OK]	<i>SE</i>	<i>b</i> [UK; OK]	<i>t</i> (1841)	<i>p</i>
gen	0.12 [0.01, 0.23]	0.06	.05 [0.00, 0.09]	2.16	.031
age	0.01 [0.01, 0.01]	0.00	.13 [0.09, 0.18]	5.92	< .001
<i>R</i> ²	.2141				
<i>Adj. R</i> ²	.2107				
<i>F</i>	<i>F</i> (8,1841) = 62.17				

Anm.: *b* = unstandardisierter Regressionskoeffizient, UK = Unterer Bereich des 95%-Konfidenzintervalls, OK = Oberer Bereich des 95%-Konfidenzintervalls, *SE* = Standardfehler, *b* = standardisierter Regressionskoeffizient; dem_zufr = Demokratiezufriedenheit, rep = Befürwortung repräsentativer Demokratie, polpar = Politische Partizipation, rad = Radikalisierung, sdo = Soziale Dominanzorientierung, dematt = Demokratische Einstellungen, gen = Geschlecht, age = Alter, *adj. R*² = adjustierter *R*²-Wert

5: POLITIK IM FEED

Response: Dr. Astrid Zipfel

Wehrpflichtdebatte online: Alles negativ, oder was? Welchen Einfluss hat eine Aggregation von Nutzer*innenkommentaren auf den wahrgenommenen Negativismus in online Diskussionen und kann dies die deliberative Qualität der Diskussion und die Kommentierbereitschaft von Online-Nutzer*innen beeinflussen?

Laura Vennekamp, Amr Alhilal, Jakub Michal Papala, Alena Polonskaya & Aysu Yavasoglu, Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf

1. Einleitung

Im folgenden Abstract werden das Lehrforschungsprojekt "Wehrpflichtdebatte online: Alles negativ, oder was?", seine zentrale Forschungsfragen, Forschungsvorgehen und erste Ergebnisse des Pre-Tests vorgestellt. Das Forschungsprojekt ist eine Replikationsstudie der Masterarbeit von Jana Peters: „Durch Aggregation zu Deliberation? Eine experimentelle Untersuchung der Wirkungen von Diskussionszusammenfassungen auf die Kommentierbereitschaft von Nutzenden und die deliberative Qualität ihrer Diskussionen“.

Anschließend daran erforscht diese Studie, welchen Einfluss eine Aggregation auf den von Online-Nutzer*innen wahrgenommenen Negativismus in Kommentarspalten besitzt. Es wird vermutet, dass der Negativismus durch die Aggregation reduziert wahrgenommen wird, und erkundet, ob dies einen Einfluss auf die deliberative Qualität und die Kommentierbereitschaft von Online Nutzer*innen hat. Für die Beantwortung der obigen Fragen wurden folgende Forschungshypothesen aufgestellt:

*H1: Diskussionszusammenfassungen in Online-Kommentarspalten reduzieren den von Nutzer*innen wahrgenommenen Negativismus.*

*H2: Je geringer der von Nutzer*innen in Online-Kommentarspalten wahrgenommene Negativismus, desto höher ist ihre Kommentierbereitschaft. H3: Je geringer der von*

*Nutzer*innen in Online-Kommentarspalten wahrgenommene Negativismus, desto höher ist die deliberative Qualität ihrer Kommentare.*

*H4: Diskussionszusammenfassungen in Online-Kommentarspalten erhöhen die Kommentierbereitschaft der Nutzer*innen indirekt, indem sie den wahrgenommenen Negativismus reduzieren.*

H5: Diskussionszusammenfassungen in Online-Kommentarspalten erhöhen die deliberative Qualität der Kommentare indirekt, indem sie den wahrgenommenen Negativismus reduzieren.

2. Theoretischer Rahmen

Ausgangspunkt ist die Problemstellung von geringer deliberativer Qualität und

Kommentierbereitschaft von Online-Nutzer*innen in Online-Diskussionen. Die Kommentare werden von einer größeren Anzahl von Nutzer*innen gelesen, als verfasst. Dies ist aus theoretischer Perspektive der deliberativen Demokratie problematisch: In Jürgen Habermas Theorie, beschreibt dieser die vier Indikatoren Rationality, Constructiveness, Reciprocity und Civility, welche maßgebend für eine zivilisierte Diskussion sind (z.B. Peters, 2024, Friess et al., 2020; Habermas, 1996). Diese Indikatoren dienen auch in der Rezeptionsforschung als Qualitätsmerkmale für Nutzer*innenkommentare (Peters, 2024; Friess et al., 2020).

Durch eine vorangestellte Aggregation können wichtige Informationen der Diskussion in den Kommentaren von unwichtigen getrennt werden (Peters, 2024; Towne & Herbsleb, 2012) sowie zusammengefasst und in übersichtlicher Form vor der eigentlichen Diskussion aufgelistet werden (Peters, 2024; Faridani et al., 2010).

Im Ausblick der Studie wird auf Mediatoren verwiesen, die weiterer Forschung bedürfen: Emotionen und Selbstwirksamkeitserwartungen (Peters, 2024). Die Replikationsstudie fokussiert daher den Negativismus. Negative Informationen sind für den Menschen aus evolutionärer Sicht wichtiger wahrzunehmen als positive Informationen. Unter anderem durch negative Potenzierung, einer größeren Komplexität, einer schnelleren Entwicklung sowie einem größeren negativen

Potenzial von negativen Informationen entsteht ein Negativity Bias in der Wahrnehmung (Rozin und Royzman, 2001).

Inzivilität in Online-Kommentarspalten rufen negative Emotionen (Gervais, 2014; Rösner et al., 2016) sowie negative Folgekommentare (Hsueh et al., 2015; Ziegele et al., 2017a) hervor (Peters, 2024). Durch eine Aggregation könnten Inzivilität und damit auch negative Emotionen wie der wahrgenommene Negativismus reduziert werden. Daher wird vermutet, dass eine Aggregation zu einem geringen wahrgenommenen Negativismus und somit zu einer höheren deliberativen Diskussionsqualität sowie Kommentierbereitschaft beiträgt.

3. Methodisches Vorgehen

Das Ziel der Umfrage ist die Erfassung der Wahrnehmung von Negativismus in Online-Diskussionen sowie die Erforschung dessen, ob eine Aggregation den wahrgenommenen Negativismus reduziert und damit zu einer deliberativeren

Diskussion führen kann. Hierfür wurden die Proband*innen in zwei

Vergleichsgruppen aufgeteilt. In der ersten Gruppe bekamen die Proband*innen eine Artikelvorschau zur Wehrpflichtdebatte sowie einige Kommentare, in denen sich Online-Nutzer*innen über den Artikel austauschten. In der Vergleichsgruppe bekamen die Proband*innen dieselbe Artikelvorschau sowie Kommentare angezeigt, allerdings ging der Nutzer*innendiskussion eine Aggregation der Kommentare zuvor.

Die Skalen im Fragebogenteil sind alle siebenstufige semantische Differenzialskalen (1 = Negative Ausprägung, 7 = Positive Ausprägung). Insgesamt gibt es zwei Hauptfragen mit jeweils zehn Items (Ziegele & Weinmann, 2022). Der Fragebogen zum wahrgenommenen Negativismus ist in zwei inhaltliche Bereiche aufgeteilt. Im ersten Teil wird die Wahrnehmung der Proband*innen in Bezug auf die Tonalität der Diskussion abgefragt. Im zweiten Teil wird die Wahrnehmung der Proband*innen auf die Argument- und Diskussionsqualität abgefragt.

Konkret lautete die erste Frage "Die Diskussion im Kommentarbereich war...". Hier wird die affektive Negativität der Diskussion mit einem Fokus auf die Stimmung und den Umgangston abgefragt. Es wird also die Wahrnehmung der Proband*innen im Hinblick auf die soziale und emotionale Atmosphäre der Diskussion gemessen. Die zweite Frage lautete: "Es geht weiterhin darum, was Sie über die Diskussion in den Kommentaren denken. Die Kommentare in der Diskussion...". Hier wird erfasst wie sich der wahrgenommene Negativismus inhaltlich und kognitiv auf die Rezipient*innen auswirkt und dabei ein Fokus auf Sachlichkeit, Struktur und Lösungsorientierung der Kommentardiskussion, also die Qualität und Konstruktivität der Diskussion, gemessen anhand der Wahrnehmung der Befragten (Ziegele & Weinmann, 2022).

4. Ergebnisse

Im Folgenden wird auf die Ergebnisse des Pre-Tests eingegangen, da zum jetzigen

Zeitpunkt noch keine finalen Ergebnisse vorliegen. Im Pre-Test zeigte sich, dass das Thema des Artikels bzw. der Artikelvorschau maßgeblich die emotionale Wirkung bestimmt. Hingegen hängt die wahrgenommene deliberative Qualität der Diskussion von strukturellen Merkmalen der Aggregation ab. Dies zeigt, dass

Unterschiede in den Auswirkungen einer Aggregation nach Meinungen oder einer Aggregation nach Argumenten bestehen. Des Weiteren zeigte sich kein signifikanter Einfluss des Diskussionsklimas.

Durch die vorliegenden Ergebnisse wird vermutet, dass auch bei der Hauptstudie ein Effekt, möglicherweise mit geringer Effektgröße, der Aggregation auf den wahrgenommenen Negativismus gefunden werden könnte. Hier könnte insbesondere die wahrgenommene Qualität der Diskussion, durch die Aggregation und den damit geringeren Negativismus, unterschiedlich aufgenommen worden werden.

Literatur

Faridani, S., Bitton, E., Ryokai, K., & Goldberg, K. (2010). Opinion space: A scalable tool for browsing online user reviews. In Proceedings of the 28th international conference on human

factors in computing systems - CHI '10 (pp. 1175–1184). ACM.

<https://doi.org/10.1145/1753326.1753502>

Friess, D., Ziegele, M., & Heinbach, D. (2020). Collective civic moderation for deliberation? Exploring the links between citizens' organized engagement in comment sections and the deliberative quality of online discussions. *Political Communication*, 37(5), 643–665.

<https://doi.org/10.1080/10584609.2020.1830322>

Habermas, J. (1996). *Between facts and norms: Contributions to a discourse theory of law and democracy*. MIT Press.

Köhler, C., Ziegele, M., & Weber, M. (2019). Wie gefährlich ist der Hass im Netz? Wirkungen von Hasskommentaren gegen Geflüchtete auf das prosoziale Verhalten von Rezipierenden. In I. Engelmann, M. Legrand, & H. Marzinkowski (Hrsg.), *Politische Partizipation im*

Medienwandel (S. 299-319). Berlin <https://doi.org/10.17174/dcr.v6.12>

Lück, J., & Nardi, C. (2019). Incivility in user comments on online news articles: Investigating the role of opinion dissonance for the effects of incivility on attitudes, emotions, and the willingness to participate. *Studies in Communication and Media*, 8(4), 482–506.

<https://doi.org/10.5771/2192-4007-2019-4-482>

Peters, J. L. (2024). *Durch Aggregation zu Deliberation? Eine experimentelle Untersuchung der Wirkungen von Diskussionszusammenfassungen auf die Kommentierbereitschaft von Nutzenden und die deliberative Qualität ihrer Diskussionen* [Master of Arts, Heinrich-HeineUniversität].

Rozin, P., & Royzman, E.B. (2001). Negativity bias, negativity dominance, and contagion.

Personality and Social Psychology Review, 5(4), 296–320.

https://doi.org/10.1207/S15327957PSPR0504_2

Steinigeweg, J. (2023). Auswirkungen konstruktiver Nachrichten in sozialen Netzwerken auf prosoziale Verhaltensweisen. Springer VS. <https://doi.org/10.1007/978-3-658-42073-4>

Towne, W. B., & Herbsleb, J. D. (2012). Design considerations of online deliberation systems. *Journal of Information Technology & Politics*, 9(1), 97–115. <https://doi.org/10.1080/19331681.2011.637711>

Ziegele, M., & Weinmann, C. (2022). Fragebogen Basisbefragung: UPEKI 2.0 (Version 18.10.2022). Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf.

Negative Campaigning auf Instagram: Eine inhaltsanalytische Untersuchung des Negative Campaigning und dessen visuelle Personalisierung in Kandidaten- und Parteienprofilen zur Bundestagswahl 2025

Larissa Hillebrand, Universität Münster

1. Einleitung / Thema

Das Ziel der vorliegenden Arbeit ist es den Einsatz von Negative Campaigning auf Instagram im Kontext der Bundestagswahl 2025 zu untersuchen. Negative Campaigning wird dabei als jede Form von Kritik am Gegner definiert, um Kandidaten, wie auch Parteien als Gegenstand der Kritik einzubeziehen (Walter, 2012, S. 16). Es wird zudem das in der Forschung weitestgehend vernachlässigte Konzept der visuellen Personalisierung herangezogen. Dieses hilft zu verstehen, inwiefern Kritik mit der Darstellung von politischen Akteuren einhergeht (Schlosser et al., 2023, S. 160). Die entsprechende Forschungsfrage lautet: Wie nutzen Parteien und Spitzenkandidaten Negative Campaigning auf Instagram und wie wird Kritik in Bezug auf visuelle Personalisierung dargestellt? Abgeleitet aus dem aktuellen Forschungsstand zu Negative Campaigning und dessen visuelle Personalisierung lassen sich folgende Forschungsfragen und Hypothesen formulieren:

FF1: Wie stark wird im Wahlkampf der Bundestagswahl 2025 auf Instagram auf Negative Campaigning gesetzt?

FF2: Wie häufig setzen die jeweiligen Parteien Negative Campaigning auf Instagram ein und welche Themen nutzen sie dafür?

H1: Im Bundestagswahlkampf 2025 auf Instagram überwiegen die Angriffe auf politische Themen, im Gegensatz zu Angriffen auf den Charakter.

H2: Die Linke und die AfD, als Parteien der ideologischen Ränder, wenden am häufigsten Negative Campaigning an.

H2a: Die Kandidaten, welche auf den ersten drei Plätzen der Umfragewerte stehen sind am häufigsten das Ziel von Negative Campaigning.

H2b: Die Kandidaten, welche auf den letzten drei Plätzen der Umfragewerte stehen, wenden die meiste Kritik an

H3: Die Posts der Parteien und Kandidaten, welche mit Negative Campaigning versehen wurden, bekommen mehr Likes als die Posts, welche nicht mit Negative Campaigning versehen wurden.

H4: Kandidatenprofile enthalten häufiger visuell personalisierte Posts als Parteienprofile.

FF3: Wie wird Negative Campaigning in der Darstellung genutzt und welche visuellen Strategien verfolgen die Parteien auf Instagram

2. Methodische Vorgehensweise

Um die Forschungsfrage zu beantworten, wurde eine quantitative Inhaltsanalyse durchgeführt. Diese erlaubt es systematisch die Muster und Tendenzen einer großen Zahl an vergleichbaren Botschaften zu analysieren und scheint daher geeignet für die Untersuchung des Nutzungsverhaltens in Bezug auf Negative Campaigning und dessen visuelle Personalisierung auf Instagram (Rössler, 2010, S. 16).

Wie die meisten europäischen Studien zu Social Media liegt der Zeitraum der Untersuchung innerhalb der heißen Phase des Wahlkampfs (Lutsenko, 2024, S. 7; Schlosser et al., 2023). Aufgrund von Zeit und Ressourcenmangels wurde sich auf den Zeitraum vom 10.02.2025 bis zum 22.02.2025, also zwölf Tage vor der Wahl, entschieden. Es wurde sich auf die Plattform Instagram beschränkt, da Beiträge auf der Plattform zwangsläufig eine Visualisierung enthalten müssen und sie sich daher besonders für die Untersuchung visueller Personalisierung eignet (Filimonov et al., 2016, S. 1). Es handelt sich um eine Vollerhebung aller großen, bundesweit kandidierenden Parteien und dessen Spitzenkandidaten. CDU und CSU wurden dafür als eine Partei behandelt und auch das BSW wurde als erstmals kandidierende Partei berücksichtigt (Rössler, 2010, S. 54).

Die Intracoderreliabilität des Pretests ergab nach Krippendorffs Alpha 0,92. Dies ist ein akzeptabler Wert für die Weiterarbeit mit dem Codebuch, weshalb anschließend die Codierung der gesamten 410 Beiträge deduktiv anhand des Codebuchs durch die Autorin selbst erfolgte (Rössler, 2010, S. 192). Ausgewertet wurde mit dem Statistikprogramm R.

3. Ergebnisse

Von den insgesamt 410 Beiträgen enthielten 114 Negative Campaigning. Das ist ein Anteil von 27,8%. Sarah Wagenknecht nutzte mit neun Angriffen in zehn Posts und somit 90% Negative Campaigning am häufigsten. Erst danach kommt ihre Partei das BSW mit 81%, die Linke mit 53,3% und die AfD mit 50% Negative Campaigning. Die Union und Die SPD lagen mit 35,5% und 22,2% im Mittelfeld. Die Kandidaten Heidi Reichenek (7,14%), Friedrich Merz (4,76%), Christian Lindner (0%) und Robert Habeck (0%) bildeten das Schlusslicht.

Bezüglich der Themen zeigten sich in der binären logistischen Regressionsanalyse stark signifikante Zusammenhänge zwischen Negative Campaigning und den Themen Finanz-, Steuer- und Schuldenpolitik, Minderheiten-, Asyl- und Integrationspolitik und Sozialpolitik. Mit insgesamt 99 Themenattacken und 81 Charakterattacken bezieht sich der Inhalt der 114 Posts im Zusammenhang mit Negative Campaigning in den Posts überwiegend auf Themen. Mit 69 Posts werden die beiden Formen von Attacken jedoch auch häufig kombiniert.

Um den Einfluss der Extreme der Ideologie zu untersuchen, wurden die Linke und die AfD anhand eines T-Test mit den anderen Parteien verglichen. Auch ohne dem BSW als Partei mit vermehrtem Einsatz von Negative Campaigning konnte kein signifikanter Unterschied zwischen ideologischen Rändern und den restlichen Parteien festgestellt werden. Die Umfragewerte hingegen zeigten einen signifikanten Einfluss auf die Nutzung von Negative Campaigning. Mit einem niedrigen Rang in den Umfragewerten steigt die Wahrscheinlichkeit für die Anwendung von Kritik gegen die Gegner um 37,9% und andersrum steigt die Wahrscheinlichkeit das Ziel von Negative Campaigning zu sein um 60,8% mit jedem Rang höher.

Parteien nutzten in 33,6% ihrer Posts visuelle Personalisierung ihrer Spitzenkandidaten. Kandidaten nutzten mit 86,1% signifikant häufiger visuelle Personalisierung. Für Negative Campaigning nutzten Kandidaten in 65% und Parteien in 31,9% ihrer Posts visuelle Personalisierung. In Anlehnung an die Untersuchung von Schlosser et al. (2023) wurden die Strategien der Parteien in Bezug auf die visuelle Personalisierung von Negative Campaigning in ihren Posts vorgestellt (Schlosser et al., 2023, S. 168–169). Insgesamt überwog das visuell unpersonalisierte Negative Campaigning mit 65,3% aller Angriffe. Am häufigsten nutzten diese Strategie das BSW mit 81,2%. Abbildung des eigenen Kandidaten im Zusammenhang mit der Kritik, wurde als Strategie mit 22,8% insgesamt am zweithäufigsten in den zwölf Tagen vor der Wahl genutzt. Am häufigsten wurde diese Strategie mit 33,3% von der AfD genutzt. Mit 8,77% wurde das visuell personalisierte Negative Campaigning insgesamt selten angewandt. Abbildungen des Gegners in der Kritik nutzen vermehrt die Unionsparteien mit 31,6%. Die seltenste Strategie war die des visuell vergleichenden Negative Campaigning, bei welchem die Spitzenkandidaten in der Darstellung gegenübergestellt wurden.

4. Diskussion

Mit insgesamt 27,8% Negative Campaigning Anteil der Bundestagswahl 2025 auf Instagram kann man von einer starken Anwendung von Kritik ausgehen (Walter, 2014, S. 52–53). Dies deckt sich ebenfalls mit Ergebnissen für die Bundestagswahl 2021 mit 31% Negative Campaigning auf Instagram (Schlosser et al., 2023, S.165–166). Auf Facebook und Twitter war der Anteil von Negative Campaigning deutlich geringer (Lehrner, 2021, S. 16; Lutsenko, 2024, S. 12). Trotz des hohen Ausmaßes der Kritik kann man von einem professionellen Schlagabtausch reden. Es wurden hauptsächlich politische Ziele und Standpunkte in Form von politischen Themen angegriffen. Charakterattacken waren seltener.

Das BSW griff als Newcomer der Wahl 2025 signifikant häufiger als alle anderen Parteien auf Kritik zurück. Die Parteien der ideologischen Ränder, die Linke und AfD, setzten ebenfalls vermehrt Kritik ein. Dies ließ sich jedoch nicht auf die Extremität der Ideologie zurückführen. Die Umfragewerte als Treiber hinter dem Einsatz von Negative Campaigning bestätigten sich jedoch.

Trotz der häufigen Anwendung von Negative Campaigning wurde die Kritik nicht mit mehr Likes oder Kommentaren belohnt. Stattdessen führte Negative Campaigning sogar zu weniger Likes. Instagram wurde vielleicht auch deshalb eher als Plattform der Selbstdarstellung genutzt. Kandidaten nutzten häufiger visuelle Personalisierung als Parteien im Allgemeinen, wie auch in Verbindung mit Kritik. Negative Campaigning wird selten in der Darstellung genutzt und auch nur selten mit Personen in Verbindung gebracht. Hauptsächlich wurde im Wahlkampf 2025 auf Instagram unpersonalisiertes Negative Campaigning genutzt.

Negative Campaigning ist bislang noch ein neues Forschungsfeld und in Deutschland bisher nicht umfassend untersucht. Vor allem die Darstellung von Kritik stellt eine Forschungslücke dar und sollte in Betracht der möglichen democratieschädlichen Auswirkungen, wie Politikverdrossenheit in der Gesellschaft in Zukunft mehr erforscht werden. Vor allem plattformübergreifende Studien, welche die verschiedenen Affordancen von Social Media berücksichtigen, fehlen bislang.

Literatur und Anhang

Filimonov, K., Russmann, U., & Svensson, J. (2016). Picturing the Party: Instagram and Party Campaigning in the 2014 Swedish Elections. *Social Media + Society*, 2(3), 2056305116662179. <https://doi.org/10.1177/2056305116662179>

Lehrner, S. (2021). NEGATIVE CAMPAIGNING ON SOCIAL MEDIA SITES: A QUANTITATIVE ANALYSIS OF THE 2019 AUSTRIAN NATIONAL COUNCIL ELECTION CAMPAIGN. *Journal of Liberty and International Affairs, Institute for Research and European Studies - Bitola*, 7(1), 11–26. <https://doi.org/10.47305/JLIA21170011>

Lutsenko, D. (2024). Is Negative Campaigning a Response to a Dynamic Polling Environment? Evidence from Facebook and Twitter Posts by German Party Leaders in the 2021 German Federal Election. *German Politics*, 1–31. <https://doi.org/10.1080/09644008.2024.2413480>

Rössler, P. (2010). *Inhaltsanalyse* (2., überarbeitete Auflage, Online-Ausgabe). UVK-Verl.-Ges.

- Schlosser, K., Haßler, J., & Wurst, A.-K. (2023). Visuelle Personalisierung des Negative Campaigning: Eine Konzeptualisierung anlässlich des Wahlkampfes auf Instagram. In C. Holtz-Bacha (Hrsg.), *Die (Massen-) Medien im Wahlkampf: Die Bundestagswahl 2021* (S. 155–177). Springer Fachmedien. https://doi.org/10.1007/978-3-658-38967-3_6
- Walter, A. S. (2012). *Negative Campaigning in Western Europe: Beyond the vote-seeking perspective* [Dissertation, Universiteit van Amsterdam]. <https://dare.uva.nl/document/2/105501>
- Walter, A. S. (2014). Negative Campaigning in Western Europe: Similar or Different? *Political Studies*, 62(1_suppl), 42–60. <https://doi.org/10.1111/1467-9248.12084>

6: JOURNALISMUS

Response: Prof. Dr. Frank Marcinkowski

Socio-Cybernetic Mechanisms in Russian Sharp Power Operations

Investigating Memory Alteration via Disinformation

Adrian Brozek, Katholische Universität Leuven

Einleitung

Wer ein Flugfeld bombardiert, intendiert einen strukturellen Effekt: Wo keine Startbahn, da kann auch kein Flieger starten. Die Möglichkeiten des Antagonisten sind durch äußere Umstände begrenzt. Klassischerweise werden dazu fassbare Mittel eingesetzt, wie die genannte Bombe. Zunehmend dreht sich der Diskurs jedoch um eine neue Quelle struktureller Effekte: Kommunikation. Jessica Ludwig und Christopher Walker beschreiben mit ihrem Sharp Power-Konzept, den Einsatz strategischer Narrative mit dem Ziel, den offenen demokratischen Diskurs mit Desinformationen so umfassend zu durchstechen, dass die Wirklichkeits- und damit die Möglichkeitswahrnehmung der betroffenen Bevölkerung bis hin zur Lähmung des Policy-Prozesses manipuliert wird² (Ludwig & Walker 2017; Walker 2018). Die wahrgenommenen Möglichkeiten des Staates sind durch ein verändertes Informationsumfeld künstlich begrenzt. Im Gegensatz zum traditionellen Soft Power Ansatz, ist der Effekt also nicht operativ, sondern strukturell (vgl. Anzera & Massa 2021).

Meine Arbeit beruht auf der Beobachtung, dass dieses recht junge Forschungsfeld zwar en vogue ist, ihm jedoch ein entscheidender translatorischer Mechanismus fehlt: Beobachtete Ursachen (bspw. relevanter Medienkonsum) korrelieren mit beobachteten Effekten (bspw. institutioneller Vertrauensverlust), ohne dass die Übersetzung der einen in die anderen auf der Makro-Ebene ausreichend beschrieben ist. Ich schlage vor, das Sharp Power-Konzept um eine translatorische Brücke zu erweitern, die ich Niklas Luhmanns Soziokybernetik und besonders seiner Idee des gesellschaftlichen Gedächtnisses entlehne.

Luhmann begreift sich selbst beobachtende Systeme in der ständigen Notwendigkeit dynamischer Anpassung an sich verändernde Umweltzustände (Luhmann 2002). Dazu wird der augenblickliche Entwicklungspfad des Systems, gleich des Kurses eines Schiffs, mit einem angestrebten Zustand abgeglichen, um gegebenenfalls eine Kurskorrektur vorzunehmen. Wie jedoch der Steuermann auf seinen Kompass, so ist das gesellschaftliche System auf die adäquate Wahrnehmung seiner selbst angewiesen. Diese Wahrnehmung basiert nach Luhmann auf dem gesellschaftlichen Gedächtnis, welches in seiner wirkmächtigsten Ausprägung als massenmediales System vorliegt (Luhmann 2017). Strategisches Eingreifen in Letzteres begreife ich als Ausgangspunkt mnemonischer Strukturwandlung, die sich in Sharp Power-Effekten niederschlägt. Es geht um narrative Gedächtniselemente (Schemas, Scripts, Identitäten), die sich durch ständige Wiederholung in Ursache-Wirkung-Annahmen manifestieren und so den gesuchten Mechanismus bilden. Die vorgelegte Masterarbeit demonstriert dies anhand einer systematischen Analyse von RT DE-Meinungsartikeln zwischen April 2021 und März 2022. Meine Forschungsfrage lautet: Kann die luhmannsche Systemtheorie als potenzielle Heuristik dienen, kybernetische Mechanismen in Sharp Power-Operationen zu identifizieren (can Luhmannian theory serve as a potential heuristic in identifying cybernetic mechanisms in sharp power operations)?

Method

Meine Untersuchung ruht auf einem Datensatz, bestehend aus 24 RT DE-Meinungsartikeln, veröffentlicht zwischen April 2021 und März 2022. Dieser deutschsprachige Ableger des russischen Staatsmediums Russia Today, mittlerweile EU-weit verboten, stellt eine vielbesprochene Quelle russischer Einflussnahme auf den heimischen Diskurs dar und findet in der Sharp Power-Diskussion besonders häufig Erwähnung (vgl. Glazunova et al. 2023). In besagter Zeitspanne wurden alle zwei Wochen die fünf sogenannten „Top Artikel“ erfasst und nach Meinungsstücken gefiltert, da diese während einer vorläufigen Testcodierung die höchste argumentative Dichte aufwiesen.

Die Auswertung folgte einem dreiphasigen Coding-Verfahren mittels MAXQDA. In der ersten Phase wurden sämtliche kausalen Narrativelemente isoliert: Ursachen (Causes), Wirkungen

(Effects) und Eigenschaftszuschreibungen (Properties) (siehe Tabelle 1). Dies ergab 1.096 Elemente, die in der zweiten Phase zugunsten der Intra-Coder-Reliabilität abermals geprüft und zu 878 konsolidierten Elementen verdichtet wurden. Die dritte Phase verknüpfte diese Elemente zu argumentativen Ketten, die grafisch pro Artikel dargestellt wurden (siehe Bild 1).

Insgesamt konnten 318 Kausalattributionen festgestellt werden (siehe Tabelle 2). Die Analyselogik entspricht Luhmanns Annahme, dass Gedächtniselemente durch kontextverlierende Wiederholung ähnlicher Kausalattributionen entstehen. Entsprechend wurden aus den kodierten Elementen durch Abstraktion drei Elementtypen extrahiert: Identitäten aus wiederkehrenden Eigenschaftszuschreibungen über mindestens zwei Artikel, Schemas aus Kausalmustern zwischen Artikeln und Scripts aus wiederholten Ereignisketten. Abschließend wurden die identifizierten Elemente zu erwartbaren Gedächtnisalterationen zusammengefasst und diese wiederum mit dokumentierten Sharp Power-Effekten einschlägiger Literatur abgeglichen, um die Erklärungskraft der angewandten Heuristik zu prüfen.

Ergebnisse

Die Analyse der 878 narrativen Elemente und 318 Kausalattributionen ergab zwölf Identitäten und sechs Schemas. Skripte konnten nicht reliabel identifiziert werden. Die extrahierten Identitäten gruppieren sich in sechs thematische Kategorien. Im politischen Bereich erscheint die deutsche Elite als abgehoben, fremdgesteuert und autoritär, das US-System als aggressiv und korrupt, die russische Führung hingegen als rational, aber strategisch bedrängt sowie der ukrainische Staat als westliche Marionette. Mainstream-Medien werden als propagandistisch und regierungsnah charakterisiert, die Establishment-Wissenschaft als korrumpiert und politisiert. Im Pandemiekontext erscheinen Impfstoffe als gefährlich und profitgetrieben, COVID-19 selbst als übertrieben und politisch instrumentalisiert. Anti-Establishment-Stimmen werden demgegenüber als mutig aber marginalisiert dargestellt, die deutsche Öffentlichkeit als getäuscht und gespalten.

Die sechs identifizierten Schemas zeigen wiederkehrende Kausalmuster über thematische Kontexte hinweg, wobei zwei mit je 44 zugeschriebenen Kausalattributionen dominieren: Erstens führe

Medienmanipulation zu falscher Realitätsdarstellung, zweitens trieben Zwangsmaßnahmen gesellschaftliche Spaltung voran (siehe Tabelle 3). Weitere Schemata etablieren, dass Datenmanipulation schädliche Politik rechtfertige (33), wissenschaftliche Autorität für Konsensherstellung instrumentalisiert werde (30), Elite-Abkopplung in Politikschäden resultiere (29) und legitimer Widerstand systematisch delegitimiert werde (22).

Die Suche nach Skripten (wiederholte Ereignisketten über Artikel hinweg) blieb hingegen ergebnislos. Zwar konnten 136 Einzelereignisse identifiziert und zu 187 Ereignisketten innerhalb von Artikeln zusammengefasst werden, jedoch wurden keine ausreichenden kontextübergreifenden Wiederholungen sichtbar. Dieser Umstand stellt jedoch nicht automatisch ein Scheitern der Heuristik dar, sondern spezifiziert eher die Korpuseigenschaften, die zur Skript-Identifikation notwendig wären, wie in der methodologischen Diskussion dargestellt wurde.

Diskussion

Die Ergebnisse legen einen vierstufigen Übersetzungsmechanismus nahe. Strategische Narrative konstruieren Gedächtniselemente, diese verändern wahrgenommene Kausalbeziehungen. Weiter verzerren die veränderten Wahrnehmungen kybernetische Operationen, wodurch die betroffene Kybernetik effektive kollektive Anpassung verhindert. Die identifizierten Elemente korrespondieren dabei in ihren Wahrnehmungsalterationen mit dokumentierten Sharp Power-Effekten (z.B. Erosion des Institutionsvertrauens, gesellschaftlicher Spaltung, Skepsis gegenüber akkreditierter Expertise) (vgl. Colomina et al. 2021).

Die Frage, wie ausländische Desinformationskampagnen demokratische Öffentlichkeiten gefährden, lässt sich unbeachtet sozialer Kybernetik nicht ausreichend beantworten, wodurch der obige Befund eine wichtige Perspektive für die politische Kommunikationsforschung eröffnet. Mein vorgeschlagener Ansatz ermöglicht die systematische Identifikation strategischer Narrative und ihrer intendierten Gedächtniseffekte. Vielversprechend ist, dass die untersuchte Methodik potenziell simultan zum Einsatz kommen kann, um strategische Ziele genannter Kampagnen in

Echtzeit zu identifizieren. Dies adressiert ein zentrales Desiderat im Umgang mit Medien als kritischer Infrastruktur.

Die Arbeit unterliegt Einschränkungen, da sie RT DE isoliert vom breiteren Medienökosystem analysiert und keine tatsächlichen Rezeptionseffekte misst. Künftige Forschung sollte größere Korpora, Rezeptionsstudien und die Rolle generativer KI in der Desinformationsproduktion einbeziehen.

Anhang

Anzera, G., & Massa, A. (2021). Using International Relations theories to understand disinformation. In G. López

García, L. Palau-Sampio, B. Palomo, E. Campos-Domínguez, & R. L. Rodríguez (Eds.), Politics of disinformation: The influence of fake news on the public sphere (pp. 35–47). John Wiley & Sons.

Colomina, C., Sánchez Margalef, H., Youngs, R., Canelas, P., Criado, I., Hernández, E., Martínez, M., Porcaro,

G., & Stoeckl, H. (2021). The impact of disinformation on democratic processes and human rights in the world. European Parliament.
[https://www.europarl.europa.eu/thinktank/en/document/EXPO_STU\(2021\)653635](https://www.europarl.europa.eu/thinktank/en/document/EXPO_STU(2021)653635)

Glazunova, S., Bruns, A., Hurcombe, E., Montaña-Niño, S. X., Coulibaly, S., & Obeid, A. K. (2023). Soft power, sharp power? Exploring RT's dual role in Russia's diplomatic toolkit. *Information, Communication & Society*, 26(16), 3292–3317.
<https://doi.org/10.1080/1369118X.2022.2155485>

Luhmann, N. (2002). *Die Politik der Gesellschaft*. Suhrkamp Verlag.

Luhmann, N. (2017). *Die Realität der Massenmedien* (5. Aufl.). Springer VS.

Walker, C. (2018). What is "sharp power"? *Journal of Democracy*, 29(3), 9–23.
<https://doi.org/10.1353/jod.2018.0041>

Walker, C., & Ludwig, J. (2017). From 'soft power' to 'sharp power': Rising authoritarian influence in the democratic world. National Endowment for Democracy.

Element	Beschreibung	Hinweise	Beispiel
Cause	Isolierung einer notwendigen oder unterstützenden Ursache für ein beobachtetes Ereignis.	Abhängige Nebensätze, erkennbar an unterordnenden Konjunktionen (z.B. „weil“, „da“, „denn“).	„Das rührt daher, dass zu Anfang die Impfquote deutlich geringer war. Es gab einfach noch nicht so viele Geimpfte.“ (17-10-21_1, S. 6)
Effect	Isolierung einer notwendigen oder möglichen Schlussfolgerung aus beschriebenen Bedingungen.	Beziehungssätze, erkennbar an adversativen Konjunktionen (z.B. „daher“, „des-halb“), zukunftsorientierten Hilfsverben (z.B. „wird“, „werden“).	„Die Fertigstellung von Nord Stream 2 wird ein enormer Schlag für die Macht und das Prestige der USA sein.“ (18-04-21_2, S. 6)
Property	Zuschreibung von Eigenschaften per se.	Zugeschriebene Adjektive oder Kategorisierungen, die nicht aus dem Kontext resultieren.	„Angela Spelsberg vertritt unterdessen eine andere, wohl wesentlich besonnenere [...] Ansicht zur Gefährlichkeit [...] der Pandemie.“ (18-04-21_5, S. 2)

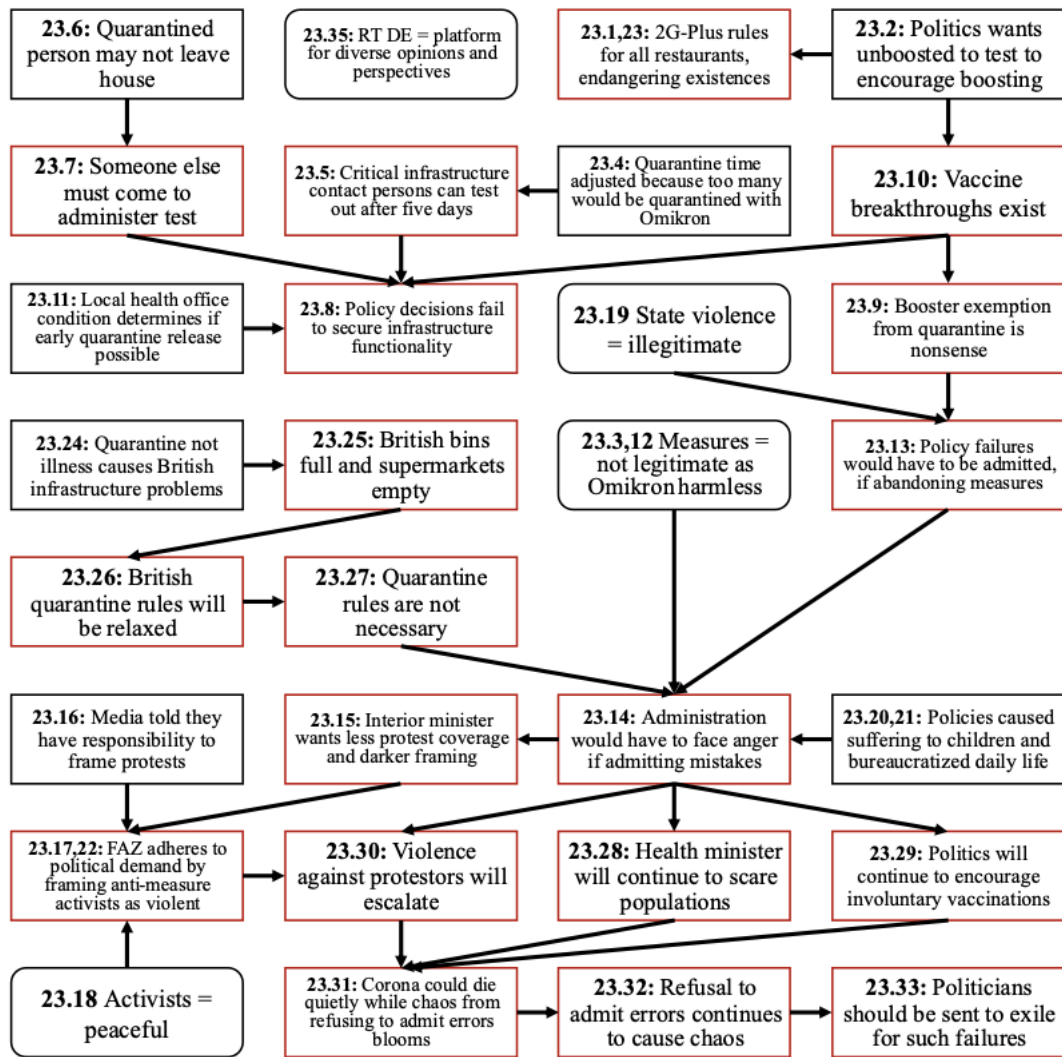
Tab. 1: Codierungsmatrix. *Quelle: Eigene Arbeit*

Artikel	Kausalbez.	Properties	Artikel	Kausalbez.	Properties
18-04-21_2	19	23	17-10-21_1	5	7
18-04-21_3	7	9	17-10-21_4	24	13
18-04-21_5	6	8	31-10-21_1	11	9
02-05-21_1	9	11	31-10-21_5	11	11
02-05-21_4	17	10	14-11-21_4	8	7
16-05-21_3	6	13	28-11-21_1	23	13
16-05-21_5	7	10	12-12-21_2	11	6
30-05-21_2	18	19	09-01-22_3	19	5
11-07-21_2	9	19	09-01-22_4	18	4
25-07-21_3	17	19	23-01-22_4	26	5
22-08-21_5	6	6	06-03-22_3	24	10
03-10-21_2	8	8	06-03-22_5	9	3
Gesamt				318	257

Tab. 2: Analyisierte Artikel und Ergebnisvolumen. *Quelle: Eigene Arbeit*

Schema	Kausalattributionen
Media Manipulation ↓ False Representation of Reality	50, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 100, 103, 106, 108, 110, 111, 112, 113, 114, 115, 200, 201, 203, 219, 220, 279, 280, 293, 295, 296, 297, 310, 311, 313, 314, 316, 317, 318
Coercive Measures ↓ Societal Division	11, 12, 13, 66, 67, 68, 69, 70, 71, 81, 82, 83, 84, 85, 86, 88, 90, 92, 93, 94, 96, 98, 122, 129, 159, 160, 161, 162, 163, 164, 165, 166, 167, 168, 169, 194, 195, 197, 198, 202, 208, 209, 210, 211
Data Manipulation ↓ Justified Harmful Policy	3, 123, 124, 125, 127, 128, 130, 131, 132, 133, 134, 213, 215, 216, 217, 222, 267, 268, 269, 270, 271, 272, 273, 274, 275, 276, 277, 278, 281, 282, 283, 284, 285
Leveraged Scientific Authority ↓ Manufactured Consent	4, 5, 6, 59, 60, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 67, 68, 69, 71, 122, 123, 124, 125, 126, 127, 128, 212, 213, 214, 215, 216, 217, 221, 222
Elite Disconnection ↓ Policy Harm	7, 8, 9, 10, 11, 12, 13, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 189, 190, 191, 192, 193, 195, 196, 198, 199, 207, 286, 287, 288, 289
Exercising Resistance ↓ Delegitimization	99, 100, 101, 102, 103, 104, 105, 106, 107, 108, 109, 110, 112, 114, 178, 179, 180, 200, 201, 202, 203, 204

Tab. 3: Identifizierte Schemata. *Quelle: Eigene Arbeit*



- Direktionale Kausalbeziehung
- Property-Element
- Endpunkt einer individuellen Kausalbeziehung

Die narrativen Elemente wurden anhand der argumentativen Struktur der untersuchten Artikel verbunden. Jedes Element erhielt einen individuellen Identifikator (z.B. 23.1), um die Rückverfolgbarkeit meiner Analyse zu gewährleisten. Die abgebildeten Texte stellen englischsprachige Zusammenfassungen der deutschen Originalzitate dar.

Bild 1: Beispielhafte Darstellung von Argumentationsketten. *Quelle: Eigene Arbeit*

Kriegsberichterstattung aus Publikumssicht Einstellungen zu kriegs- vs. friedensjournalistischer Berichterstattung

Julissa Naemi Götz, Universität Hohenheim

1. Einleitung / Thema

Krieg als Nachrichtenthema scheint im Zuge der geopolitischen Entwicklungen der letzten Jahre omnipräsent. Wie *gute* Kriegsberichterstattung (KBE) aussehen kann, versucht das Konzept des *Friedensjournalismus* zu beantworten (Bilke, 2008), welcher sich an Frieden und Menschen orientiert und damit ein Gegenstück zum Kriegsjournalismus darstellt, der auf den Sieg einer Partei hinauswill (Bilke, 2008; Galtung, 1998, 2003). Der Ansatz des Friedensjournalismus weist konzeptuelle Diskussionen auf und Studien zu seiner Wirksamkeit und Wahrnehmung sind bisher unterrepräsentiert (Doll & Moy, 2022). Besonders eine Perspektive bleibt aus: Was will das Publikum?

Die lange Forschungstradition zu Kriegsberichterstattung, welche bisher hauptsächlich aus Inhalts- und Fallanalysen bestand (Bilke, 2008; Eilders & Hagen, 2005; Löffelholz, 2004) wird daher in dieser Arbeit durch die Publikumsperspektive ergänzt. Daraus ergibt sich die übergeordnete Forschungsfrage: **Welche Meinungen zu und Erwartungen an die Kriegsberichterstattung gibt es und wie wird Friedensjournalismus vom Publikum bewertet?**

Die Arbeit fokussiert sich auf Galtungs (1998) Verständnis des Friedensjournalismus (vgl. Tabelle 1), diskutiert jedoch auch andere Definitionen (z.B. Kempf, 2003; McGoldrick & Lynch, 2000; Bilke, 2008).

Zur Beantwortung der leitenden Forschungsfrage wurden Unterforschungsfragen aufgestellt:

- 1) Unterscheidet sich die Bewertung eines Textes über einen fiktiven Krieg danach, ob kriegs- oder friedensjournalistisch berichtet wird?*
- 2) Wie wichtig finden die Studienteilnehmenden die einzelnen Bestandteile von Kriegs- versus Friedensjournalismus?*

3) Was ist die Meinung der Teilnehmenden zu aktueller Kriegsberichterstattung?

2. Methodische Vorgehensweise

Bei der Studie handelt es sich um eine Primäranalyse von Daten, die in einer standardisierten Online-Befragung mit SoSci Survey im Sommer 2025 erhoben wurden. Dabei wurde hauptsächlich quantitativ (mit Ausnahme offener Fragen, welche qualitativ ausgewertet wurden) in einem Querschnittsdesign erhoben und ein experimentelles Element angewandt.

Eines der Ziele war es, die Meinung zu KBE erforschen. Diese abhängige Variable wurde in zwei Teilen analysiert: die Erwartungen an die KBE (nicht experimentell) und die Bewertung von KBE je nach Berichterstattungsmodus (KJ oder FJ, experimentell).

Im experimentellen Teil der Studie wurden die Proband*innen randomisiert in zwei Experimentalgruppen aufgeteilt, um jeweils einen Text zu bewerten, womit ein Between-Subject-Design in einem einfaktoriellen Design (Modus der Kriegsberichterstattung) mit zwei Stufen (KJ oder FJ) vorlag. Eine Gruppe las einen Text, der friedensjournalistisch geschrieben war, und eine Gruppe las einen kriegsjournalistischen Text (vgl. Abbildung 4 & 5). Dieser Text sollte dann hinsichtlich verschiedener Kriterien bewertet werden. Die Texte behandelten einen fiktiven Konflikt um Voreinstellungen zum Thema zu umgehen. Damit sollte die Unterforschungsfrage 1 beantwortet werden.

Darauf folgte eine einfache Befragung, um die restlichen Unter-Forschungsfragen zu untersuchen. Zunächst sollten die Teilnehmenden die einzelnen Bestandteile von Kriegs- und Friedensjournalismus nach ihrer Wichtigkeit bewerten (Unterforschungsfrage 2, vgl. Abbildung 2). Diese wurden unter anderem abgeleitet aus Galtungs (1998) Definition des Friedensjournalismus (vgl. Tabelle 1) und aus dem Kodierleitfaden von Lee & Maslog (2005, S. 325–326) welcher auch in vielen weiteren Inhaltsanalysen Verwendung findet (z.B. Fahmy & Eakin, 2014; Garud-Patkar, 2017). Aus den Antworten wurden mithilfe einer explorativen Faktoranalyse Dimensionen der Erwartungen an die Kriegsberichterstattung abgeleitet (vgl. Tabelle 3 Anhang).

Die Meinung der Befragten zu aktueller Kriegsberichterstattung (Unterforschungsfrage 3) wurde mithilfe einer offenen Antwortoption im Fragebogen ermittelt. Diese wurden qualitativ ausgewertet und ein Kategoriensystem am Material gebildet (vgl. Abbildung 3).

3. Ergebnisse

FF1: Innerhalb der Stichprobe wurde der FJ-Text bevorzugt. Er wird im Schnitt als seriöser, berührender, anschaulicher, glaubwürdiger, verständlicher, ausgewogener und eher als „gut gemacht“ angesehen als der KJ-Text. Auch in fast allen anderen Bewertungen wird der FJ-Text mindestens gleich bewertet. Einzig die Relevanz wird beim KJ-Text im Schnitt höher bewertet (vgl. Abbildung 1).

FF2: Die Erwartungen an die Kriegsberichterstattung wurden erhoben, indem die abstrakten Bestandteile des FJ und KJ von den Befragten auf Wichtigkeit bewertet wurden. Von den 19 Items wurden 15 mehrheitlich als wichtig eingeordnet. Das zeigt, dass die Teilnehmenden viele und vielseitige Erwartungen an die KBE hatten. Im Schnitt wird eine leichte Präferenz für die FJ-Bestandteile deutlich. Jedoch sind auch vier von acht KJ-Items unter den am höchsten bewerteten. Die einzigen zwei Items, die mehrheitlich als unwichtig eingeordnet werden, sind die KJ-Bestandteile der Simplifizierung auf zwei verfeindete Kriegsparteien und die Parteilichkeit. Diese Erkenntnisse zeigen deutlich: Die Teilnehmenden wünschen sich viele verschiedene Perspektiven – und zwar nicht vereinfacht und nicht parteiisch.

Aus den hohen Zustimmungswerten zu FJ- **und** KJ-Praktiken kann man jedoch ableiten, dass die dichotome Zuordnung dieser Bestandteile zum Kriegs- **oder** Friedensjournalismus die verschiedenen Erwartungen an die Kriegsberichterstattung nicht realitätsgetreu abbildet. Aufgrund dessen wurde eine Faktorenanalyse durchgeführt, die die Erwartungen auf fünf Dimensionen reduzierte und aus welchen in zukünftigen Studien ein Messinstrument erstellt werden kann, um die Erwartungen an KBE weiter zu untersuchen.

FF3: Aus der Analyse der offenen Antworteingaben ergaben sich mehrere Erkenntnisse: Deutlich wird hierbei der Wunsch nach Unparteilichkeit und die Kritik an einseitiger Berichterstattung. Die

Befragten wünschen sich außerdem Analysen zur Vorgeschichte eines Konflikts und Perspektiven von Betroffenen. Es wird auch Misstrauen gegenüber den Medien und der KBE generell deutlich.

4. Diskussion

Kombiniert man die Erkenntnisse, lassen sich zentrale Thesen über die Publikumserwartungen an die Kriegsberichterstattung und die Wahrnehmung von Friedensjournalismus aufstellen.

Bei der Bewertung eines Textes über einen fiktiven Konflikt, schneidet der FJ-Text in beinahe jeder Hinsicht besser oder mindestens genauso gut ab, wie der KJ-Text.

- Die Befragten haben vielseitige Erwartungen an die KBE.
- Viele dieser Erwartungen lassen sich dem FJ zuordnen, einige jedoch auch dem KJ.
- Der Wunsch nach Unparteilichkeit und Neutralität wird sowohl als abstrakte Erwartung (FF2) als auch bei der Bewertung aktueller KBE (FF3) deutlich.
- Befragte wünschen sich Analysen unter Einbezug verschiedener Perspektiven, Hintergründe, Akteure und Auswirkungen, sowie aktuelle Berichterstattung. Dies wird ebenso aus FF2 und FF3 deutlich.
- Wie aus FF2 und einigen Antworten der FF3 deutlich wird, wünscht sich ein Großteil der Befragten eine Friedens- bzw. Lösungsorientierung in der KBE.

Die Studie kann vor allem kritisiert werden, da sie mit einer willkürlich gezogenen Stichprobe arbeitet, weshalb die Ergebnisse nicht verallgemeinerbar oder repräsentativ für die Bevölkerung sind. Auch die Durchführung als Online-Experiment und die Thematisierung eines fiktiven Konflikts in den Texten der Experimentalgruppen kann hinsichtlich externer Validität bemängelt werden. Außerdem beruhen alle Angaben nur auf Selbstauskunft der Befragten. Künftige Forschung könnte hier also weitere Methoden anwenden, z.B. Daten mit Nutzungsdaten kombinieren. Gute Bewertungen für Friedensjournalismus bedeuten schließlich nicht automatisch, dass er auch konsumiert würde.

Einzelne Befragte gaben an, sie würden bei der Ukraine-KBE eine gewisse Parteilichkeit wahrnehmen, hätten jedoch nichts dagegen, da es ihrer Meinung entspreche. Das bringt eine Frage mit sich: Was verstehen die Befragten unter Neutralität oder Unparteilichkeit? Dieser Frage könnte künftige Forschung nachgehen.

Literatur (Ausschnitt)

- Bilke, N. (2008). Qualität in der Krisen- und Kriegsberichterstattung: Ein Modell für einen konfliktensensitiven Journalismus (1. Aufl.). VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Doll, M. E., & Moy, P. (2022). Mapping Peace Journalism: Toward a Shared Understanding of Success. *Journalism Studies*, 23(2), 263–280. <https://doi.org/10.1080/1461670X.2021.201779>
- Eilders, C., & Hagen, L. M. (2005). Kriegsberichterstattung als Thema kommunikationswissenschaftlicher Forschung. Ein Überblick zum Forschungsstand und den Beiträgen in diesem Themenheft. *Medien & Kommunikationswissenschaft*, 53(2–3), 205–221. <https://doi.org/10.5771/1615-634x-2005-2-3-205>
- Fahmy, S., & Eakin, B. (2014). High drama on the high seas: Peace versus war journalism framing of an Israeli/Palestinian-related incident. *International Communication Gazette*, 76(1), 86–105. <https://doi.org/10.1177/1748048513504046>
- Galtung, J. (1998). Friedensjournalismus: Was, warum, wer, wie, wann, wo? In W. Kempf & I. Schmidt-Regener (Hrsg.), *Krieg, Nationalismus, Rassismus und die Medien* (S. 3–20). Lit.
- Galtung, J. (2003). Peace Journalism. *Media Asia*, 30(3), 177–180. <https://doi.org/10.1080/01296612.2003.11726720>
- Garud-Patkar, N. (2017). Uprising to Proxy War: How Time and Newsweek Framed the Syrian Conflict (2011-2016) from War versus Peace Journalism Perspectives. *Journal of Magazine Media*, 18(1). <https://doi.org/10.1353/jmm.2017.0004>
- Kempf, W. (with Annabring, U., Hamdorf, D., & Jaeger, S.). (2003). *Constructive Conflict Coverage: A Social Psychological Approach* (Austrian Study Center for Peace and Conflict Resolution, Hrsg.; Bd. 1). Regener. <https://kops.uni-konstanz.de/entities/publication/f3bc8e3b-0dd7-4965-9709-50a1842387b2>

Lee, S. T., & Maslog, C. C. (2005). War or Peace Journalism? Asian Newspaper Coverage of Conflicts. *Journal of Communication*, 55(2), 311–329. <https://doi.org/10.1111/j.1460-2466.2005.tb02674.x>

Löffelholz, M. (2004). Krisen- und Kriegskommunikation als Forschungsfeld. In M. Löffelholz (Hrsg.), *Krieg als Medienereignis II: Krisenkommunikation im 21. Jahrhundert*. VS Verlag für Sozialwissenschaften. <https://doi.org/10.1007/978-3-322-90833-9>

McGoldrick, A., & Lynch, J. (2000). *PEACE JOURNALISM: WHAT IS IT? HOW TO DO IT? Reporting the World*.

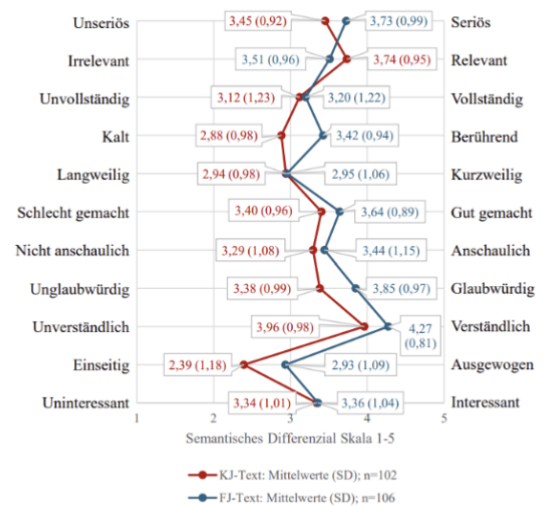
Anhang

Tabelle 1
Friedens- versus Kriegsjournalismus nach Galtung

Friedensjournalismus	Kriegsjournalismus
1. Friedens- / Konfliktorientiert - Erforschung der Konfliktenstehung; x Parteien, y Ziele, z Themen; „Win-Win“-Orientierung - Offener Raum/Zeit; Ursachen und Ergebnisse überall, auch in Geschichte/Kultur - Ziele: Transparenz der Konflikte, allen Parteien Stimme geben, Empathie - Konflikt = Problem, Fokus Konfliktkreativität - Humanisierung aller Seiten - Proaktiv, präventiv: berichten bevor Gewalt entsteht - Fokus: unsichtbare Auswirkungen von Gewalt (Trauma, Schäden an Kultur)	1. Kriegs- / Gewaltorientiert - Beschreibt Konfliktarena: 2 Parteien, 1 Ziel (Sieg); „Nullsummenorientierung“ - Geschlossener Raum/Zeit; Ursachen und Ausgänge in Arena, wer warf ersten Stein - Kriege intransparent/geheim machen - „Wir gegen Sie“-Journalismus, Propaganda - „Sie“ = Problem, Fokus wer im Krieg siegt - Dehumanisierung der „anderen“ Seite - Reaktiv: Warten auf Gewalt, dann berichten - Fokus: nur sichtbare Auswirkungen der Gewalt (Tote, Verwundete und materielle Schäden)
2. Wahrheitsorientiert - Entlarvt Unwahrheiten/Vertuschung aller Seiten	2. Propagandaorientiert - Entlarvt Unwahrheiten einer gegnerischen Seite - Vertuscht Lügen der anderen („unserer“) Seite
3. Menschenorientiert - Fokus auf Leiden aller (Frauen, Alte, Kinder), Stimmlosen eine Stimme geben - Benennt alle, die Unrecht tun - Betont Friedenstendenzen in Bevölkerung	3. Eliteorientiert - Fokussierung auf „unser“ Leiden und das der männlichen Eliten, als deren Sprachrohr fungieren - Benennt nur Übeltäter der gegnerischen Seite - Fokus auf Eliten-Friedensstifter
4. Lösungsorientiert - Frieden = Gewaltlosigkeit + Kreativität - Friedensinitiativen zeigen (weitere Kriege verhindern) - Fokus auf Struktur, Kultur, friedliche Gesellschaft - Nachkriegsphase berichten, z.B. Wiederaufbau	4. Siegorientiert - Frieden = Sieg + Waffenstillstand - Friedensinitiative verschleiern bevor Sieg nahe ist - Fokus auf Vertrag, kontrollierte Gesellschaft - Nach Krieg nicht mehr berichten, erst wieder wenn Gewalt

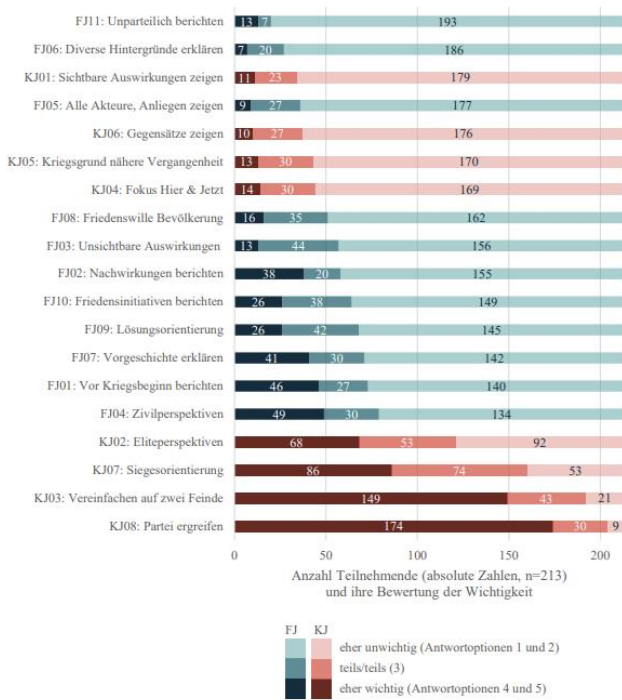
Quelle: eigene Darstellung nach Galtung, 1998, S. 7, 2003, S. 178

Abbildung 1 Bewertung des FJ- und KJ-Texts (FFI)



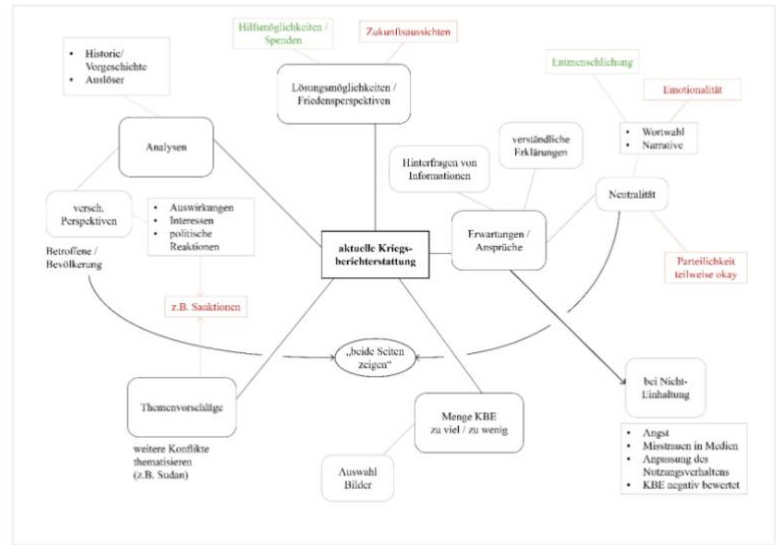
Anmerkung. Abgebildete Werte sind Mittelwerte, Standardabweichungen stehen in Klammern. Gesamtstichprobe n=208. Frage im Fragebogen: „Bitte bewerten Sie den Text auf der folgenden Skala: Ich finde den Text eher...“ Quelle: eigene Erhebung.

Abbildung 2
Wichtigkeit von Elementen des Friedens- und Kriegsjournalismus (FF2)



Anmerkung. Friedensjournalismus-Bestandteile in blau, Kriegsjournalismus-Bestandteile in rot. Ursprüngliche Skala endpunktbeschriftet von 1=unwichtig bis 5=extrem wichtig. Skaleneckpunkte (1&2, 4&5) jeweils kumuliert. Frage im Fragebogen: „Bei der Kriegsberichterstattung können unterschiedliche Praktiken und Methoden zum Einsatz kommen. Bitte sagen Sie mir, wie wichtig die folgenden Dinge für Journalisten in ihrer Arbeit bei der Kriegsberichterstattung sein sollten.“ Quelle: eigene Erhebung.

Abbildung 3
Kategoriensystem für offene Antwort-Auswertung (FF3)



Anmerkung. rote Einträge = spezifisch für Ukraine-KBE; grüne Einträge = spezifisch für Nahost-KBE. Kategoriensystem als Codebuch verwendet. Quelle: eigene Darstellung, eigene Erhebung.

Tabelle 3
Dimensionen der Erwartungen an die Kriegsberichterstattung (FF2)

Faktoren	Items
Dimension 1 „Multiperspektivische Analyse“	Über einen Konflikt bereits berichten, bevor Gewalt ausbricht (FJ01)
	Nach Kriegsende über die Nachwirkungen des Krieges und den Wiederaufbau berichten (FJ02)
	Perspektiven und Zitate von betroffenen Privatpersonen in Berichterstattung aufnehmen, die sonst vllt. keine Stimme bekämen (z.B. Angehörige im Kriegsgebiet) (FJ04)
	Über die Hintergründe des Krieges berichten und dabei verschiedene Gesichtspunkte betrachten, z.B. mit der Frage: Was sind die kulturellen, wirtschaftlichen, politischen Faktoren, die zum Krieg beitragen? (FJ06)
	Den Grund für den Krieg in der weiteren Vergangenheit suchen, z.B. mit der Frage: Was ist die Vorgeschichte des Krieges? (FJ07)
	Perspektiven und Zitate von Elitepersonen in die Berichterstattung aufnehmen (z.B. Militäroffiziere, Regierungspersonal) (KJ02)
	Über unsichtbare Auswirkungen des Krieges berichten (z.B. Schäden an Kultur oder Gesellschaft, emotionale Traumata) (FJ03)
	Über alle relevanten Akteure berichten, die vom Konflikt betroffen sind, sowie ihre Interessen und Anliegen (FJ05)
Dimension 2 „Friedensorientierung“	Friedenswille in der Bevölkerung aufzeigen (z.B. Kompromissbereitschaft oder Gemeinsamkeiten der betroffenen Parteien, die zu einer Lösung beitragen könnten) (FJ08)
	Aufzeigen, inwiefern der Konflikt durch gewaltfreie Zusammenarbeit der Konfliktparteien gelöst werden kann (FJ09)
	Über mögliche Lösungsvorschläge und Friedensinitiativen berichten, von denen alle Betroffenen möglichst profitieren können (FJ10)
Dimension 3 „Unparteilichkeit“	Unparteilich berichten (FJ11)
	Partei ergreifen für eine Seite (KJ08) (Ablehnung des Items)
Dimension 4 „Aktualität“	Über sichtbare Auswirkungen des Krieges berichten (z.B. Zahl der Toten, materielle Schäden) (KJ01)
	Über aktuelle Kriegsereignisse berichten mit einem Fokus auf das „Hier und Jetzt“ (KJ04)
	Den Grund für den Kriegsausbruch in der näheren Vergangenheit suchen, z.B. mit den Fragen: Warum ist ein Konflikt wieder entfach? Wer hat wen angegriffen? (KJ05)
Dimension 5 „Dichotomisierung“	Den Krieg vereinfachen und als zwei Parteien darstellen, die sich verfeindet gegenüberstehen (KJ03)
	Aufzeigen, inwiefern der Konflikt durch den Sieg einer Partei über die andere gelöst werden kann (KJ07)
	Gegensätze zwischen den Kriegsparteien aufzeigen (z.B. entgegenstehende Ideologien und Überzeugungen, die einer Lösung im Weg stehen könnten) (KJ06)

Abbildung 4
Stimulus-Text: Friedensjournalismus

Nachrichten

Die leisen Schreie von Kordia: Das unsichtbare Leid nach der Eroberung von Kordia City

Kordia, 20. Juli 2024 – Die Eroberung von Kordia City durch die Truppen Salarias markiert einen weiteren dunklen Tag in einem langwierigen Konflikt, der tiefe Wunden in der Gesellschaft und der Kultur der Region hinterlässt. Bereits 2022 griff Salaria das Nachbarland Kordaga an, um die Kontrolle über die strategisch wichtige Region Kordia zu erlangen. Die Kordianer, eine ethnische Minderheit in dieser Region, kämpfen seit langem für die Schaffung eines eigenen Staates.

Während die offiziellen Berichte von den Verlusten auf beiden Seiten sprechen, bleibt das Leid der Zivilbevölkerung oft unsichtbar. „Es fühlt sich an, als hätten wir unsere Seelen verloren“, sagt Karla, eine Lehrerin, deren Schule bei den Bombardierungen zerstört wurde. „Es ist nicht nur das Gebäude, es sind die Hoffnungen der Kinder, die in Trümmern liegen.“ Neben Wohnhäusern wurden auch wichtige kulturelle Stätten zerstört. „Unser Theater war ein Symbol kulturellen Stolzes“, erklärt der Historiker Dr. Jonas Kier. „Damit ist ein Stück unserer Identität verloren gegangen.“

Die Kordianer sind laut eigenen Angaben seit Generationen der Diskriminierung in Kordaga ausgesetzt. In den 1980er Jahren begannen die Kordianer, für die Schaffung eines eigenen Landes zu kämpfen. Trotz kurzer Friedensperioden und gescheiterten Verhandlungen brachen 2022 erneut heftige Kämpfe aus, als Salaria Kordaga angriff. Salaria befeuerte damit die bestehenden Spannungen zwischen den Kordianern und der kordagischen Regierung. Dies verstärkte die ohnehin schwierige Lage der Kordianer, die unter den Kampfhandlungen leiden.



Dennoch gibt es Hoffnungszeichen durch internationale Friedensinitiativen. Die „Internationale Friedensallianz“, unterstützt von der UNO, hat sich zum Ziel gesetzt, Salaria und Kordaga an den Verhandlungstisch zu bringen. „Unsere Mission ist es, einen langfristigen Frieden zu ermöglichen“, erklärt eine UN-Sonderbeauftragte. Die Allianz will Verhandlungen in neutralem Gebiet organisieren, um einen Waffenstillstand zu erreichen und langfristige Vereinbarungen zu treffen. Daran sollen nicht nur Vertreter von Salaria und Kordaga sondern auch der Kordianer teilnehmen. „Wir arbeiten daran, Kompromisse zu finden, die die Interessen aller Seiten berücksichtigen“, fügt sie hinzu.

Die Hoffnung auf eine dauerhafte Lösung des Konflikts durch Diplomatie ist jedoch abhängig von der Gesprächsbereitschaft der Parteien. Bis dahin dürfte die Situation angespannt bleiben – und das Leid der Zivilbevölkerung weitergehen.

Abbildung 5
Stimulus-Text: Kriegsjournalismus

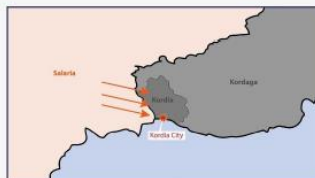
Nachrichten

Schockwelle der Zerstörung: Die brutale Eroberung von Kordia City durch Salaria

Kordia, 20. Juli 2024 – Salarische Truppen haben Kordia City nach einem erbitterten Kampf eingenommen und in Trümmer gelegt. Der Angriff, der vor wenigen Wochen begann, markiert einen Höhepunkt im seit 2022 eskalierenden Konflikt zwischen Salaria und Kordaga.

Die Offensive begann mit einer massiven Bombardierung, die große Teile von Kordia City zerstörte. Mehr als 5.000 Menschen wurden getötet, Tausende weitere sind verletzt oder obdachlos. „Die Zerstörung hier ist absolut verheerend“, berichtet General Kortus von der Kordagischen Armee. „Das war ein barbarischer und skrupelloser Angriff.“

Die aggressive Expansion Salarias zielt darauf ab, die strategisch wichtige Region Kordias zu kontrollieren und Kordaga zu schwächen. Die Ministerpräsidentin von Kordaga erklärt: „Salaria will seine imperialistischen Ambitionen auf Kosten der Freiheit und Unabhängigkeit anderer Nationen durchsetzen.“ Salaria nutze dabei die bestehenden Spannungen zwischen den Kordianern und der kordagischen Regierung schamlos aus, um die Kontrolle über Kordia zu übernehmen und ihre strategischen Interessen zu sichern. „Salaria hat die inneren Konflikte in unserer Region manipuliert und die Kordianer ermutigt, gegen die kordagische Regierung zu agitieren, um einen Vorwand für ihre militärische Intervention zu schaffen“, so die Ministerpräsidentin. „Sie benutzen die Kordianer, um ihre imperialistischen Ziele zu erreichen.“



Der Konflikt verschärft sich zunehmend und Verhandlungen über einen Waffenstillstand sind derzeit in der Schwebe. Ein hochrangiger Vertreter der Kordagischen Armee sagt: „Die Salarische Armee zeigt keinerlei Interesse an einem friedlichen Dialog.“ Die ideologischen Gegensätze zwischen Salaria und Kordaga könnten nicht größer sein. Während Kordaga für Freiheit und Selbstbestimmung kämpft, verfolgt Salaria eine autoritäre, expansionistische Politik. „Salaria will eine Welt der Unterdrückung“, so die kordagische Ministerpräsidentin. „Kordaga kämpft für Demokratie und Menschenrechte.“

Der Angriff wirft dunkle Schatten auf die Aussichten auf Frieden. „Die Zerstörung von Kordia City zeigt das wahre Gesicht Salarias“, warnt die Außenministerin von Kordaga und fordert: „Diese Aggression darf nicht ungestraft bleiben.“ Internationale Organisationen fordern unterdessen dringend humanitäre Hilfe für die betroffenen Gebiete. Die einzige Lösung für diesen Konflikt scheint ein eindeutiger Sieg Kordagas zu sein, um die Tyrannei Salarias zu beenden. „Es gibt keinen Platz für Verhandlungen mit einem Aggressor, der nur Zerstörung und Leid bringt“, so die Ministerpräsidentin. „Kordaga muss siegen, um den Frieden und die Freiheit in der Region wiederherzustellen.“

7: POLITIK IM DIALOG

Response: Prof. Dr. Ricarda Driieke

Das WIR in politischen Reden: Eine kontrastive Untersuchung der Neujahrsansprachen deutscher Bundeskanzler:innen und koreanischer Staatspräsident:innen

Boram Cho, Universität Hamburg

1. Einleitung / Thema

Politische Neujahrsansprachen stellen eine hoch ritualisierte Form öffentlicher Kommunikation dar, in der Spitzenpolitiker:innen regelmäßig die gesamte Bevölkerung adressieren und kollektive Erfahrungs-, Gefühls- und Verantwortungsräume sprachlich herstellen. Obwohl dieses Format formal monologisch ist (Imo/Lanwer 2019: 11f.), entfaltet es funktional eine „symbolische Interaktivität“: Sprecher:innen beziehen sich auf geteilte Werte, antizipieren Reaktionen und konstruieren eine imaginierte kommunikative Gemeinschaft (Anderson 1983).

Eine zentrale Ressource dieser symbolischen Interaktivität bildet das Pronomen der ersten Person Plural - im Deutschen *wir* und im Koreanischen *우리* (u-ri). In politischen Reden dient das WIR³ nicht nur der referentiellen Selbstverortung, sondern auch der Konstruktion kollektiver Zugehörigkeit, der Legitimation politischen Handelns und der strategischen Positionierung zwischen Führung und Einbindung. Bedeutung des WIR ist dabei weder semantisch eindeutig noch referentiell stabil, sondern kontextabhängig und funktional variabel.

Die vorliegende Untersuchung analysiert den WIR-Gebrauch in deutschen und koreanischen Neujahrsansprachen aus politolinguistischer Perspektive und fragt danach, wie über dieses Pronomen soziale Beziehungen, Rollenpositionen und Verantwortungszuschreibungen hergestellt

³ In diesem Abstract steht 'WIR' als Sammelbegriff für das Pronomen der ersten Person Plural im Deutschen 'wir' und im Koreanischen '우리' (u-ri). Wenn nur eine Sprache gemeint ist, wird dies explizit angegeben.

werden. Im Zentrum stehen vier Leitfragen: 1) Wie entsteht symbolische Interaktivität in einem monologischen Format durch den WIR-Gebrauch? 2) Wie konstruieren Sprecher:innen soziale Beziehungen und Positionierungen? 3) Welche sprachlichen Mittel tragen zur Reduktion referentieller Ambiguität bei? und 4) Inwiefern lassen sich über die inklusiv/exklusiv-Unterscheidung hinausgehende Gebrauchstypen identifizieren, die zur Erweiterung politolinguistischer Clusivity-Analysen beitragen? Analytisch wird das WIR als indexikalische Referenzpraxis verstanden, die soziale Rollen, institutionelle Positionen und kommunikative Ausrichtungen markiert (vgl. Silverstein 2003; Günthner 2021: 197f.) und politische Kommunikation als spezifische Form symbolischer Interaktion sichtbar macht.

2. Methodische Vorgehensweise

Die Untersuchung basiert auf einer qualitativ-interpretativen, kontrastiven Analyse politischer Neujahrsansprachen deutscher Bundeskanzler:innen und koreanischer Staatspräsident:innen. Analysiert wird ein bereits weitgehend ausgewerteter Teilkorpus aus den Jahren 1999-2003 (Deutschland: Gerhard Schröder; Südkorea: Kim Dae-jung), der als Vergleichsfenster für die Entwicklung und Überprüfung der Analysekategorien dient. Ausgangspunkt der Analyse sind konkret belegte WIR-Instanzen, deren referentielle Lesarten, soziale Positionierungen und Disambiguierungsstrategien jeweils im unmittelbaren textuellen Kontext rekonstruiert werden.

Analytisch folgt die Untersuchung einem mehrschichtigen Zugriff (Diskurs – Text – Satz – Wort) (vgl. Spitzmüller/Warnke 2011: 27f.), der Referenzpraktiken nicht isoliert, sondern in ihrem Zusammenspiel mit gattungsbezogenen Strukturen, sozialen Positionierungen und grammatischen Ressourcen erfasst. Auf Diskursebene werden Gattungsrahmen und institutionelle Rollen berücksichtigt (vgl. Günthner 1995; Günthner/Knoblauch 1996; Imo 2013), auf Textebene soziale und modale Positionierungen (vgl. Du Bois 2007; Spitzmüller 2013), auf Satzebene grammatische und phraseologische Disambiguierungsstrategien (u.a. Modalverben, Tempus, Appositionen etc.) (vgl. Imo/Hendricks 2023; Mostovaia et al. 2023), und auf Wortebene referentielle sowie „transpersonale Gebrauchsweisen“ (generisches WIR) (vgl. Kitagawa/Lehrer 1990; Burkhardt 2003; Wieczorek 2013; Haid 2023; Günthner 2021).

Die Analyse orientiert sich heuristisch an Prinzipien der Qualitativen Inhaltsanalyse (Mayring 2022; Kuckartz/Rädiker 2024) und wird in einer tabellarischen Kodiermaske dokumentiert, um Vergleichbarkeit zwischen den beiden Sprachen zu gewährleisten. Die Auswertung erfolgt grundsätzlich am Originaltext - für koreanische Daten werden ergänzend morphosyntaktische Annotationen nach *Leipzig Glossing Rules* verwendet, um sprachstrukturelle Unterschiede (z.B. Auslassung des Subjekts, Partikelrealisierung) transparent zu machen.

3. Ergebnisse

Die Analyse der Neujahrsansprachen (1999-2001) von Gerhard Schröder und Kim Dae-jung - beide in Phasen tiefgreifender gesellschaftlicher Transformation - zeigt, dass das WIR als heterogene Referenzform fungiert. Es dient systematisch der Sprecherpositionierung, der Zuschreibung kollektiver Verantwortung sowie der Konstruktion symbolische Zugehörigkeit. Innerhalb einzelner Reden treten funktional differenzierte WIR-Formen auf, deren Referenz und *Clusivity* erst durch kollokative Einbettung, modale Rahmung und den diskursiven Kontext präzisiert werden. Eine Erweiterung des Korpus bis 2003 wird bis zur Präsentation abgeschlossen.

In den deutschen Neujahrsansprachen korreliert der WIR-Gebrauch relativ systematisch mit der Redestruktur: Während im Hauptteil in exekutiv-exklusives WIR zur Fokussierung von Regierungshandeln und Reformvorhaben dominiert, übernehmen inklusive WIR-Formen in Einleitung und Schluss integrative, ritualisierte Funktionen. Demgegenüber weist das koreanische Korpus eine vergleichsweise kontinuierliche symbolische Aufladung WIR auf. Charakteristisch ist eine formelhafte Struktur von *우리* (u-ri) in Nominalgruppen, die nationale Solidarität und Krisenbewältigung adressiert. Neben inklusiven/exklusiven Gebrauchsweisen treten wiederholt transpersonale Verwendungen auf, die über klassische Sprecher-Rezipienten-Konstellationen hinausgehen.

Vergleichend fungiert das WIR in beiden Korpora als zentrales Legitimationsinstrument, folgt jedoch unterschiedliche Rahmenbedingungen: Einer funktionalen Trennung im deutschen Korpus steht eine kontinuierliche Konstruktion symbolischer Gemeinschaft im Koreanischen gegenüber.

Ergänzende prosodische sowie aggregierte Auswertung stützen diese Befunde, indem sie die Dominanz inklusiver Formen bei gleichzeitiger Seltenheit explizit exklusiver Verwendungen belegen (siehe Anhang I bis IV).

4. Diskussion

Die Untersuchung zeigt, dass Neujahrsansprachen als symbolische Interaktion fungieren, in der Selbstverortung sprachlich ausgehandelt wird. Das WIR dient hierbei als flexible Ressource zur Rahmung von Zugehörigkeit und Verantwortung. Kollektive Referenz lässt sich somit nicht auf eine inklusiv/exklusiv-Dichotomie reduzieren: Referentiell offene Gebrauchsweisen erzeugen symbolische WIR-Räume, die überindividuelle Gemeinschaften adressieren und Clusivity-Ansätze um eine gebrauchorientierte Perspektive erweitern.

Der rekonstruktive Ansatz verzichtet auf normativ-kritische CDA-Rahmen und nutzt politische Kontexte als Interpretationsfolie. Dies ermöglicht diachrone Korpuserweiterungen sowie multimodale Analysen prosodischer und visueller Ressourcen.

Literatur und Anhang

Burkhardt, Armin (2003): Das Parlament und seine Sprache: Studie zu Theorie und Geschichte parlamentarischer Kommunikation. Tübingen: Max Niemeyer Verlag.

Günthner, Susanne (2021a): WIR im interaktionalen Gebrauch: Zur Verwendung des Pronomens der 1. Person Plural in der institutionellen Kommunikation - am Beispiel onkologischer Aufklärungsgespräche. In: Zeitschrift für Germanistische Linguistik, 49 (2), 234-292.

Haid, Janett (2023): Pronomengebrauch in Reden zum Internationalen Frauentag von Erich Honecker und Hugo Chávez. Hamburg: Helmut Buske Verlag.

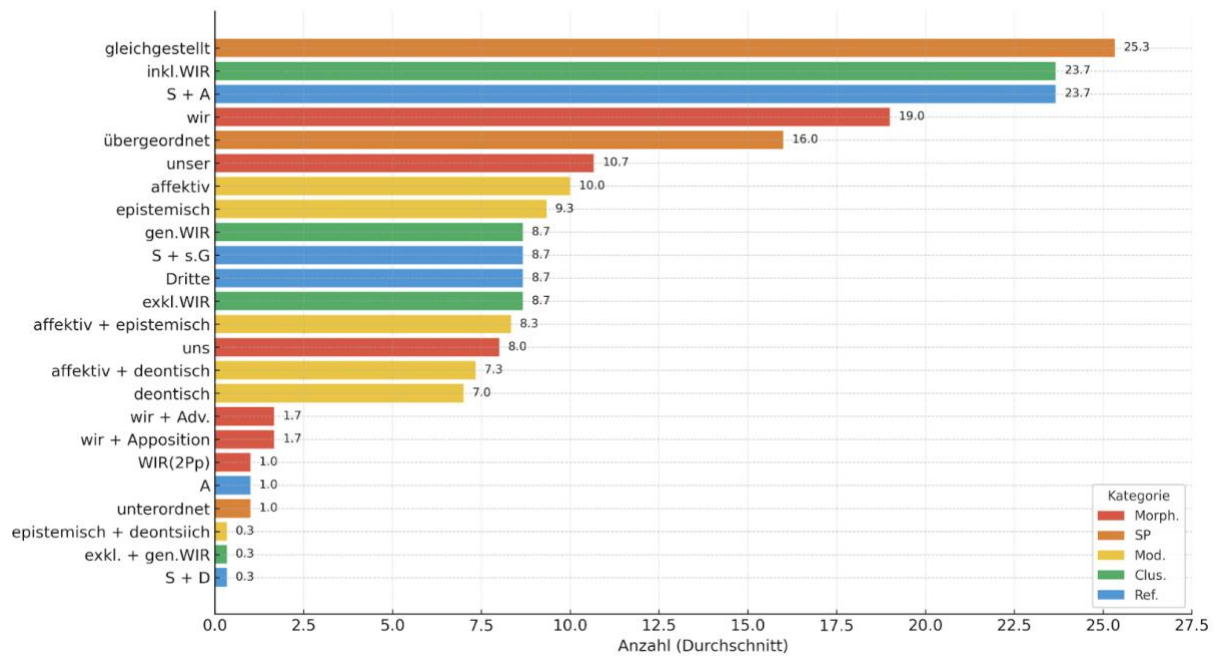
Imo, Wolfgang (2013): Sprache in Interaktion. Analysemethoden und Untersuchungsfelder. Berlin / Boston: De Gruyter.

Imo, Wolfgang/Lanwer, Jens Philipp (2019): Interaktionale Linguistik. Stuttgart: J. B. Metzler Verlag.

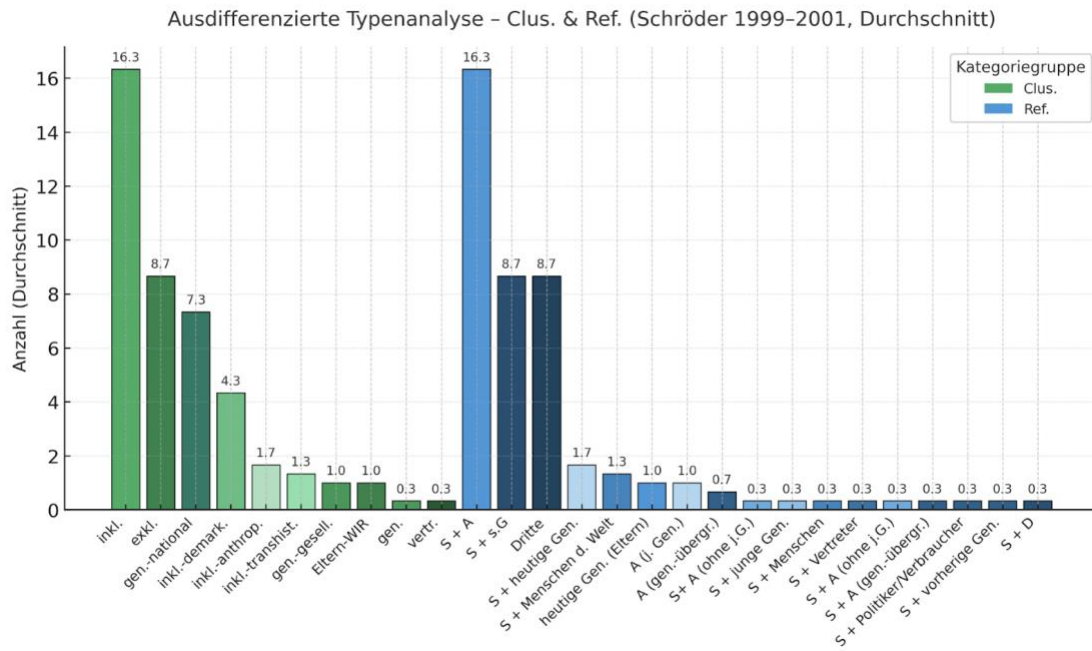
- Kitagawa, Chisato/Lehrer, Adrienne (1990): Impersonal Uses of Personal Pronouns. In: Journal of Pragmatics 5, 739-759.
- Kuckartz, Udo/Rädiker, Stefan (2024): Qualitative Inhaltsanalyse. Methoden, Praxis, Umsetzung mit Software und künstlicher Intelligenz. 6., überarbeitete und erweiterte Auflage. Weinheim / Basel: Beltz Juventa.
- Mayring, Philipp (2022): Qualitative Inhaltsanalyse. Grundlagen und Technik. 13., aktualisierte Auflage. Weinheim: Beltz.
- Mostovaia, Irina/Fedorovskaya, Victoria/Imo, Wolfgang (2023): *Wir beide* und ***Мы с вами*** ('wir mit Ihnen'): Strategien zur Vagheitsreduktion im Gebrauch des Personalpronomens der 1. Person Plural in deutschen und russischen Diagnosemitteilungs- und Therapieplanungsgesprächen. Zeitschrift für germanistische Linguistik, 51 (1), 88-123.
- Silverstein, Michael (2003): Indexical Order and the Dialectics of Sociolinguistics Life. In: Language and Communication 23 (3-4), 193-229.
- Spitzmüller, Jürgen/Warneke, Ingo (2011): Diskurslinguistik. Eine Einführung in Theorien und Methoden der transtextuellen Sprachanalyse. Berlin/Boston: De Gruyter.
- Spitzmüller, Jürgen (2013): Metapragmatik, Indexikalität, soziale Registrierung. Zur diskursiven Konstruktion sprachideologischer Positionen. In: Zeitschrift für Diskursforschung, 1 (3), 263-287.
- Wieczorek, Anna Ewa (2013): Clusivity. A New Approach to Association and Dissociation in Political Discourse. Cambridge Scholars Publishing.

[Anhang I]

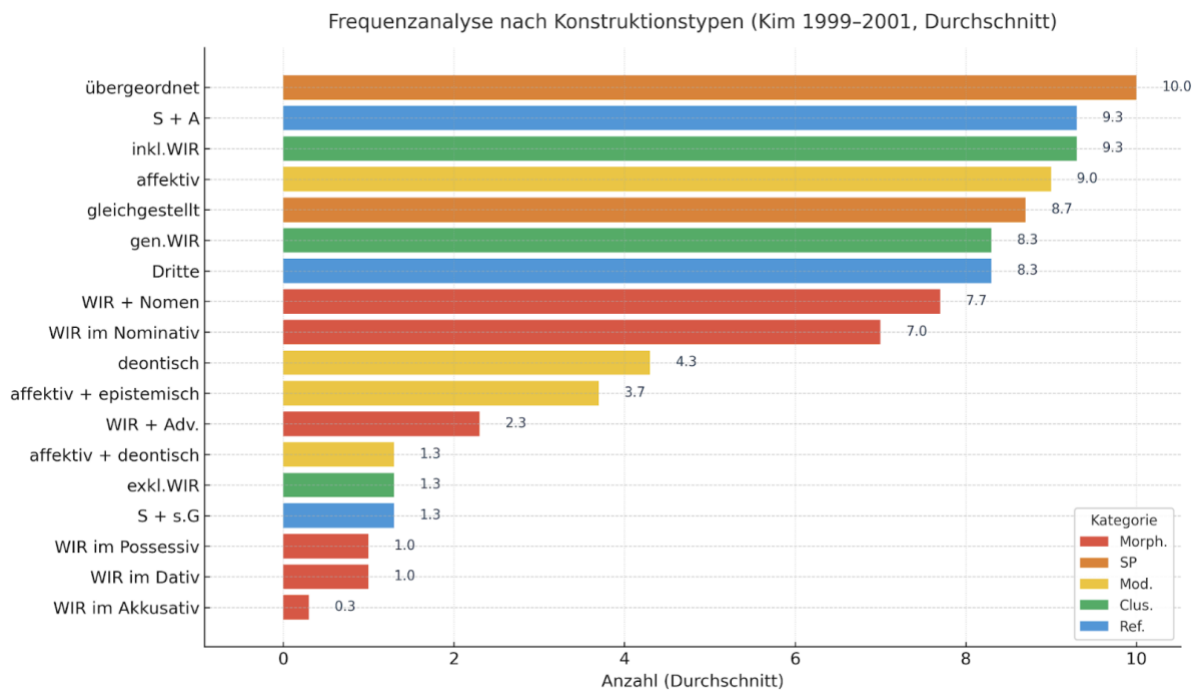
Frequenzanalyse nach Konstruktionstypen (Schröder 1999-2001, Durchschnitt)



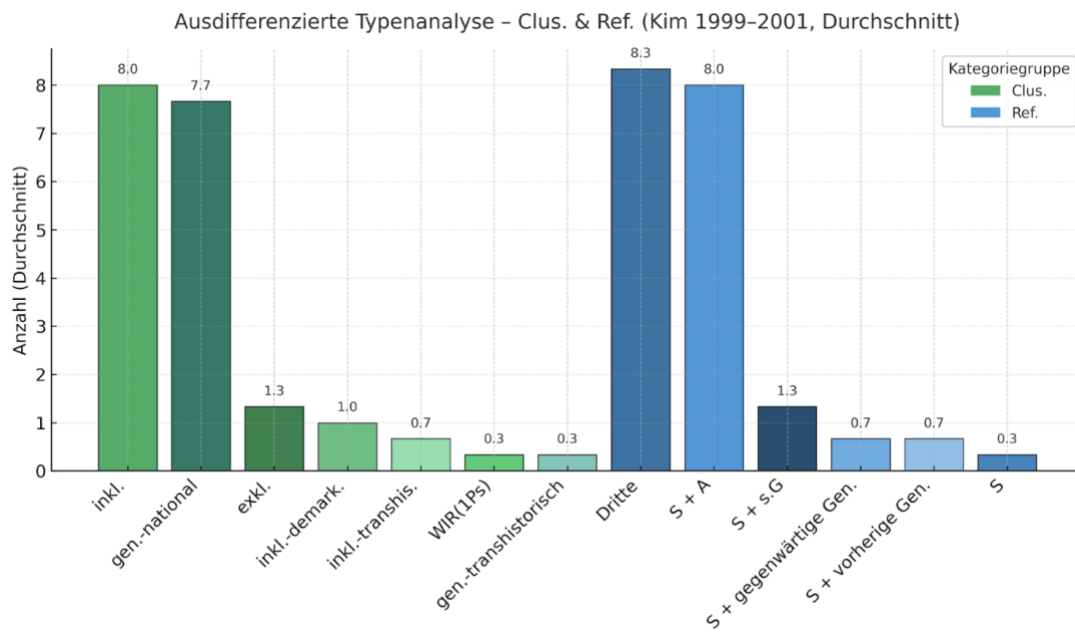
[Anhang II]



[Anhang III]



[Anhang IV]



Miteinander gegeneinander. Interaktion in Plenardebatten Muster interaktiven Handelns als Indikatoren für die kommunikative Darstellung von Bündnissen und Gegnerschaften in Haushaltsdebatten des Deutschen Bundestags von 1999 bis 202

Dr. Annika Geuß, Otto-Friedrich-Universität Bamberg

Das Parlament ist das Herzstück der Demokratie. Im Bundestag werden kollektiv verbindliche Entscheidungen hergestellt, die in der Plenardebatte dargestellt werden, d. h. begründet, kritisiert und so öffentlich legitimiert (vgl. Sarcinelli/Tenscher 2000: 83). Hier treffen konkurrierende Fraktionen aufeinander, die als Opposition bzw. Koalition unterschiedliche Rollen erfüllen und um öffentliche Aufmerksamkeit ringen: Die Opposition kritisiert, die Koalitionsfraktionen rechtfertigen sich (vgl. Patzelt 2012: 54). Das Herausstellen von Unterschieden, die Definition der eigenen politischen Idee und die Abgrenzung zu anderen ist essenziell. Das manifestiert sich in Reden und Reaktionen darauf – in der Interaktion miteinander.

Kommunikation und Interaktion sind Formen sozialen Handelns und Verhaltens, wobei Interaktion als Teilmenge eines weiten, reflexiven Kommunikationsbegriffs verstanden wird (Jäckel 1995): In der Plenardebatte als öffentlicher Situation haben jegliche wahrnehmbare Regungen eine kommunikative Qualität (vgl. Maurer 2016: 7, Schmidt 2018: 26), aber nur wenige Handlungen bzw. Verhaltensweisen erzeugen sequenzielle Interaktionsketten (vgl. Neuberger 2014: 567). Die Annahme des Symbolischen Interaktionismus (Mead 1934, Blumer 1969), dass Individuen ihre Identität durch Rollenwechsel und Interaktion aus der Perspektive der anderen interpretieren („Dialog von Me und I“), gelten auch für Kollektivakteure wie Fraktionen: Individuen, die sich zu Gruppen zusammenschließen, teilen Deutungen („universe of discourse“). Sie entwickeln eine kollektive Identität aus politischen Ideen und Beziehungen („Dialog von We und Us“). Abgeordnete kommunizieren sie als Repräsentanten der Fraktionen. Kollektive Selbst- und Fremdbilder leiten die Interaktion mit anderen Gruppen (Hess 2024, Van Dijk 2010). Soziologische Handlungstheorien wie der Akteurzentrierte Institutionalismus (Scharpf 2000) zeigen, dass

politische Gruppen kollektive Identitäten gegen Bedrohungen verteidigen, indem sie Grenzen zwischen In- und Outgroup definieren (vgl. Schimank 2016: 154). Deshalb ist Interaktion ein Indikator für Beziehungen (vgl. Stegbauer 2011: 133).

Die Demokratietheorie des Agonismus (Mouffe 2014) meint, dass Gesellschaften von Widersprüchen angetrieben sind (Antagonismen). Politik hat die Aufgabe, „Natur des Politischen“ zu zähmen: Der politische Kontrahent ist kein „Feind“, sondern ein legitimer Gegner, der das Recht hat, für seine Position zu streiten (konflikthafter Konsens). Dabei ist nicht Leidenschaft konstruktiv, weil sie Identität stiftet („Wir“ und die „Anderen“). Der Agonismus fordert öffentliche Räume mit Interaktionspotential für die Konfliktaustragung (vgl. Frieß/Gilleßen 2022: 94). Die Plenardebatte bietet das, weil hier Dissens als Vorteil gilt (vgl. Palonen 2021: 254).

Die Plenarprotokolle des Bundestags sind im internationalen Vergleich einzigartig detailliert. Die Parlamentsforschung fokussierte bisher Zwischenrufe und untersuchte aus linguistischer Perspektive Veränderungen in Wortwahl und Argumentationsstil (Burkhardt 2004, Kämper 2019). Untersuchungen zu den Akteurkonstellationen in der Debatte sind selten, verzichten auf qualitative Interpretationen und bearbeiten eher kurze Zeiträume (Maurer/Jost 2020, Vögele/Thoms 2019). Hier setzt die Dissertation mit folgender Forschungsfrage an:

Wie werden Bündnisse und Gegnerschaften von Fraktionen mittels Interaktion in Generaldebatten öffentlich dargestellt und wie verändern sie sich im Zeitverlauf?

Die Generaldebatte während der Haushaltsberatungen ist der Höhepunkt des parlamentarischen Jahres. Um den Einfluss der politischen Rollen auf die Interaktion zu erkennen, wurde ein 25 Debatten umfassender Zeitraum gewählt, in dem sich die Zusammensetzung des Bundestags mehrfach änderte (Debatte 1999 bis Debatte 2023). 426 Reden wurden in MAXQDA mit 52.000 manuellen Codierungen versehen. Eine quantitative Interaktionsanalyse und eine qualitativ-hermeneutische Sequenzanalyse zeigen erstmals Veränderungen der Interaktionsmuster sowie Interpretationen der Bündnisse und Gegnerschaften (Abb. 1).

Die Debatten 1999-2002 (Schröder I) waren von der Konfliktlinie einer rot-grünen Flügelkoalition und eines schwarz-gelben „Oppositionsbündnis“ geprägt. Interfraktionelle Kooperation fand kaum statt, die PDS war als illegitimer Gegner isoliert. Typisch war eine interaktive Debattenkultur bestehend aus demonstrativ-kollektivem Gelächter und kollegialer Heiterkeit, dialogischen Instrumenten (Zwischenfragen, Kurzinterventionen) und einer hohen Bereitschaft, auf Provokationen einzugehen (Responsivität). Persönliche Vorwürfe der Unglaubwürdigkeit wurden im Kontext der CDU-Spendenaffäre über mehrere Jahre zwischen Union und SPD bearbeitet. Kollektive Werte wie Pazifismus, Antifaschismus und Antikommunismus wurden im Kontext der „Leitkultur“-Debatte und des Kosovo-Konflikts verhandelt.

In den Debatten 2003-2005 (Schröder II) nahm individuelle Kommunikation von SPD und CDU/CSU zu. Parlamentarische Höflichkeitskonventionen wurden zunehmend gebrochen. Die interfraktionelle Dialogbereitschaft nahm ab, obwohl dialogische Instrumente zunahm, denn vor allem SPD und GRÜNE kommunizierten selbstreferenziell. Kollektive Identitäten zeichneten sich an zwei Wertkonflikten ab: Solidarität vs. Leistung (Agenda 2010) und Freiheit vs. Sicherheit (Irakkrieg). Appelle an die gemeinsame demokratische Identität als Basis des konflikthaften Konsenses und leidenschaftliche Konfrontation klassifizieren diese Debatten.

Diese Muster wurden von den neuen Machtverhältnissen der „GroKo“ (Debatten 2006-2009, Merkel I) aufgebrochen. Die Fraktionen setzten auf selbstdarstellendes Kollektivhandeln, interfraktionelle Kooperation und Konfrontation ließen nach. GRÜNE und LINKE entwickelten in der Opposition neues Selbstbewusstsein. Insbesondere von der CDU/CSU wurden sie teilweise isoliert oder ad-hominem angegriffen. Mit Beginn der Finanzkrise definierte die FDP ihre marktwirtschaftliche Kompetenz und näherte sich der CDU/CSU an, wodurch sich eine Gegnerschaft zur SPD abzeichnete, die sich wiederum stärker GRÜNEN und LINKEN zuwandte. Die Steuerpolitik wurde zur ideologischen Konfliktlinie innerhalb der Koalition.

Die Debatten 2010-2013 (Merkel II) waren von einer abgeschwächten Version der Konfliktlinie zwischen dem schwarz-gelben Regierungsbündnis und einem rot-grünen

„Oppositionsbündnis“ geprägt. Die SPD definierte ihre Gegnerschaft zu CDU/CSU und FDP erneut über den Grundsatzkonflikt Solidarität vs. Leistung. Angesichts der Finanzkrise trat die kapitalismuskritische LINKE stärker auf und wurde von der SPD weniger isoliert. Die Verfassung als institutionelle Wertordnung und eine europäische Kollektividentität wurden erstmals übergeordnete Bezugspunkte. Auch die GRÜNEN traten eigenständiger auf und definierten ihre Gegnerschaft zur CDU/CSU und FDP über den Grundsatzkonflikt Freiheit vs. Sicherheit.

Während der zweiten „GroKo“ (Debatten 2014-2017, Merkel III) zogen sich die Fraktionen erneut ins monologisierende Selbstdarstellen des eigenen Kollektivs zurück. Interfraktionelle Konfrontation und Dialogbereitschaft nahmen ohne die FDP ab. LINKE und GRÜNE verstärkten ihre Kooperation in Gegnerschaft zur Union. CDU/CSU und SPD rangen um Einigkeit in der Migrationspolitik und zeigten eine ambivalente Gegnerschaft zur LINKEN, da der Antagonismus einer demokratischen vs. kommunistischen Kollektividentität verhandelt wurde. Angesichts aus- und inländischer Terrorakte kam es zu seltenem Konsens zwischen allen Fraktionen, die an europäische und humanitäre Kollektividentitäten appellierten.

Die Debatten ab 2018 (Merkel IV) markierten eine Zäsur: Mit dem (Wieder-)Einzug von AfD und FDP stieg die Plenumsaktivität sprunghaft, aber die Debatten wurden monologischer, spöttischer und waren von Individualkommunikation der neuen Akteure geprägt. Interventionen des Präsidiums mahnten vielfach Verstöße der AfD an und wurden zum Prüfstein der parlamentarischen und demokratischen Kollektividentität. Die AfD wurde als legitimer Gegner abgelehnt; die restlichen Fraktionen des Hauses demonstrierten die Abgrenzung als interfraktionellen Konsens. Agonistische Auseinandersetzung erfolgte u. a. anhand des Wertkonflikts Patriotismus vs. Nationalismus sowie internationaler Krisen wie der Corona-Pandemie.

In den Debatten 2022 und 2023 (Scholz I) startete die „Ampel“ als geschlossenes Bündnis, dem die fragmentierte Opposition gegenüberstand. Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine und die Wirtschaftskrise erzeugten Brüche: SPD und GRÜNE distanzieren sich von der FDP, weil der

Konflikt Solidarität vs. Leistung wieder auftrat, in dem die FDP der Union näherstand. AfD und LINKE wandten sich bezüglich des Ukrainekriegs unabhängig voneinander gegen die „Parteien der Mitte“. Konfrontationen durch individuelle Zwischenrufe und Gelächter nahmen weiter zu, die Bereitschaft zur Responsivität war gering. Die Union blieb ein Differenzierungsobjekt für die AfD, die auch Kooperationsmöglichkeiten testete, indem sie die GRÜNEN als gemeinsamen Gegner definierte. Aus dem zuvor aktiven „Gegenhalten“ der Union zur AfD entlang der Konfliktlinie des „Demokratisch-Seins“ wurde ein eher passives „Aushalten“.

Diese Zeitreihenanalyse sollte fortgesetzt werden. Die Debatte 2024 konnte wegen des Haushaltsstreits nicht mehr berücksichtigt werden, die Debatte 2025 fand unter einer deutlich veränderten Akteurkonstellation statt. Das Erstarren der linken und rechten Ränder setzt die schwarz-rote Koalition von Kanzler Merz unter Druck, während die GRÜNEN als geschwächte Opposition eine schwierige Rolle auszufüllen haben.

Im Zuge der Digitalisierung und Medialisierung politischer Kommunikation (Donges 2022) ist zu prüfen, ob Bezüge zu kollektiven Identitäten, „affective politics“ und Inzivilität im Parlament zunehmen. Angesichts von Politikverdrossenheit und sinkendem Demokratievertrauen ist relevant, welches Politikbild die Plenardebatten und ihre mediale Vermittlung durch den klassischen Journalismus bzw. als Social-Media-Reels beim Publikum prägen. Insofern bietet die Dissertation Ergebnisse und Instrumente für die Publikums- und Populismusforschung.

Literatur und Anhang:

Blumer, Herbert (1969): Symbolic Interaction. Perspective and Method. Berkeley et al.: University of California Press.

Burkhardt, Armin (2004): Zwischen Monolog und Dialog: zur Theorie, Typologie und Geschichte des Zwischenrufs im deutschen Parlamentarismus (= Germanistische Linguistik 250).Tübingen: Niemeyer.

- Donges, Patrick (2022): Medialisierung und Organisationen/Politische Akteure. In: Borucki, Isabelle et al. (Hg.): Handbuch Politische Kommunikation. Wiesbaden: Springer Fachmedien, S. 541–553.
- Frieß, Dennis; Gilleßen, Rabea (2022): Agonistische Online-Öffentlichkeiten: Vorschlag einer inhaltsanalytischen Operationalisierung von Agonismus. In: Publizistik, Jg. 67, H. 1, S. 85–108.
- Hess, Fabian M. (2024): The we — sum of its parts or something else? On the philosophical and psychological foundations of social identity and its continuity. In: Zeitschrift für Religion, Gesellschaft und Politik, Jg. 8, H. 2, S. 241–273.
- Jäckel, Michael (1995): Interaktion. Soziologische Anmerkungen zu einem Begriff. In: Rundfunk und Fernsehen, 34 (4), 463–476.
- Kämper, Heidrun (2019): AfD im Parlament – neue Sprach- und Kommunikationsstile. Mannheim: Leibniz-Institut für Deutsche Sprache. Online: <https://www.idsmannheim.de/lexik/pb-lexikografie/afd-studie/> (25.05.2025).
- Maurer, Marcus (2016): Nonverbale politische Kommunikation. Wiesbaden: Springer VS.
- Maurer, Marcus; Jost, Pablo (2020): Das Ende der Debattenkultur? Wie die AfD Negativität und Inzivilität in den Bundestag trägt und wie die anderen Parteien darauf reagieren. In: Zeitschrift für Politik, Jg. 67, H. 4, S. 473–490.
- Mead, George H. (1934): Mind, Self and Society from the Standpoint of a Social Behaviorist. Chicago: Chicago University Press.
- Mouffe, Chantal (2014): Agonistik: die Welt politisch denken. Berlin: Suhrkamp (= edition suhrkamp 2677).
- Neuberger, Christoph (2014): Konflikt, Konkurrenz und Kooperation: Interaktionsmodi in einer Theorie der dynamischen Netzwerköffentlichkeit. In: Medien & Kommunikationswissenschaft, Jg. 62, H. 4, S. 567–587.

- Palonen, Kari (2021): Politik als parlamentarischer Begriff: Perspektiven aus den Plenardebatten des Deutschen Bundestags. Opladen et al.: Verlag Barbara Budrich.
- Patzelt, Werner J. (2012): Das Parlament als Kommunikationsraum. Funktionslogik und analytische Kategorien. In: Schulz, Andreas; Wirsching, Andreas (Hg.): Parlamentarische Kulturen in Europa. Das Parlament als Kommunikationsraum (= Parlamente in Europa 1). Düsseldorf: Droste, S. 45–73.
- Sarcinelli, Ulrich; Tenscher, Jens (2000): Vom repräsentativen zum präsentativen Parlamentarismus? Entwurf eines Arenenmodells parlamentarischer Kommunikation. In: Imhof, Kurt; Blum, Roger (Hg.): Zerfall der Öffentlichkeit? (= Mediensymposium Luzern 6). Wiesbaden: Westdt. Verlag, S. 74–93.
- Scharpf, Fritz W. (2000): Interaktionsformen: akteurzentrierter Institutionalismus in der Politikforschung (= UTB Politikwissenschaft 2136). Opladen: Leske & Budrich.
- Schimank, Uwe (2016): Handeln und Strukturen: Einführung in die akteurtheoretische Soziologie. 5., durchgesehene Aufl. (= Grundlagentexte Soziologie). Weinheim, Basel: Beltz.
- Schmidt, Axel (2018): Interaktion und Kommunikation. In: Hoffmann, Dagmar; Winter, Rainer (Hg.): Mediensoziologie. Handbuch für Wissenschaft und Studium. Baden-Baden: Nomos, S. 15–38.
- Stegbauer, Christian (2011): Reziprozität: Einführung in soziale Formen der Gegenseitigkeit. 2. Aufl. Wiesbaden: Springer VS.
- Van Dijk, Teun A. (2010): Political identities in parliamentary debates. In: Ilie, Cornelia (Hg.): European Parliaments under Scrutiny: Discourse strategies and interaction practices (= Discourse Approaches to Politics, Society and Culture). Amsterdam: John Benjamins Publishing Company, S. 29–56.
- Vögele, Catharina; Thoms, Claudia (2019): Die isolierte Fraktion. Zwischenreaktionen, Zwischenrufe und die AfD im Baden-Württembergischen Landtag. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen, Jg. 50, H. 2, S. 306–326.

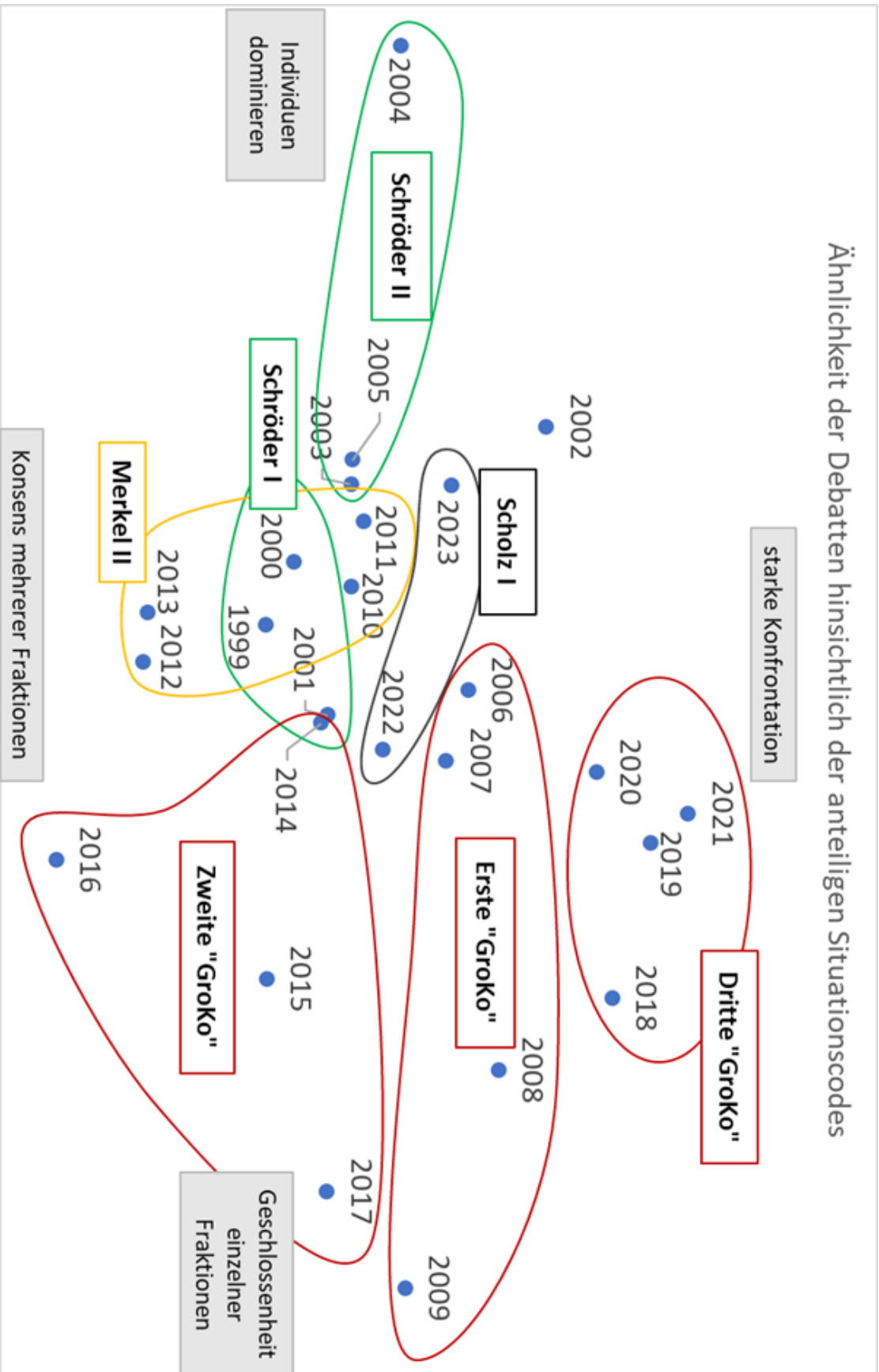


Abbildung 1: Situationscodes als Indikatoren der Veränderung von Interaktion: Generaldebatten 1999-2023 auf Kontinuum von individueller bis kollektiver (x-Achse) und konsensueller bis dissenter Interaktion (y-Achse) (eigene Darstellung).